HEFT 3 MÄRZ 1983 5,- DM C 4143 E

Konkret

Volkszählung

Ab April wird jeder Bundesbürger verhört. 600 000 Beamte erforschen unser Privatleben

in konkret März 1983

Vorwort von Manfred Bissinger

An KONKRET

Freiers Wirtschaft von Hermann L. Gremliza

Nachrichten

Ein Volk wird verhört von Werner Heine
Ende April ziehen 600.000 Befrager durch das Land und verhören das Volk. Der Staat nennt seine über 300 Millionen Mark teure Fragebogenaktion »Volkszählung«. »Totale Erfassung« wäre genauer, denn die Bundesbürger sollen nicht gezählt, sondern ausgeforscht werden. Die 500 Fragen müssen genau beantwortet werden, sonst droht die Verwaltung mit Bußgeld. Doch was über die Bürger in den Staats-Computern gespeichert wird, kann allzu leicht gegen sie verwendet werden. Werner Heine beschreibt die Staats-Aktion und wie man sich dagegen wehren kann.

Ohne die Grünen von Willy Brandt
Der SPD-Vorsitzende glaubt nicht an eine grüne Fraktion im Bundestag. In KONKRET sagt Brandt, was er über die USA, keine Stationierung neuer Raketen und über den Flick-Skandal denkt

Birne + Kompott von Michael Schilling
Was CDU und CSU hinter ihrer Kanzler-Attrappe verbergen

Der andere Ami von Thomas Doberstein
Eine Ausstellung in der Westberliner Kunsthalle informiert ab Mitte März über Kultur und Geschichte der amerikanischen Arbeiterbewegung – eine Schau, wie es sie bisher, auch in den USA, noch nie gegeben hat

Die Killer-Karrieren von Kai Hermann
Der ehemalige Gestapo-Chef von Lyon, Klaus Barbie, ist von Bolivien an Frankreich ausgeliefert worden. Fast vierzig Jahre lebte er in Freuden und bezahlt vom amerikanischen Geheimdienst CIA - wie seine Ex-Kollegen Rauff, Mengele und Schwend.

Der Zeuge aus dem Glashaus

Mindestens 5 Prozent...
Politiker und Presse wollen den Wählern weismachen, daß die Bundesrepublik unregierbar wird, wenn die Grünen und alternativen im Bundestag mitentscheiden. Immer wieder wird behauptet, niemand wisse, wer da komme und wer gar nach zwei Jahren nachrücke. Dem soll hier abgeholfen werden. Übrigens: Die Grünen planen »Bürogemeinschaften«, das heißt: Abgeordnete und Nachrücker arbeiten von Anfang an gemeinsam in Bonn.

Der häßliche Deutsche: Ein Doktor der Rechten von Otto Köhler
Was für den Juristen Heiner Geißler Recht war, ist dem Politiker unbillig

Konkret-Extra: Gut gerüstet für den Krieg von Karl Klaus Rabe
Der Countdown für den dritten Weltkrieg hat begonnen. Das Schlachtfeld wird Deutschland sein. Im Ernstfall werden wir in eine atomare Wüste verwandelt, ohne daß eine einzige sowjetische Bombe hier explodiert: durch NATO-Atomwaffen. Die Reichweiten der stationierten NATO-Raketen sind zu kurz, um die Sowjetunion zu treffen. US-Regierung, NATO-Verbündete und Rüstungslobby haben deshalb ein neues Konzept. Eine »operative Wende« soll den Krieg wieder führbar machen.

Dafür muß um- und nachgerüstet werden. Pershing-II-Raketen sollen die UdSSR atomar in Schach halten. Der mögliche Krieg soll mit neuen, 'intelligenten' und nichtatomaren Waffen gewonnen werden. Um das Ausmaß der atomaren Rüstung darzustellen, veröffentlicht KONKRET die bisher vollständigste Lagekarte aller Atomwaffenstandorte In der Bundesrepublik

Der Verrat aus Karlsruhe von Jürgen Saupe
Staatsschutz-Manöver um die »Cosmic«-Papiere bei KONKRET

Wahlkampf-Rückblick von Günter Gaus
In der Sicherheitspolitik fehlt es an rationaler Phantasie. Rundfunk, Fernsehen und Presse berichten über Nachrüstung und neue Raketen in gestanzten Floskeln. Nur wenn man die Erde für eine Scheibe hält, ist alles logisch, was die Nachrüster sagen.

Von Hanf ist die Rede von Peggy Parnass
Hans-Georg Behr, der Autor des Haschisch-Readers »Von Hanf ist die Rede«, und sein Freund Eckard Dück müssen sich in zweiter Instanz wegen des Besitzes von knapp 16 Gramm dieser Soft-Droge verantworten. Dabei wird zwar auch von Hanf geredet, gemeint ist jedoch etwas ganz anderes. Es geht darum, einen unbequemen Journalisten loszuwerden. Peggy Parnass hat die Gerichtsverhandlungen beobachtet.

Kulturnotizen

Leben in einer walischen Welt von Hermann Sülberg
Sie haben keine natürlichen Feinde. Wenn sie das Maul aufmachen, schwimmt ihnen die Mahlzeit einfach rein. Sie haben Lust am Leben und Lieben. Sie sind intelligent und friedlich. Sie helfen verwundeten Partnern und schützen ihre Jungen. Sind Delphine und Wale die besseren Menschen?

ANTI-E.T.: Vom Himmel hoch von Wolf Donner

ANTI-E.T.: Herzschmelze von Caroline Fetscher

Mut und Wut von Kai Hermann
»Krieg und Frieden«, das neue Gemeinschaftsprojekt deutscher Regisseure, ist nach vielen Monaten Verspätung nun doch angelaufen. Was passiert, wenn das nicht mehr Denkbare konsumierbar gemacht wird?

Blind und stumm von Stefan Hinz
Niemand will es wahrhaben: Hiroshima ist überall. Zwei Bücher stören die allgemeine Besinnungslosigkeit.

Viele bunte Ameisen von Diedrich Diederichsen
Die linken Liedermacher: Ein Rückblick auf die Singebewegung der sozialliberalen Epoche

Mein Vater, mein Vater von Michael Kröher
Wolfgang Niedeckens BAP: die erfolgreichste deutsche Rockband.

Bücher: Jahrhundertgeschäft von Uli Fischer
Mit einer »Chronik des 20. Jahrhunderts« und anderen riskanten Buchprojekten wurde ein Dortmunder Fachverlag zum Großunternehmen.

Bücher: Reporter im Nazi-Berlin von Richard Hey
Howard K. Smith ist heute einer der bekanntesten und angesehensten Journalisten der USA. Seine Karriere begann er als Auslandsjournalist in Hitlers Berlin. Seine Aufzeichnungen aus dieser Zeit sind jetzt auf deutsch erschienen.

Bücher: Ist der NATO-Beschluß grundgesetzwidrig? von Dieter S. Lutz

Wenn das Grundgesetz noch etwas gilt, müßten Atomraketen und andere Massenvernichtungswaffen auf dem Bundesgebiet sofort verboten werden. Der Hamburger Friedensforscher Lutz stellt eine Studie vor, in der steht, warum.

Bücher: Redet da noch wer? von Jochen Wüllner

Steine fliegen schon seit längerem nicht mehr, und im Jugenddialog hat eine Enquete-Kommission des Bundestages das Schlußwort gesprochen. Geblieben ist ein Haufen von Büchern zum Thema - hier sind vier davon.

»Was lesen Sie gerade - und wie gefällt es Ihnen?«

KONKRET hat einige Schriftsteller nach dem Buch gefragt, das sie gerade lesen. Die Antworten kamen spontan, am Telefon. Interessant dabei: kaum jemand beschäftigt sich mit einer Neuerscheinung

Bücher: Die Kunst, weiblich von Ursula Krechel

In ihrem Buch «Malerinnen auf dem Weg ins zwanzigste Jahrhundert« beschreibt Renate Berger, wie Frauen begannen, sich in der männerbeherrschten Kunstwelt durchzusetzen.

Gremlizas Express von Hermann L. Gremliza

Konkret 03/83, S. 4

Manfred Bissinger

Vorwort

Die Bundesanwaltschaft in Karlsruhe sorgt sich um unsere Sicherheit. Das geht so weit, daß sie selbst inzwischen zum Sicherheitsrisiko geworden ist.

Doch der Reihe nach: Am 11. Januar hat ein Überfallkommando aus Bundesbeamten die Redaktionsräume von KONKRET durchsucht. Der Durchsuchungsbefehl bezog sich auf die bereits im März vergangenen Jahres veröffentlichten »Langemann-Papiere«. Das war von Anfang an nicht glaubhaft, jetzt ist es Gewißheit: Die Bundesanwaltschaft hat nur nach einem Vorwand gesucht. An uns soll statuiert werden, wohin es nach der Bonner Wende führen kann, wenn man von Pressefreiheit nicht nur reden, sondern auch von ihr Gebrauch machen will. Juristen lernen ja schon während des Studiums, sich an der herrschenden Meinung zu orientieren, Journalisten bekommen das spätestens von ihren Verlegern beigebracht. Abweichende Meinungen sind störend fürs Geschäft.

Wer dieses Grund-Gesetz unseres Staates nicht befolgt, wer diese Lektion nicht lernen will, der muß diszipliniert werden. In unserem Falle ging das so: Über 20 Beamte treten auf (also mehr, als der Verlag Angestellte hat), lassen sich die Aktenschränke zeigen, räumen wahllos aus, packen alles in Aluminiumkoffer, versiegeln diese und erklären hinterher öffentlich, es habe sich um eine freiwillige Übergabe gehandelt. Das ist so, als wenn man mit vorgehaltener Pistole überfallen wird, der Räuber alle Wertsachen einsackt und sich später für die vertrauensvolle Zusammenarbeit bedankt. Der Räuber, vor Gericht gestellt, würde der Lüge überführt. Die Staatsschützer haben es da einfacher. Sie beschuldigt niemand, dafür dürfen sie ihre Opfer anklagen. Sie sind eben Räuber und Gendarm zugleich.

Der Generalbundesanwalt hat vor dem parlamentarischen Kontroll-Gremium, dem Innenausschuß des Bundestages, zur KONKRET-Durchsuchung erklärt: »Ich würde sagen, daß wir in Bezug auf dieses Presseorgan ein großes Maß an Langmut gezeigt haben.« Diese Auffassung von Recht, die sonst nur in Diktaturen anzutreffen ist, hätte unter normalen demokratischen Verhältnissen zur Abberufung von Kurt Rebmann führen müssen. Noch ist die Geduld des Generalbundesanwalts kein Paragraph der Strafprozeßordnung! Entweder haben wir gegen Gesetze verstoßen - dann müssen wir angeklagt werden. Oder nicht, dann muß auch Rebmann seine Finger von uns lassen.

Wenn man den Lauf der Dinge also weiter betrachtet, dann muß auch der General aus Karlsruhe irgendetwas davon geahnt haben. Er mußte sich unter Rechtfertigungszwang fühlen. Wie sonst sollte ein bei KONKRET widerrechtlich beschlagnahmtes NATO-Dokument, das mit dem höchsten Geheimhaltungsgrad »Cosmic« versehen ist, in die Springer-Blätter »Welt« und »Bild« kommen? Durch uns jedenfalls nicht. Bei KONKRET haben die »strenggehüteten Geheimnisse« (»Die Welt«) lange im Schrank gelegen, ohne daß irgendjemand davon erfahren hätte. Doch kaum hat sie die Bundesanwaltschaft im versiegelten Koffer in die Hochburg des Rechts entführt, kursierten Inhaltsangaben in Millionen-Auflage. Wer begeht hier Landesverrat? Wer soll einer Staatsschutz-Behörde trauen, die das Gesetz beiseite schiebt, um recht zu behalten?

Wenn es mit rechten Dingen zuginge, gehörte dem Chef dieser Behörde der Hut genommen. Doch nichts davon: Er ist noch nicht einmal vernommen worden. Dagegen hielt es der Ermittlungsrichter in dieser Sache für notwendig, mich per Eilpost nach Karlsruhe zu zitieren.

Nein, da soll niemand eingeschüchtert werden.

Selbstverständlich nicht. Kurt Rebmann hat ein Fernschreiben an KONKRET geschickt. Auszug: »Ich weise Sie darauf hin, daß Sie sich im Falle der angekündigten Veröffentlichungen ... der NATO-Dokumente einer schweren Straftat gegen die äußere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland schuldig machen könnten.«

Nun, wir ziehen es vor, KONKRET weiterhin am Kiosk und nicht als Kassiber aus dem Hochsicherheitstrakt erscheinen zu lassen. Wir wollen der Bundesanwaltschaft keine Konkurrenz bei der Veröffentlichung geheimster Papiere machen. Merke: Wenn ein Bundesbeamter »Cosmic«-Geheimnisse verrät, dann ist das keine schwere Straftat sondern strenger Staatsschutz. Wir halten es da mit Talleyrand: »Hochverrat ist eine Frage des Datums.« Und das kann durchaus noch kommen.

Ein Datum ist der Herbst '83. Wenn bis dahin bei den Genfer Abrüstungsgesprächen kein Ergebnis erzielt worden ist, soll nachgerüstet werden. Im Gegensatz zu den Regierungen von Nachbarländern üben sich unsere Regenten in Geheimniskrämerei. Die Atompläne der NATO werden zum Staatsgeheimnis erklärt, um sie vor den Staatsbürgern geheim zu halten. Das gilt für Strategie, Einsatz und Standorte. Wir leben auf einem Atomwaffenträger und sollen es nicht wissen.

Für KONKRET hat *Karl-Klaus Rabe* alle bis heute veröffentlichten Atomwaffenstandorte nachrecherchiert. Das Ergebnis seiner zweijährigen Arbeit ist auf der ersten vollständigen Standort-Karte zu sehen, die über 150 neue Punkte zeigt. Über 70 bereits bekannte Anlagen mußten korrigiert werden (KONKRET-Extra ab Seite 49). Den Mangel an Aufrichtigkeit und

Phantasie bei der Sicherheitspolitik kommentiert der ehemalige Staatssekretär *Günter Gaus* auf Seite 64. Seine Feststellung: »Wenn man die Erde für eine Scheibe hält, ist alles logisch, was die Nachrüster sagen.«

Die Chance, aus dieser Scheibe wieder eine Kugel zu machen, hängt auch vom Ausgang der Wahl am 6. März ab. Es ist schon so, daß es in der Bevölkerung eine große Mehrheit gegen die Stationierung der neuen Raketen gibt. Zweifelhaft ist aber, ob die Raketen-Angst verhindert, daß CSU und CDU die absolute Mehrheit erreichen. Was uns droht, wenn die Union endgültig machen kann, was sie will, beschreibt *Michael Schilling* auf Seite 25. Stichworte sind: Kulturelle Entartung (Strauß), Deutschland in den Grenzen von 1937 (Zimmermann), Restaurierung des §218 (Kohl).

Dies alles würde unter einem SPD-Kanzler kein Thema sein. Jeder von uns weiß aber, daß die Sozialdemokraten die Stimmenmehrheit nicht schaffen. Eine Mehrheit links von der Mitte gibt es nur, wenn die Grünen in den Bundestag einziehen. Merkwürdigerweise aber gibt sich die SPD alle Mühe, das zu verhindern. Der Vorsitzende Willy Brandt prophezeit ihnen in einem KONKRET-Gespräch (Seite l6) eine Niederlage.

Mobilisierung tut also not. Denn wenn es sich nicht vermeiden läßt, wird sich auch die SPD mit den Grünen einlassen. Willy Brandt erklärte mir dazu: »Das ist sicher nicht leicht ... Aber auf der anderen Seite besteht unser ganzes Leben aus Schwierigkeiten.«

Einfach machen es die Grünen selbst ihren Sympathisanten nicht. Da darf man sich keinen Illusionen hingeben. Vieles von dem, was sie sehen müßten, nehmen sie einfach nicht zur Kenntnis. So haben sie die bisher größte bekannt gewordene Bestechungs-Affäre, den Flick-Skandal, ebenso verpennt wie die Warnung vor dem Verhör eines ganzes Volkes durch die Staatsorgane, das unter der harmlosen Bezeichnung »Volkszählung« anflaniert kommt. Wie gewohnt leistet der westliche Musterknabe Bundesrepublik ein Übersoll: Orwells »1984« bricht schon im April 1983 an. Wie man sich dagegen wehren kann, beschreibt *Werner Heine* in unserer Titelgeschichte ab Seite 12.

Dennoch: Bei der angedrohten Stationierung von Pershing II und Cruises Missiles sind die Grünen im Bundestag unverzichtbar. Mit General Bastian am Rednerpult kann eine Wehrdebatte nicht mehr an der Wirklichkeit vorbeigeführt werden.

Wer mit welcher Politik das Parlament verunsichern würde, wenn die Grünen die fünf Prozent erreichen, finden Sie ab Seite 40. Wir stellen die Fraktion vor. Ob sie zustande kommt, hängt davon ab, daß richtig gewählt wird. Für die Grünen ist die Zweitstimme wichtig. Sie entscheidet, ob sie reinkommen. Aber auch die Erststimme kann man sinnvoll abgeben, z.B. an einen Kandidaten, der sich gegen den NATO-Doppelbeschluß ausgesprochen hat. Davon gibt es ja in der SPD immer mehr. Und es ärgert auch noch Ronald Reagan, der jüngst klagte, sollte es nach der Bundestagswahl zu einer Regierung kommen, die die neuen Raketen nicht stationieren will, dann sei das ein »schrecklicher Rückschlag«.

Wie ich wähle, sehen Sie auf dem hier abgebildeten Wahlzettel aus Hamburg.

Konkret 03/83, S. 6

An KONKRET

JETZT ERST RECHT, HERR KOHL!

*KONKRET 2/83: »Der Überfall durch das BKA« - Durchsuchung bei KONKRET*Eigentlich hatte ich vor, aus Geldgründen das KONKRET-Abo für das Jahr '83 zu kündigen. Als ich jedoch von dem ungeheuerlichen Überfall des BKA auf eure Redaktion hörte, war ich so empört, daß ich dachte: jetzt erst recht. Ich selbst habe als Kind unter der Adenauer-Ära solche Schnüffelaktionen miterlebt, als mein Vater 1959 wegen seiner KPD-Zugehörigkeit mit Handschellen (!) vom Arbeitsplatz weg verhaftet wurde und Kriminalbeamte anschließend unser Haus auf den Kopf stellten.

KARIN ZIRNGIBL

MÜNCHEN

Es war Tucholsky, der sagte: »Nichts ist schwerer und nichts erfordert mehr Charakter, als sich im offenem Gegensatz zu seiner Zeit zu befinden und laut zu sagen: Nein!« Wenn das Recht der Pressefreiheit und das objektive Recht, soweit es Menschen zu finden wissen, nicht mehr oberste Richtschnur ist - dann fängt ein Volk an zu faulen. Es ist wichtiger, daß in dieser Bundesrepublik das Rechtsgefühl wieder wachgerufen wird, als daß man diese schwammige Regierung Kohl das Grundgesetz mit den Füßen treten läßt.

RUTH KIRCHNER

WÜRZBURG

Sicher, es ist nicht genauso wie es 1933 in der politischen Landschaft war, aber ich habe so ein dummes Gefühl, mich wird auch mal jemand fragen: »Was hast denn Du dagegen getan?« Dann hab' ich jetzt mindestens eine Antwort: »Ein KONKRET-Abo bestellt«. Laßt Euch nicht das Maul verbieten!

HEIDEROT MASS

MARBURG

Jetzt erst recht KONKRET, Herr Kohl!

HEINZ KORTMANN

GLINDE

Die Gefahr, bei einer erneuten Durchsuchung der Redaktion oder des Verlages im BKA-Computer zu landen, nehmen wir lieber in Kauf, als daß aus der KONKRET ein »welkes Blatt« wird und das im Heft 12/82 ausgesparte Grab noch nachträglich ausgehoben werden muß.

PETER RICHARD

ESSEN

Als scheißliberaler Erbe der APO-Generation bin ich mit manchem, was Ihr so zusammenschreibt, überhaupt nicht einverstanden - da reicht die Palette von einem arg subjektiven Iran-Bericht bis zu persönlichen Diskreditierungen des politischen Gegners (die Kohl verdient haben mag, aber letztlich auf die Autoren zurückfallen - nach dem Motto »Die arme Juliane Weber ... «). Die Polizeiaktion gegen Eure Redaktion aber muß ich auf das Schärfste verurteilen. Wenn die »christ«-liberale Koalition schon nach so kurzer Amtszeit den Knüppel aus dem Sack holt, dürfte es allzu bald auch um die Freiheit anderer Presseorgane geschehen sein. Ich kann nur hoffen, daß viele Wechsel- und FDP-Wähler das noch vor dem 6. März erkennen.

PETER DIETRICH, LOKALCHEF WESERKURIER

BREMEN**BAROCKE GREISENHÄME**

*KONKRET 2/83: »Stuttgart bei London« - Horst Janssen über den Rüstungswahnsinn*Hätte der Dohnanyi nur rechtzeitig dieses KONKRET-Heft in die Hände bekommen! Dann hätte er nicht so lange nach einem neuen Kultursenator suchen müssen. Aber wahrscheinlich doch, denn was Horst Janssen bei Euch abliefert, ist wohl zuviel Kultur auf einmal. Der kann ja zeichnen und schreiben. Erschwerend kommt hinzu, daß er auch noch denkt .

URSEL ALTHOF

HAMBURGDa hat uns der Horst Janssen aber TATSÄCHLICH ERSCHRECKT. Er gehört nicht zu den Mächtigen, vielleicht über zeugt er deshalb viel MÄCHTIGER.

ROLF-GUNTHER REIS

BONN/BAD GODESBERG

Eines überraschenden Tages im Januar war da plötzlich ein Artikel in KONKRET**,** der die fünf Mark wirklich wert war: Horst Janssens barocke Greisenhäme. Würden doch nur mehr Künstler sich auf diese Weise äußern können, würde doch KONKRET nur mehr solche Beiträge drucken.

HILDE CHRISTIANUS

GOSLARVielleicht geht's ja das nächste Mal mit noch mehr Illustrationen.

HENDRYK BARTH

GÜTERSLOH

BETROFFEN

*KONKRET 2/83: »Die Amerikaner vergifteten Vietnam und hinterließen Opfer für Jahrzehnte« - Bericht über die Kriegsfolgen in Südostasien*Auch wenn man sich mit der Situation in Vietnam ein wenig beschäftigt hat, so ist diese Darstellung doch von einer schockierenden Offenheit, die betroffen macht. Betroffenheit allein bleibt aber sentimental, wenn man nicht bereit ist, Konsequenzen zu ziehen. Konsequenzen, die im Fall Vietnams zu einer Anklage der Bundesregierung führen müssen, endlich mit der Hilfe für die Opfer zu beginnen, Konsequenzen, die aber auch zu einem persönlichen Engagement führen können, indem man etwa die Hilfe von Terre des Hommes in Vietnam unterstützt (Spendenkonto 700 bei allen Sparkassen und Banken).

RAINER ZACK, TERRE DES HOMMES

BONNKaum bekannt ist hierzulande, daß die Spätschäden des Herbizid-Einsatzes in Vietnam auch bei australischen Soldaten Wirkung zeigen: Zwischen 1962 und 1973 waren 40.000 Australier in Vietnam eingesetzt. Die australische »Vietnam Veterans Association« spricht davon, daß die australischen Truppen (neben der einheimischen Bevölkerung natürlich) am stärksten in Mitleidenschaft gezogen wurden. So hatten sich allein bis 1980 knapp 800 Veteranen an das zuständige Ministerium gewandt, um Ansprüche wegen des Kontakts mit Agent Orange anzumelden. Die Spätfolgen sind dabei nicht pur Mißbildungen bei Kindern, sondern bei den betroffenen Soldaten selbst: wiederkehrende Blutungen und Durchfall, psychische Beeinträchtigungen, motorische Störungen. Die australische Regierung möchte natürlich nicht zur Kasse gebeten werden und schiebt das Problem auf die lange Bank.

MATTHIAS HOPPE, INFORMATIONBÜRO FÜR FRIEDENSPOLITIK

MÜNCHEN**VERWECHSLUNG**

KONKRET 2/83: » Wer wollte da den Bürgerkrieg?« -Prozeß gegen Alexander Schubart

In dem Schubart-Artikel war was falsch: Der Richter Schäfer hat nicht Brigitte Heinrich verurteilt, sondern Sieglinde Hofmann. Brigitte Heinrich hatte damals in der »taz« über den Prozeß berichtet und ist auch noch bei der »taz«, so wie Sieglinde Hofmann heute noch sitzt.

DER SÄZZERBERLIN**AUSGELUTSCHTE DIVA**

*KONKRET 2/83: »Als wenn'ste schwebst« - Tom Schimmeck über Rest-Berlin*Die abgewrackte Glitzerdiva Berlin, ausgelutscht von Häuser- und Asylantenspekulanten, Zuhältern und korrupten Politikern, vermag doch nur noch auf Außenstehende diesen faszinierenden Reiz einer pulsierenden Großstadt auszuüben - wo zugeschissene Fußwege, verdreckte Seen und verpestete Luft, überhöhte Lebenshaltungskosten, »Luxusapartments« mit Außenklo zum Alltag gehören, wo wachsender Ausländerhaß, täglich publizierte Kommunistenhetze, rapid steigende Arbeitslosigkeit, inszenierte Firmenzusammenbrüche, permanente Polizeipräsenz und wöchentliche Hausräumungen politische Unfähigkeit und Restriktionen sichtbar werden lassen - wo die gesamte Lebensqualität zunehmend einen Tiefpunkt erreicht, daß man an manchen Tagen nur noch in die nächste Kneipe oder in den Grunewald flüchtet, um dieser geballten Kaputtheit, die Berlin zu bieten hat, zu entfliehen - da denkt man immer häufiger ans Aussteigen »ohne nochmals über LOS zu gehen«, dafür aber mit allen Koffern...

HENDRIK MÜLLER-LENHARTZ, GRAPHIC-DESIGNER

BERLIN

NICHTS HINZUFÜGEN

KONKRET 1/83: »Kulturnotizen« über Bommi Baumann

Die VR China ist schon seit Jahren auf Heller und Pfennig befriedigt. RA Glanert, der Anwalt von B. Baumann, beansprucht Honorar für Buchexemplare, welche als Protest gegen das deutsche Literaturverbot von 350 Herausgebern des öffentlichen Lebens publiziert wurden und wovon wir kein Geld gesehen haben. Der Erlös floß direkt von unserer Auslieferung in die Erstellung zahlreicher Broschüren, Druckkosten und Flugblätter. RA Glanert ist der Meinung, daß wir dafür haften und u.U. die Herausgeber zu verklagen hätten. B. Baumann hat bis jetzt den beachtlichen Betrag von ca. 70.000 Mark erhalten, und das konnte nur geschehen unter dem Einsatz des Verlages, der 5 Prozesse, eine monatliche Stillegung, vier Hausdurchsuchungen und eine über ein Jahr dauernde Protestaktivität mit höchstem täglichen Arbeitseinsatz erdulden mußte. Was die beleidigenden Äußerungen des Artikels anbelangt, ich sei immer »link« gewesen, denke nur an den Kommerz und verdanke meinen Namen ausschließlich B. Baumann, so kann ich diese nur als eine allgemeine Kampagne in Teilen der linken Presse gegen die neue Themenstellung unseres Programms werten, die die Methoden der »Bild«-Zeitung in den Schatten stellt: Der Verlag verdiene an den Mißhandlungen der Indianer (Titanic), er betreibe eine Beutelschneiderei mit halbgarer Philosophie (TAZ), man solle Herbert Röttgen mal ein paar Stunden ans Kreuz hängen (Blatt) u.ä. - ich habe dieser Art der Berichterstattung nichts hinzuzufügen.

HERBERT RÖTTGEN, TRIKONT-VERLAG

MÜNCHEN

Konkret 03/83, S. 8

Hermann L. Gremliza

Freiers Wirtschaft

Die Brauchitsch-Einlassung geht über alles hinaus, was linke Stamokap-Ideologen über die »Instrumentalisierung der Politik durch das Kapital« zusammengeschrieben haben.
»Spiegel« vom 24.1.83

Warum so bitter, die Herren? Warum »Ideologen«, warum »zusammengeschrieben«, wenn Brauchitschs Einlassung diesen Linken doch mehr als recht zu geben scheint?

Tatsächlich hat Flicks ehemaliger Generalbevollmächtigter gestanden, aus der schwarzen Firmenkasse mehrere Millionen Mark an Politiker der vier Bundestagsparteien bezahlt zu haben - »in dem Bemühen um eine Versachlichung der politischen Diskussion« über die Frage, ob die Bundesrepublik der Friedrich Flick KG 860 Millionen Mark Steuern erlassen soll oder nicht. Nachdem alle Beteiligten ausreichend geschmiert waren, wurde Steuerfreiheit gewährt. Ein klassischer Fall von Instrumentalisierung der Politik durch das Kapital, oder nicht?

Eben nicht. Denn, sagen die Freier der Marktwirtschaft, dieser Fall »geht über alles hinaus«, was die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus behauptet, er ist zwar noch schlimmer, aber dafür auch weniger schlimm, denn er ist ein Einzelfall, der nichts für das Gesamtsystem beweist, ein Kriminalfall. Entsprechend beschreibt der »Spiegel« den Täter:

Der Abkömmling einer schlesischen Adelsfamilie, zu der auch Hitlers Generalfeldmarschall Walther von Brauchitsch gehörte, verfügt über alle Attribute, die so manchem Volksvertreter Ehrfurcht einflößen. Mitfast zwei Metern Größe und zwei Zentnern Gewicht rückt sich von Brauchitsch schon in bleibende Erinnerung, wenn er mal neben dem Herrn Minister steht. Er bevorzugt Nadelstreifenanzüge, die sonst nur Boxer zu tragen wagen, und Eberhard von Brauchitsch war Amateurboxer. Sein erdrückendes Selbstbewußtsein und der locker-selbstverständliche Umgangston vermittelten unter Politikern leicht den Eindruck, daß so wohl der Mann von Welt beschaffen sei.

Haltet den Brauchitsch! Faßt den Einzeltäter, der die ganze schöne Wirtschaft in Verruf bringt! Besondere Kennzeichen: Fast zwei Meter groß, zwei Zentner Gewicht, erdrückendes Selbstbewußtsein.

Leider will keine rechte Jagdstimmung aufkommen. Die öffentliche Reaktion auf die Enthüllungen über den nadelgestreiften Boxer reicht von ziemlich egal bis völlig wurscht. Daß die Herren Kohl, Strauß, Lambsdorff, Friderichs oder Möllemann allein für Gottes Lohn (aus christlichen Partei- oder Staatskassen) dem Gemeinwohl dienen, hat sowieso kein denkender Mensch angenommen. Schon Tucholsky sagt: »Das Volk ist doof, aber gerissen.«

Ein wenig Enttäuschung hat allenfalls die Offenbarung des Staatsgeheimnisses verursacht, daß auch die große Partei der Arbeiterbewegung genommen hat: ihre Friedrich-Ebert-Stiftung 4,5 Millionen und ihr früherer Schatzmeister Alfred Nau einige hunderttausend Mark, um »auf verschiedenen Ebenen auf die Angehörigen des linken Flügels der Fraktion einzuwirken ... Im Gegenzug zu der Erweisung solcher Gefälligkeiten könnte er (Nau) sich für seine politischen Gestaltungsvorstellungen bei seinen Parteikollegen besonderes Gehör verschaffen« (Brauchitsch).

Diese Einlassung wiederum geht über alles hinaus, was Wladimir Iljitsch Ulanow, genannt Lenin, über die Heranzüchtung einer politisch gefügigen »Arbeiteraristokratie« zusammengeschrieben hat. Der alte Bolschewik hatte sich das so gedacht, daß die Bourgeoisie der heimischen Arbeiterklasse dadurch das Bewußtsein abkauft, daß sie dieser einen Teil ihrer Kolonialprofite zuschiebt. In der neueren Lehre wird der Kreis der Begünstigten auf die Funktionäre der Bewegung beschränkt und das Geld bei den Steuerzahlern eingetrieben. Ohne Umweg über Deutsch-Südwest.

Voraussetzung für diese kapital- und zeitsparende Prozedur war und ist die Parlamentarisierung der Arbeiterbewegung. Erst das repräsentative System, das die spontanen Wechselfälle direkter Demokratie ausschließt und die politischen Mandate in Partei und Parlament quasi lebenslänglich verleiht, macht die hohen Investitionen in einzelne Personen lohnend - dann aber auch über alle Maßen. Man schätze, was Flicks Brauchitsch an die Wähler oder auch nur an die Mitglieder der SPD hätte verteilen müssen, um sie für ein Steuergeschenk von 860 Millionen Mark zu gewinnen - das hätte ja den Aufwand nicht gelohnt.

Eigentlich und entgegen dem Anschein, den die vielen Scheine in verschlossenen Couverts erwecken, ist Eberhard von Brauchitsch ein sparsamer Mann, den es geärgert hat, für eine bloße Selbstverständlichkeit, die längst bezahlt war, noch einmal Geld ausgeben zu müssen. Denn wie er, ganz Anhänger der Theorie vom staatsmonopolistischen Kapitalismus, glaubte, hat der marktwirtschaftlich organisierte Staat eh nur die Aufgabe, die auf seinem Boden wirkenden Kapitalien zu

schützen und zu mehren, das heißt (bei Engels): als »ideeller Gesamtkapitalist« zu wirken. Daß dieser Apparat noch glatter läuft, wenn man ihn ständig ein wenig schmiert, war gebongt - dazu stopfte man ja schließlich genug in die Geldwaschanlagen der Parteien, die unter dem Decknamen »Stiftung« laufen. Daß aber nun auch noch Einzelmassage verlangt wurde, hat den Stamo-Kapitän wirklich geärgert.

Die Wut über den verlorenen Groschen und die Jungs, die ihn verlangt hatten, mag den Eberhard von Brauchitsch dazu veranlaßt haben, alle Schmiergeld-Belege sauber abzuheften, damit er - durch Androhung empfindlicher Übel - wenigstens die Lieferung der bezahlten Ware hätte erzwingen können. Denn sein Vertrauen in das ordentliche Geschäftsgebaren dieser Herren war nicht mehr allzu groß. Konnte er damit rechnen, daß irgendein subalterner verbohrter Beamter, der womöglich noch das Grundgesetz unterm Arm trägt, in die Tresors eines Unternehmens einbricht, das die freiheitliche Komponente dieses Staates verkörpert?

Die Propagandisten der freien Marktwirtschaft mögen auf dem Teppich bleiben! Auf einem Markt ist alles Ware: Spülmittel, Plattenspieler, Bildung, Gesetze, Redakteure, Politiker, Atomwaffen und die Meinungen dazu. Wenn etwas am Fall Brauchitsch skandalös genannt werden darf, dann erstens, daß die Einzelfall-Bestechungen überhaupt nötig waren, und zweitens, daß dies in die Öffentlichkeit getragen wurde. Wofür Brauchitsch nun wegen »Vorteilsgewährung« verfolgt wird, dafür werden die Hälfte aller Bundesverdienstkreuze mit Stern und Schulterband verliehen.

Ich will keinem die Schadenfreude vergällen. Aber sich an der Erkenntnis zu wärmen, daß der Jürgen Möllemann für ein paar Scheinchen (und einen Dienstwagen dazu, welche Oberinvestition!) so ziemlich alles tut, kann für einen Linken keine abendfüllende Beschäftigung sein. Und daß die FDP-Abgeordneten ihre Meinung zu der Frage, ob mit der SPD regiert werden sollte oder nicht, für nichts und wider nichts - also umsonst - geändert haben könnten, wird den angebrochenen Abend auch nicht retten.

Ein ganzes Stück weiter hilft schon die Frage, warum die Verteidiger dieses Systems so verbissen gegen das imperative Mandat kämpfen, das den Abgeordneten zwingen würde, die Aufträge seiner Wähler - oder wenigstens der Parteibasis, die ihn nominiert hat - zu befolgen. Warum sie so großen Wert darauf legen, daß der Abgeordnete nur seinem Gewissen verpflichtet ist und an Weisungen nicht gebunden? Es sei denn an Überweisungen.

Konkret 03/83, S. 10

Nachrichten

Ausgeschlossen

Kai Böhme, 25, leistet Zivildienst in der Kirchengemeinde in Springe. Als er sich gewerkschaftlich bei der ÖTV in Hannover organisieren wollte, wurde das mit Hinweis auf die Satzungsbestimmungen abgelehnt. Begründung: »Die Satzung der ÖTV ... sieht eine Mitgliedschaft von Zivildienstleistenden nicht vor«. Frau Meyer-Wulkow, Pressereferentin beim ÖTV-Vorstand in Stuttgart: »Diese Bestimmungen treffen auch auf Arbeitslose zu. Die Leute müssen sich ja dann dauernd ummelden, wenn sie anschließend etwas anderes machen«. Auch ein Arbeitnehmer-Standpunkt.

Hebammen wehren sich

Nach der Bundestagswahl soll das neue Krankenpflegegesetz verabschiedet werden. Danach soll das Hebammengesetz vom 21. Dezember 1938, wonach die Ärzte verpflichtet sind, zu jeder Geburt eine Hebamme hinzuzuziehen, ersatzlos gestrichen werden. Betroffen sind davon etwa 5.000 Hebammen, die dann auf das Wohlwollen der Ärzte angewiesen wären. Obwohl die Ausbildungsdauer für den Hebammenberuf gerade von zwei auf drei Jahre verlängert wurde, könnten dann die Ärzte mit unausgebildetem Hilfspersonal arbeiten. Die Hamburger Hebamme Karin Schubert, Mitorganisatorin der Unterschriftensammlung zur Beibehaltung der »Hinzuziehungspflicht«: »Das Ziel der Ärzte ist klar. Die wollen doch nur die technisierte Geburt und ihren unerfahrenen medizinischen Nachwuchs von den Universitäten unterbringen.«

Auch eine Form der Akademisierung von Berufen. Die schwangeren Frauen werden sowieso gar nicht erst gefragt.

Neue Einsicht

Helga Schuchardt war schon immer helle, wenn es um die Bürgerrechte ging. Die ehemalige FDP-Bundestagsabgeordnete (»Mir ist meine Partei abhanden gekommen«) und jetzige parteilose Kultursenatorin von Hamburg gab auf einer Wahlkampfveranstaltung der »Aktion für mehr Demokratie« in Schenefeld zu: »Wir haben an dem Gesetz zur Volkszählung mitgewirkt und die Gefahren damals nicht erkannt.« Nun ist sie aufgewacht. Sie empfahl dem erschrockenen und beunruhigten Publikum, die Durchleuchtung »am besten durch zahlreiche Verweigerung zu blockieren«. Wie das geht, wußte sie auf der Veranstaltung noch nicht. Sie kann es auf Seite 12 nachlesen.

Gute Resonanz

Nach der Veröffentlichung der apokalyptischen Folgen des amerikanischen »Giftkrieges in Vietnam« (KONKRET 2/83), liefen die Telefone der Düsseldorfer »Hilfsaktion Vietnam e.V.« heiß. Die KONKRET-Leser waren »betroffen und schockiert von den späten Opfern eines genetischen Krieges, der auch bei uns möglich wäre«, so die Geschäftsführerin der Hilfsaktion, Sybille Weber. Und die KONKRET-Leser spendeten. Über 3.000 Mark gingen schon in den ersten Tagen nach dem Erscheinen des Artikels auf dem Konto der Hilfsaktion ein. Damit es noch mehr wird, hier nochmal die Adresse: »Hilfsaktion Vietnam e.V., 4000 Düsseldorf 1, Postscheckkonto Essen 900400-430. Spendenbescheinigungen werden ausgestellt.

Steuer-Boykotteur

Ein Friedensfreund liegt mit dem Heidelberger Finanzamt in Fehde. Günther Lott, 46jähriger Apotheker und erklärter Pazifist aus dem badischen Städtchen Rauenburg, hat 18,4 Prozent seiner fälligen Einkommenssteuer (dies entspricht dem Anteil des »Verteidigungshaushalts« am Gesamt-Etat) auf ein Sperrkonto überwiesen. In seiner nicht gerade alltäglichen Steuer-Erklärung an die Heidelberger Finanzbeamten berief sich der Apotheker auf die im Grundgesetz-Artikel 4 verbriefte Gewissensfreiheit. Lott begründete seine Steuer-Aktion damit, daß er die Mitschuld an dem »Verbrechen, jährlich Milliarden und Abermilliarden für diesen Rüstungswahnsinn auszugeben, wenn gleichzeitig mindestens ein Viertel der Erdbevölkerung nicht ausreichend zu essen hat«, nicht länger mittragen wolle. Gegen das Finanzamt hat Lott inzwischen vor dem baden-württembergischen Finanzgerichtshof Klage erhoben. Er möchte, daß die Steuerbehörde ein »Friedenskonto« einrichtet, dessen Gelder mit Sicherheit nicht für militärische Zwecke verwendet werden. Ob Geld vor Gewissen geht, diese Frage möchte der Apotheker notfalls von den Bundesverfassungsrichtern in Karlsruhe prüfen lassen.

Vorerst werden in seiner Trauben-Apotheke nicht nur Medikamente verkauft. Die Apotheke ist jetzt auch erste Adresse für andere pazifistische Steuerboykott-Initiativen.

Genosse Oberstleutnant Der bayerische Ministerpräsident spricht von »Afterkultur«. Was und wen er meinte, wissen wir, seit sich Heinrich Böll und etliche seiner »entarteten« Kollegen zu dieser »Afterkultur« bekannt haben. Aber wo bleibt das Positive? In der »Quick«. Die begann am 17. Februar mit dem Abdruck von Heinz G. Konsaliks neuem Roman. Vierzig Jahre nach Stalingrad hat der - nach Auflagenzahlen - erfolgreichste deutsche Autor endlich zu einem russischen Gegenwartsthema gefunden: »Larissa und die roten Sklaven - ein aktueller Tatsachenroman aus den geheimen Pipeline-Lagern in Sibirien«. Sex, rassistische Volksverhetzung und antikommunistische Lügen - Konsalik macht vor, wie geil der Kalte Krieg sein kann. Leseprobe: »'Ein Tritt zwischen die Beine, wenn sie meine Brust nicht loslassen, Genosse Oberleutnant?' hatte sie mit einem Lächeln geantwortet - einem gefährlichen Lächeln, das ihre schrägen Augen noch verengte...«

Schmidts späte Schnauze

Helmut Schmidt koppelt sich ab. Womit sozialdemokratische Insider längst gerechnet haben: Helmut Schmidt geht auf Distanz zu Hans-Jochen Vogel. Im gleichen Augenblick, da sich die Siegeszuversicht der SPD zu verflüchtigen begann, entdeckte auch der Ex-Kanzler, daß das Format des Kandidaten Vogel zum Kanzler der Deutschen doch nicht ausreiche. Wie noch bei jedem seiner Gegenspieler beginnt Schmidt dieses Spiel in seiner ersten Phase hinter vorgehaltener Hand, meist bei Hintergrundgesprächen mit journalistischen Wahlkampfbegleitern. Jüngst verkündete Schmidt in einer solchen Runde: Helmut Kohl tauge nicht zum Regierungschef und - nach einer Pause -, wenn er es recht bedenke, Hans Jochen Vogel auch nicht. Es ist damit zu rechnen, daß Schmidt es bei dieser pauschalen Beurteilung nicht lassen wird. Wie weiland Schmidt-Vorgänger Willy Brandt wird nun auch Hans-Jochen Vogel das destruktive Potential von Schmidt in sein Kalkül ziehen müssen.

Zwei klare Mehrheiten

Der »Investitionsstreik« treibt den Konservativen Wähler zu. Die Rechnung der CDU/CSU, im Wahlkampf einen »Investitionsstreik« herbeizureden, scheint aufzugehen. Frei nach Bert Brecht, wonach »erst das Fressen und dann die Moral« komme, reagieren die Bundesbürger auf eine These der Unionsparteien, Unternehmer würden im Falle des sozialdemokratischen Wahlerfolges Investitionsvorhaben wieder rückgängig machen. Eine klare Mehrheit, so ermittelten Meinungsforscher jetzt, wolle die Partei wählen, die es besser mit der Wirtschaft könne, wenn dadurch Arbeitsplätze gesichert würden. Allerdings: eine ebenso klare Mehrheit würde sich für eine Partei entscheiden, die dem Staat eine stärkere Rolle bei den Investitionsentscheidungen der Unternehmen zuweise. Da es diese Partei aber nicht gibt, ist es nur ein scheinbarer »Widerspruch«, den die SPD-Führung in Bonn angesichts dieser Ergebnisse ratlos registriert.

Öko-Studium

Das Umweltbundesamt hat einen neu überarbeiteten »Studienführer Umweltschutz« herausgebracht. Auf 4.000 Seiten zeigt die Berliner Behörde aktuelle Ausbildungsmöglichkeiten an wissenschaftlichen, pädagogischen und Fachhochschulen für diejenigen, die im späteren Beruf an der Lösung und Vermeidung von Umweltproblemen qualifiziert mitwirken wollen. Gegen eine. Schutzgebühr von fünf Mark in die Sonderkasse der Oberfinanzdirektion Berlin, Postscheckkonto Nr. 200-102 beim Postscheckamt Berlin (West) kommt der Studienführer ins Haus. Dabei Schlüssel Nr. 0111-0628/11903 angeben.

Gangster, Geisel und Gendarmen

Baden-Württembergs Innenminister Roman Herzog (CDU) ist für wegweisende Neuerungen immer gut. Ende letzten Jahres ließ er einen Gebührenkatalog für Polizeieinsätze bei Demonstrationen absegnen, zum Jahreswechsel überraschte er mit der Ankündigung, seine Ordnungshüter als erste in der Bundesrepublik mit Gummigeschossen auszurüsten. Mit einer speziell für die Polizei umgerüsteten Granatenpistole (Kaliber 44 Millimeter) der Waffenschmiede »Heckler & Koch« lassen sich außer Tränengasgranaten auch ein Hartgummi-Kompaktgeschoß und eine Hartgummi-Schrotladung verschießen.

Das Hartgummi-Kompaktgeschoß entfaltet sich im Flug zu einem rechtwinkligen Kreuz von 20 Zentimetern Durchmesser. Aus 16 Einzelpropfen von 27 Millimetern Länge und 11,8 Gramm Gewicht besteht die Schrotladung.

Schon 1973 hatte die Polizeiführungsakademie verschiedene »Wuchtgeschosse« nach der Devise »erst alles zusammenschießen, dann Gangster, Geisel und Gendarmen auseinander sortieren« testen lassen. Acht Jahre später kam dann ein interner Bericht für die Innenministerkonferenz zu dem Ergebnis, daß die Wirkung dieser Geschosse »schwer kalkulierbar« ist. »Besonders empfindlich und verletzlich sind die Augen« so der Bericht, zumal »die Wirkung stark von der Schußentfernung abhängig« und »die Erfahrungen der Schweizer Polizei zeigen, daß das Einhalten einer Mindestschußentfernung schwer möglich ist.«

Die Schweizer Polizisten müssen es wissen. In den Jahren 1981 und 1982 haben sie mehr als 8.000 Stück der Schweizer Version dieser Munition auf eidgenössische Jugendliche verschossen. Eine Dokumentation des Züricher »Vereins betroffener Eltern« listet den totalen oder teilweisen Verlust der Sehfähigkeit in mindestens sieben Fällen bei ihren Kindern auf.

Ein Entschließungsantrag des niederländischen Abgeordneten Vandemeulebroucke und 30 seiner Kollegen im Europaparlament zielt jetzt auf die Ächtung dieser Geschosse. Bereits im Mai 1982 hatte die Straßburger Versammlung auf Antrag irischer Abgeordneter beschlossen, Plastikgeschosse der Bauart, die in Nordirland 14 Menschen (darunter 7 Kindern) das Leben kosteten, zu verbieten. Die britische Regierung lehnte es ab, dieser Empfehlung zu folgen.

Auch Roman Herzog will »eine vorübergehende körperliche Beeinträchtigung« getroffener Demonstranten in Kauf nehmen. Ihn bewegt allein das Problem, wie sich zwischen Polizeikräften und »einzelnen Störern« eine »vernünftige Distanz« herstellen läßt. Politisch besteht die seit langem. Jetzt soll sie paramilitärisch geschlossen werden.

Zitat

»Wie war es zur Katastrophe gekommen? Hitler hatte im Winter '41 auf '42 einen halbwegs geordneten Rückzug mit vielen erfrorenen Gliedmaßen (»Gefrierfleischorden«) durchgestanden«.

Rudolf Augstein im »Spiegel«.

Konkret 03/83, S. 12

Werner Heine

Ein Volk wird verhört

Ende April ziehen 600.000 Befrager durch das Land und verhören das Volk. Der Staat nennt seine über 300 Millionen Mark teure Fragebogenaktion »Volkszählung«. »Totale Erfassung« wäre genauer, denn die Bundesbürger sollen nicht gezählt, sondern ausgeforscht werden. Die 500 Fragen müssen genau beantwortet werden, sonst droht die Verwaltung mit Bußgeld. Doch was über die Bürger in den Staats-Computern gespeichert wird, kann allzu leicht gegen sie verwendet werden. Werner Heine beschreibt die Staats-Aktion und wie man sich dagegen wehren kann.

In München ist Razzia angesagt. Ende April werden 15.000 Männer und Frauen die Straßen durchkämmen und an jeder Wohnungstür klingeln. Für jeden aufgespürten polizeilich nicht gemeldeten Bürger gibt es ein Kopfgeld von 2,50 Mark, Türken bringen fünf Mark.

Aber das ist nur eine bayerische Variante der Großaktion, die in den Tagen um den 27. April bundesweit ablaufen wird: Der Staat läßt seine Bürger zählen. 600.000 Helfer werden überall in der Republik, mit weichen Bleistiften bewaffnet, ausschwärmen und, Fragebogen verteilen, auf denen Raum für 502 Eintragungen ist. Und das sind nur die überall einheitlichen »Haushaltsbogen«. Auf zusätzlichen Formblättern werden Unternehmer und Selbständige nach der Zahl der Arbeitsstätten und Beschäftigten und nach der Produktion befragt, alle Handwerker nach ihrem Gewerbe, alle Hausbesitzer nach ihren Gebäuden. Hinzu kommen in vielen Kommunen Sondererhebungen über die Benutzung von Verkehrsmitteln oder die Zahl der Parkplätze.

Die Aktion war längst überfällig. Nach einer Verabredung in der UNO sollen Volkszählungen alle zehn Jahre weltweit stattfinden. In der Bundesrepublik waren die Bürger zuletzt 1970 statistisch erfaßt worden. Seither klaffen die Einwohnerzahlen des Statistischen Bundesamts in Wiesbaden und die Zahlen der Meldeämter immer weiter auseinander.

Trotzdem kam die Verabschiedung eines Volkszählungsgesetzes erst im März vergangenen Jahres zustande. Fast zwei Jahre lang hatten Bund und Länder über die Verteilung der 300 Millionen Mark Kosten gestritten und Politiker und Statistiker am Fragebogen getüftelt.

Die Begründung zum Gesetz klang abstrakt bis poetisch. Es sollten Angaben gesammelt werden, die »für zahlreiche Auswertungszwecke entweder unmittelbar oder mittelbar - in Verbindung mit weiteren Erhebungsmerkmalen - von grundlegender Bedeutung« für die »Bevölkerungsfortschreitung« seien. Man werde ein »vielfältiges Strukturbild der Bevölkerung in tiefer regionaler Gliederung« gewinnen. Die Ergebnisse der Zählung seien »unentbehrliche Grundlage für gesellschafts- und wirtschaftspolitische Planungen und Entscheidungen« von Bund, Ländern und Gemeinden. Die gewonnenen Angaben unterlägen - mit Ausnahmen - der gesetzlichen Geheimhaltungspflicht, dem Datenschutz werde »Rechnung getragen.« Da mochte niemand dagegen sein. Das Gesetz, vorgelegt von Helmut Schmidt, Gerhart Baum und Hans Matthöfer, wurde von allen Fraktionen des Bundestags gebilligt.

Der Themenkatalog der Volkszählung, der im Gesetz aufgelistet ist, war vielen noch nicht umfassend genug. In Berlin sorgte zum Beispiel die Alternative Liste dafür, daß das Abgeordnetenhaus eine lokale Zusatzumfrage beschloß.

Es folgten ein paar freundliche Presseberichte. Die »Frankfurter Allgemeine« wog im Kommentar Anarchie gegen soziale Marktwirtschaft ab und befand, die Bestandsaufnahme sei geboten: »Es ist an der Zeit, dem Sozialstaat exaktere Zahlen zu geben für sein Tun.« Erst Ende vergangenen Jahres wurden die Fragebogen bekannt, und ein paar Fachleute begannen, sich zu wundern.

Denn da geht es ja nicht nur um Name, Alter, Wohnort und Geschlecht. Die Volkszähler fragen nach der Dauer der Ausbildung und nach dem Namen des Arbeitgebers, nach dem Heizmaterial und der Länge des Schulwegs, Ist die Wohnung die eigene oder gemietet, wird der Lebensunterhalt durch Arbeit oder von Zinsen bestritten, Katholik oder Jude, Student mit Kochnische oder Beamter mit Zweitwohnung, wieviel Wohnraum hat das Dachgeschoß, gewerblicher Lehrling oder mithelfender Familienangehöriger, Bafög oder arbeitslos, in welcher Fachrichtung wurde das Diplom erworben, wieviel PKW-Stellplätze hat das Grundstück, gehen Sie von der hiesigen Wohnung aus zur Arbeit?

Eine »totale Bestandsaufnahme« nennen die Statistiker aus Wiesbaden ihr Vorhaben. Und in einem Hamburger Flugblatt, das zum Boykott der Volkszählung aufruft, heißt es: »Seit den nationalsozialistischen Rassegesetzen hat es keinen vergleichbaren Versuch gegeben, die totale Kontrolle über die Bevölkerung auszuüben.« Das sind starke Worte, aber sie scheinen der Sachlage angemessen.

Das Bundesverfassungsgericht hat 1969 in einem Urteil die Grenzen staatlicher Erhebungen gezogen. Vom »Bereich menschlichen Eigenlebens, der von Natur aus Geheimnischarakter hat« und der gegen »verwaltungstechnische Entpersönlichung« zu schützen sei, ist da die Rede. Es sei mit der Menschenwürde nicht vereinbar, »wenn der Staat das Recht für sich in Anspruch nehmen könnte, den Menschen zwangsweise in seiner ganzen Persönlichkeit zu registrieren und

zu katalogisieren, sei es auch in der Anonymität einer statistischen Erhebung, um ihn damit wie eine Sache zu behandeln«.

Ob das Volkszählungsgesetz im Sinne dieses Spruchs verfassungswidrig ist, wird sicherlich noch vor Gericht ausgetragen werden. Alternative Gruppen in Hamburg und Berlin prüfen derzeit die Möglichkeit einer Verfassungsbeschwerde. Denn wer den Fragebogen korrekt beantwortet, zeichnet ein sehr vollständiges Bild seiner Existenz. Auch ohne die Frage nach dem Monatseinkommen erfahren die Volkszähler aus Angaben zu Ausbildung, Kinderzahl, Zahl der im Haushalt lebenden Personen, durch genaue Beschreibung des ausgeübten Berufs, Angabe der Arbeitsstelle oder des Besitzes von Grundstücken alles Notwendige, um auf das Ausmaß wirtschaftlicher Abhängigkeit schließen zu können.

Ob die geschiedene Frau von ihrer Arbeit als Säuglingsschwester lebt oder überwiegend vom Unterhalt ihres geschiedenen Mannes, bleibt ebenso wenig privates Geheimnis wie die Nebeneinnahme des arbeitslosen Bautischlers, der Sozialhilfe bezieht. Da wird es viel Gesprächsstoff geben, wenn die Feierabend-Zähler von der Fragebogen-Tour nach Hause kommen. Aber Klatsch und Indiskretion sind noch das geringste Übel. Das Problem beginnt, wenn die schätzungsweise fünf Milliarden Einzelangaben in den Computern der statistischen Ämter gespeichert sind.

Selbst der rechtmäßige Gebrauch der Daten ist verfassungspolitisch bedenklich. Nach dem Grundgesetz sollen die staatlichen Gewalten Gesetzgebung, Rechtsprechung und Verwaltung zueinander im Gleichgewicht stehen. Nach der Volkszählung wird noch deutlicher werden, warum das nicht so ist. Datenverarbeiter sagen der Verwaltung dann einen uneinholbaren Vorsprung voraus.

Für die sozialliberalen Gesellschafts-Techniker, die das Gesetz entwarfen, war das kein bedenklicher Nachteil, sondern Ziel der Aktion. Für ihre Denkweise steht der ehemalige Chef des Bundeskriminalamts und Schmidt-Vertraute, Horst Herold. Der beklagte vor drei Jahren in einem Gespräch mit dem Journalisten Sebastian Cobler, daß Erkenntnisse, die Justiz und Polizei täglich liefern, nicht ausgewertet würden: »Dieses Material wird einfach ignoriert. Ich bin ja einverstanden, daß wir die Namen streichen. Aber das andere kostbare Gut müssen wir ausnützen.«

Mit modernen Computern könnten die Datenmengen »von der Feststellung der Personalien der Eltern über die Frage nach dem erlernten und ausgeübten Beruf bis hin zum Hergang der Tat ... mehrdimensional verknüpft« werden. Herold wurde hymnisch: »Daß man dieses Wissen nicht ausschöpfen und verbinden kann zu einem Gemälde der Gesellschaft!« Herold jammerte: »Wenn die Datenneurose nicht wäre ... « Und Herold hatte eine Vision: »Meine Hoffnung gilt dem Computer als einem gesamtgesellschaftlichen Diagnose-Instrument. Das ist eine Prävention neuen Stils ... Mit Hilfe dieses Mittels kann ich sehen, wo es hakt: Klassen, soziale Unterschiede... Man muß einen lebenswerten Staat schaffen. Einen Staat der Bürger, einen transparenten Staat.«

Noch während Herold mit Cobler um die Veröffentlichung des Interviews stritt - es war ihm wohl zu deutlich geraten -, liefen die Vorbereitungen für das Volkszählungsgesetz an, das bis in die Einzelheiten Herolds Vorstellungen entspricht. Es versteht sich, daß das BKA wichtiger Nutznießer der Zählung sein wird.

Nach Paragraph 9 des Gesetzes können alle obersten Bundes- und Landesbehörden die Daten der Bürger von den statistischen Ämtern anfordern, »soweit sie zur rechtmäßigen Erfüllung der in ihrer Zuständigkeit liegenden Aufgaben erforderlich sind«. Lediglich die Namen werden dabei verdeckt. Aber die Meldebehörden bekommen die Angaben zur Person selbstverständlich mit Namen, denn sie sollen ja die Bevölkerungsstatistik wieder ordnen. Und zu den Meldebehörden hat das Bundeskriminalamt einen ungehemmten Zugriff. Das BKA gelangt so an Informationen, deren Beschaffung selbst ihm schwerfallen würde. Die »taz« fragte das Statistische Landesamt in Hamburg, warum die Behörden ihre Daten nicht einfach austauschen, statt sie so aufwendig zu erfragen. Das ginge nicht, war die Antwort. Das verbiete das Datenschutzgesetz. Herolds Gemälde bekommt mit der jetzt rechtmäßigen Kombination unterschiedlichster Daten kräftig Farbe.

Wird es zu Ausschreitungen in den Ausländergettos kommen? Der Computer liefert alle Daten über den Zustand der Wohnungen und ihre Belegung, über die Arbeitslosigkeit und die Bevölkerungsfluktuation im Viertel. Ist Widerstand gegen die geplante Sanierung der Altstadt zu erwarten? Der Elektronenrechner zeichnet ein präzises Bild der Berufs-, Alters- und Bildungsstruktur. Das läßt Rückschlüsse auf politisches Verhalten zu. »Natürlich werden solche Situationen am Rechner simuliert«, sagt Klaus Brunnstein, Professor für Informatik an der Universität Hamburg. Brunnstein wundert sich Über das »unterentwickelte Bewußtsein« gegenüber Datenschutzproblemen. »Wir leben 50 Jahre nach 1933 und ein Jahr vor 1984. Wir haben Grund, dieses Datum zu beachten.« Das Schlimmste am Gesetz ist für ihn: »Die Datenmenge wird einzelnen Leuten offeriert.«

Die obersten Bundes- und Landesbehörden können untergeordneten Ämtern wie auch »nicht öffentlichen Stellen« die Daten zugänglich machen. Dazu werden Namen und Konfession verdeckt. Nicht öffentliche Stellen - das können private Meinungsforscher wie Arbeitgeberverbände sein.

Ohne Namen, Religion und Anschrift dürfen die Daten für wissenschaftliche Zwecke herausgegeben werden. Das kann für die statistische Doktorarbeit sein wie für den Schulaufsatz. Jeder, der will, kommt an die anonymen Daten.

Und jeder, der will und die technischen Möglichkeiten hat, kann auch die Anonymität knacken. Die erfragten Telefonnummern gehören nach dem Wortlaut des Gesetzes nicht zur Anschrift. Sie unterliegen deshalb keiner Geheimhaltung und werden selbst dem forschenden Schüler mitgeliefert. Aber auch aus den Angaben zu Person, Wohnung und Beruf lassen sich »mit hoher Genauigkeit« (Brunnstein) wieder Frau Meier und Herr Müller rekonstruieren. »Die vielen Umfelddaten lassen selbst in großen Wohneinheiten den Schluß auf einen kleinen Personenkreis von fünf bis zehn Leuten zu. Das ist mit dem Rechner nur ein technisches Problem«, weiß Brunnstein. Der Rest ist dann einfache Recherche.

Diese Mißbrauchsmöglichkeit der Zählung wäre eingeschränkt gewesen, wenn die Angaben zur Person getrennt von den Daten der Lebensumstände auf gesondertem Fragebogen erhoben würden. Aber als diese Idee zur Sprache kam, waren die Bogen schon gedruckt. Die einzelnen Blätter eines Fragebogens enthalten jetzt die gleiche Kenn-Nummer.

Wer fürchtet aber noch den Mißbrauch, wenn der gesetzeskonforme Gebrauch schon alle Möglichkeiten öffnet? Hausbesitzer erfahren nun alles über Wohnungsausstattungen in der Umgebung und können ihre Mietpreise anpassen. Grundstücksspekulanten werden auf diesen Service bei der Objektsuche zurückgreifen. Die Bundespost kann ihre Unterlagen für die Verkabelungspläne ergänzen. Die Werbedrucksachen landen viel präziser in den Briefkästen der kaufkräftigen Haushalte.

Und ganz nebenbei beseitigt die Volkszählung ein paar liebgewordene Mogeleien. Der »Hauptwohnsitz« auf dem Lande, wo die Kfz-Versicherung billiger ist, oder in Berlin, wo der Einberufungsbescheid nicht hinreicht - das fällt jetzt auf.

Ärger wird es die treffen, die bei ihren Anträgen zur Sozialhilfe oder zum Wohngeld gemogelt haben. Zwar sieht das Gesetz vor, daß »aus diesen Angaben gewonnene Erkenntnisse... nicht zu Maßnahmen gegen den einzelnen Auskunftspflichtigen verwendet werden« dürfen. Das gilt aber nur für Ordnungswidrigkeiten, zum Beispiel bei unterlassener Ummeldung. Der Hamburger Senat erklärte auf eine Anfrage der GAL, er schließe nicht aus, daß als Ergebnis der Zählung staatliche Beihilfen gestrichen werden könnten.

Eine Ordnungswidrigkeit ist in jedem Fall die Abgabe unrichtiger Erklärungen oder die Verweigerung der Auskunft. Das Gesetz droht für diese Fälle Bußgelder an, bis zu einer Höchstgrenze von 10.000 Mark. Die Zählhelfer werden angewiesen, mit dieser Bestimmung zu drohen, wenn sie auf Widerstand stoßen sollten. Nur - der Boykott der Zählung ist eben auch nicht mehr als eine Ordnungswidrigkeit, es droht kein Strafverfahren und kein Disziplinarverfahren bei Beamten. Aufrufe zum Boykott gibt es seit Ende Januar in vielen Städten der Bundesrepublik. Das Vorbild ist Holland. Bei der Volkszählung 1971 verweigerten die in Fragen der Demokratie sehr viel sensibleren Niederländer so massenhaft die Auskunft, daß die Erhebung wertlos wurde. Seither gibt es dort keine Zählungen mehr.

In der Bundesrepublik begann der Widerstand gegen Herolds transparenten Bürger als ziviler Ungehorsam gegen die Raketenpläne. »Politiker fragen, Bürger antworten nicht«, proklamierten Gruppen in Berlin und Hamburg. Sie wollten nur mitmachen, wenn die Bundesregierung die geplanten Stellungen der Pershing II offenlege. Inzwischen ist die Gefährlichkeit der Volkszählung selbst erkannt.

Andere haben ihren Boykott schon unauffällig hinter sich. Im ersten Gesetzentwurf pries die Regierung noch, daß sie erstmals vollständige Umsatzzahlen aller Betriebe erheben könne. Das sei besonders wichtig für regionale Planungen. Dann gab es, ganz unbemerkt von der Öffentlichkeit, Proteste der Unternehmerverbände. Die Frage nach dem Umsatz taucht im Gesetz nicht mehr auf.

Kasten »Laß dich nicht erfassen« auf Seite 15

Die Bewegung heißt VoBo - Volkszählungsboykott. Linke und alternative Gruppen in vielen Städten der Republik rufen zur »offensiven« Verweigerung bei der Zählung auf. Offensiv soll heißen: den Fragebogen nicht ausfüllen und in Ruhe einen Bußgeldbescheid abwarten.

Wer die Fragen nicht beantwortet, begeht keine Straftat, sondern eine Ordnungswidrigkeit wie beim falschen Parken. Eine Ordnungswidrigkeit kann keine Eintragung ins Strafregister oder - bei Beamten - kein Disziplinarverfahren nach sich ziehen.

Das Bundesstatistikgesetz gibt mit 10.000 Mark nur die Obergrenze der Geldbuße an, mit der diese Ordnungswidrigkeit belegt werden kann. Juristen aus den VoBo-Initiativen weisen darauf hin, daß nach der Rechtsprechung tatsächlich nur mit Bußen zwischen 30 und 100 Mark zu rechnen ist.

Wer einen Bußgeldbescheid erhält, sollte dagegen unbedingt Widerspruch erheben. Die Frist und die Adresse dafür müssen auf dem Bescheid angegeben sein. Dieser Widerspruch geht dann vor Gericht und muß dort entschieden werden. Kommen die Bußgeldbescheide massenhaft, ist nicht zu sehen, wie die Justiz das bewältigen soll. In Hamburg gibt es zum Beispiel drei Richterstellen für diese Arbeit.

Wer den Fragebogen falsch ausfüllt oder verspätet abliefert, begeht die. gleiche Ordnungswidrigkeit mit der gleichen Bußgeldandrohung. Die statistischen Ämter haben Rechenprogramme vorbereitet - »Plausibilitätskontrollen« -, mit denen sie falsche Einzelangaben aufspüren können.

Wer seinen Fragebogen für die Daten-Lesegeräte unbrauchbar macht, weil er ihn faltet oder nicht mit dem Bleistift ausfüllt, boykottiert die Zählung nicht. Er verursacht nur eine Verzögerung der Auswertung. Die Daten werden dann übertragen. Dafür stehen bei den statistischen Ämtern Sachmittel und Arbeitskräfte bereit.

Gegen das Ausfüllen des Fragebogens kann, wie gegen jeden Verwaltungsakt, vor dem Verwaltungsgericht Klage erhoben werden. Das hat aber keine »aufschiebende Wirkung«, die Teilnahme an der Zählung bleibt Pflicht. Außerdem kostet das Geld.

Die VoBo-Gruppen rechnen schon jetzt mit vielen tausend Verweigerungen. Teilweise sammeln sie Unterschriften der Verweigerungswilligen. Das erscheint sinnvoll, weil dann vor dem 27. April bekannt gegeben werden kann, wie groß die Zahl der Verweigerer sein wird. Jürgen Grüning vom Statistischen Landesamt Hamburg sagte der »Zeit«: »Wenn das 50.000 Leute machen, dann brauchen wir ja tausend Beamte, die das durchziehen - und da wird man dann wohl eher darauf verzichten.«

Es haben sich bereits in vielen Städten VoBo-Initiativen gebildet. Die »taz« veröffentlicht regelmäßig Adressen. Mit Informationen, Tips und Adressen hilft auch Petra Weiss weiter, die die Aktionen organisiert und koordiniert:

c/o Autonomie, Thadenstraße 130a, 2 Hamburg 50, Telefon: 040/4300070 (mo, mi + fr 17 bis 19 Uhr).

KONKRET 03/83, S. 16

Willy Brandt

Ohne die Grünen

Der SPD-Vorsitzende glaubt nicht an eine grüne Fraktion im Bundestag. In KONKRET sagt Brandt, was er über die USA, keine Stationierung neuer Raketen und über den Flick-Skandal denkt

KONKRET: Herr Brandt, Sie haben gesagt, die Grünen würden nicht in den Bundestag einziehen. Haben Sie da gesicherte Zahlen, oder ist das mehr ein frommer Wunsch?

Brandt: Ein Vorsitzender der SPD kann, wenn ein Wahlkampf beginnt, natürlich nicht zugleich für seine Partei eintreten und außerdem noch wünschen, daß eine andere Partei Erfolg. hat. Das geht nicht gut...

KONKRET: Also ist Ihre Aussage taktisch motiviert?

Brandt:... ich bin dazu da, für die eigene Partei zu holen, was zu holen ist, Zweitens, hätte es da noch irgendwelche Zweifel gegeben, wäre man ja hellwach geworden, als uns aus der grünen Kiste klargemacht wurde, die SPD sei im laufenden Bundestagswahlkampf der Hauptgegner.

KONKRET: Klar, sie erhofften Stimmen von der SPD.

Brandt: Stimmen für die Grünen - von der SPD? Das mag ja in Ordnung sein, aber das verstärkt nur meine Argumentation. Wir sind nicht nur dazu da, Stimmen zu halten, sondern neue zu bekommen. Und drittens kommt hinzu: Nach dem, was ich übersehen kann, und nach den Untersuchungen, die hier vorliegen, bin ich zu dem Ergebnis gekommen, die ganz überwiegende Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß die Grünen es nicht schaffen können. Vor allem, wenn ich mir die beiden großen Flächenstaaten angucke; die schaffen es in Nordrhein-Westfalen nicht, die schaffen es in Bayern nicht.

KONKRET: Bei den letzten Landtagswahlen sah das noch anders aus.

Brandt: In NRW und in Bayern sind die Grünen ja nicht drin. Und im übrigen spricht die Erfahrung dafür, bei einer Landtagswahl schafft man es eher als bei der Bundestagswahl. Also muß ich mit folgendem rechnen: Wenn die Grünen bei 4 Prozent bleiben, dann steht das für 20 Mandate. Wenn es, wie ich weiterhin vermute, ziemlich eng werden wird, das Verhältnis SPD hier, CDU/CSU da, dann würden von den 20 Mandaten, für die vier Prozent der Stimmen stehen, 10 an CDU/CSU gehen. Das ist dann eine Wirkung der Stimmen, auf die ich die hinweisen muß, die geneigt sind, sie so einzusetzen.

KONKRET: Es gibt aber auch viele, die glauben, die SPD könne es allein nicht schaffen. Und daß deshalb - genauso wie auf der anderen Seite mit der FDP argumentiert wird,- geradezu dafür gesorgt werden muß, daß die Grünen das fehlende Prozent bekommen. Alles, um eine absolute Mehrheit der CDU/ CSU zu verhindern und wieder einen sozialdemokratischen Kanzler möglich zu machen.

Brandt: Daß ich nicht geneigt bin, Stimmen für Neugruppierungen auszugrenzen und so zu tun, als ob es sie nicht gäbe, das habe ich in der Vergangenheit deutlich genug werden lassen. Nur das ist für mich nicht die Frage, die sich stellt. Für mich ist die Wahrscheinlichkeit sehr groß, daß die Grünen keine Mandate bekommen.

KONKRET: Also, Sie glauben nicht mehr wie nach der Hessen-Wahl, daß es diesseits der CDU/CSU eine Mehrheit gibt. Hamburg hatte es ja noch mal bestätigt. Da waren es fast 60 Prozent, wenn man SPD und GAL-Stimmen zusammenzählt.

Brandt: Dagegen hätte ich auch nichts. Mein damaliger Hinweis am Abend der Hessen-Wahl war keine parlamentarische Kalkulation, sondern sollte nüchtern darauf aufmerksam machen. Die Rechten dürfen nicht so tun, als könnten sie nach einer solchen Landtagswahl erstmal die Grün-Alternativen abziehen von den abgegebenen Stimmen, den Rest durch zwei dividieren, und dann feststellen, im Sinne einer höheren Form von Demokratie stünde nunmehr der CDU die Führung zu. Dagegen habe ich mich gewehrt.

KONKRET: Also gegen das Ausgrenzen der grünen Stimmen...

Brandt: Gegen das Ausgrenzen und gegen das manipulative Umgehen mit solchen Wahlergebnissen. Und der Hinweis, es gibt eine Mehrheit diesseits der Union, war keine Allensbach-Feststellung, sondern eine statistische. Gerade aber, wenn ich von der statistischen ausgehe, dann muß ich jetzt aus meiner Sicht leider damit rechnen, daß es keine grünen Mandate geben wird, sondern daß von den abgegebenen grünen Stimmen, die ich weiter ernst nehme, sich die Hälfte niederschlagen wird für die CDU.

KONKRET: Hat die SPD Angst vor den Grünen? Angst, daß die sich als Partei etablieren und eine beständige Kraft werden? Der öffentliche Zuspruch nimmt jedenfalls zu. Gerade hat sich der Schriftsteller Heinrich Böll für die Grünen ausgesprochen. Das kann die SPD doch nicht ignorieren?

Brandt: Das müssen wir, sehr ernst nehmen. Für mich ist es natürlich ein schwacher Trost, wenn Heinrich Böll sagt, er setzt sich für die Grünen ein, ohne der SPD Schaden zufügen zu wollen. Das ist sehr idealistisch formuliert, praktisch-politisch aber nicht leicht umzusetzen. Nein, die SPD verfügt nicht über anderer Leute Stimmen und anderer Leute Fähigkeit oder Bereitschaft, selbst etwas auf die Beine zu stellen. Hamburg hat ja übrigens interessanterweise gezeigt, daß die SPD stärker geworden ist, ohne daß die Grünen darunter gelitten hätten. Da muß man sehen, ob sich das anderswo auch so herausstellt.

KONKRET: Am liebsten würde die SPD das grüne Protestpotential wieder integrieren?

Brandt: Die SPD ist nicht einfach eine Vereinigung zur Versammlung aller Art von Ideen, Programmansätzen und Menschen; das ist sie nicht. Aber - und da hab' ich mich, auch auf die Gefahr hin, von anderen mißverstanden zu werden, dafür eingesetzt - die SPD muß natürlich, wenn sie eine linke fortschrittliche Volkspartei sein will, versuchen, das zusammenzufügen, was sich neu rührt, soweit es sich mit ihren eigenen Grundwerten vereinbaren läßt.

KONKRET: Das haben sie zu Beginn der sozialliberalen Ära schon einmal mit der APO versucht.

Brandt: Nicht ganz so schematisch, wie es sich hinterher dem einen und dem anderen dargestellt hat. Aber doch. Eigentlich hat die SPD es in ihrer Geschichte immer mal wieder getan. Dabei haben ihr die Anstöße von außen durchaus gut getan. Im Ökologischen, im Antibürokratischen hat es Herausforderungen gegeben, über die ich mich nicht nur geärgert habe. Ich versuche, wenn ich es kann mit anderen zusammen, möglichst viel davon in der eigenen Partei anzusiedeln.

KONKRET: Wie wäre es denn, wenn es nach der Wahl doch eine rechnerische Mehrheit im Bundestag gibt, würde dann ein SPD-Kanzler sich von den Grünen mitwählen lassen?

Brandt: Also, da ist nicht der SPD-Kandidat zuerst gefragt. Nach unserer Verfassung wäre der Bundespräsident zuerst gefragt. Ich greif' mal Ihren Fall auf. Es gibt nicht zwei, sondern drei Fraktionen im Bundestag. Es gibt die SPD, die CDU/CSU und eine dritte Fraktion. Und ich unterstelle mal weiter, keine hätte die absolute Mehrheit. In diesem Fall bittet der Bundespräsident die Vorsitzenden der drei Fraktionen zu sich und stellt fest, ob es unter den dort Versammelten einen Kandidaten gibt, der die Mehrheit der Stimmen des Bundestages bekommt. Nur einen solchen Kandidaten wird der Bundespräsident vorschlagen. Das heißt, das wäre zunächst keine Frage an den SPD-Kandidaten, sondern das wäre eine Frage an die Grünen. Dann käme in einer nächsten Runde, ganz rasch danach, die Frage, ob die Abgeordneten der dritten Gruppierung dies mit bestimmten Erwartungen verbinden. Ich glaube nicht, daß Vogel bereit wäre, sich unter Bedingungen wählen zu lassen.

KONKRET: Viele Grüne haben angekündigt, sie würden, erstmal auch ohne Bedingungen, den SPD-Kandidaten wählen.

Brandt: Dann ließe der sich wählen.

KONKRET: Gut, dann ließe der sich wählen. Glauben Sie denn überhaupt, mit den Grünen anschließend wirklich regieren zu können? Das wird doch sicher sehr kompliziert?

Brandt: Das ist sicher nicht leicht, nachdem, was man bisher erkennen kann. Auf der anderen Seite besteht unser ganzes Leben - oder ein großer Teil unseres Lebens - aus Schwierigkeiten.

KONKRET: Greifen wir ein paar Fragen raus. Bei der Raketen-Stationierung gibt es große Gemeinsamkeiten. Ich lese immer häufiger, daß auch SPD-Kandidaten erklären, sie werden der Stationierung neuer Atomraketen nicht zustimmen. Auch bei der Weiterentwicklung der Kernenergie ist die SPD skeptisch geworden.

Brandt: Als erstes muß ich nochmal sagen, daß ich dem nicht im einzelnen nachgehen mag, weil das für mich verschwendete Energie ist. Ich gehe halt von meiner Einschätzung aus, daß die Grünen nicht reinkommen. Und da man sonst über so viele Dinge nachdenken muß heutzutage, warum sich dann in unnötige geistige Unkosten stürzen. Doch jetzt mal die hypothetische Sache angenommen, da würde ich es ein bißchen komplizierter sehen als Sie. Was heißt: SPD-Leute nicht für den Doppelbeschluß? Der Doppelbeschluß wird auch nicht zur Entscheidung stehen, sondern, was viele anders gesehen haben, der sogenannte Doppelbeschluß hat Verhandlungen zustande gebracht. Wenn die scheitern, dann wird die SPD ohnehin - wie sie es angekündigt hat - ihre Haltung prüfen und wird das, was dabei rauskommt, dem zugrunde legen, was sie in Regierung und Parlament oder Parlament und Regierung tut. Daß es von der Grundhaltung, vom Empfinden her hier ähnliche Einstellungen gibt, das gilt nicht nur für die beiden Gruppen, von denen Sie sprechen. Auch ein großer Teil der CDU-Wähler wünscht nicht, daß hier neue Raketen stationiert werden.

KONKRET: Sicher gibt es eine große Mehrheit gegen neue Raketen.

Brandt: Es ist nur nicht sicher, daß die das alle ihrer Wahlentscheidung zugrunde legen. Bei der Kernenergie, ist das auch nicht einfach. Unser Wahl- und Regierungsprogramm - das durch und zusammen mit Vogel gemacht worden ist - gibt der Kohle den Vorrang, was aber keinen raschen oder unmittelbaren oder gar automatischen Ausstieg aus der Kernenergie bedeutet, sondern eben diese abgestufte Haltung: Kohle Vorrang, Energieeinsparung ganz groß geschrieben und den Weg nicht verbauen für den möglichen Ausstieg aus der Kernenergie.

KONKRET: Es gibt noch andere Gemeinsamkeiten - von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen bis zum Kampf gegen Einschnitte ins soziale Netz.

Brandt: Es ist sicher so, daß in Fragen des Mieterschutzes, in Fragen von Bafög, um mal zwei Beispiele zu nennen, manche Wähler außerhalb der SPD dasselbe wollen wie die SPD und ihre Wähler. Das seh' ich wohl.

KONKRET: Haben Sie die FDP abgeschrieben?

Brandt: Ach, was heißt abgeschrieben, da ist auch erst die Frage: Kommen die rein, verdient haben sie es nicht, aber danach geht es in der Politik ja leider nicht immer. Wenn die sich jetzt oder in der weiteren Entwicklung ein wenig konsolidieren sollten, dann ist das erstmal 'ne andere Partei als die, die wir von 1968 bis Mitte der 70er Jahre gekannt haben. Aber daß hier in der Bundesrepublik eine Partei, die sich als betont liberal empfindet, es wieder versuchen könnte, das kann ich keineswegs ausschließen. Ich weiß nur, daß ich vielerorts heute hinkomme, wo einem frühere Wähler und Anhänger der FDP sagen, daß sie als Liberale diesmal diese FDP nicht wählen können.

KONKRET: Sie kann aber trotzdem wieder über die 5 Prozent kommen?

Brandt: Bei beiden Kleinen, wenn man's mal so nennen will, ist dies offen. Ich glaube, bei den Grünen ist es noch wahrscheinlicher, oder so gut wie sicher, daß sie es nicht schaffen. Bei der FDP steht es auf der Kippe und da sag' ich, daß ich es nicht für vernünftig halte, sie reinzuwäh1en.

KONKRET: Beide nicht?

Brandt: Jetzt sprach ich gerade von der FDP.

KONKRET: Herr Brandt, will die SPD die Wahl wirklich gewinnen?

Brandt: Wie?

KONKRET: Das ist keine rhetorische Frage. Ende 1983 wird es drei Millionen Arbeitslose geben, die Kasse wird immer leerer, die Raketenfrage steht endgültig an. Da lebt es sich in der Opposition sicher besser.

Brandt: Wir müssen bereit sein, es auch in einer ungewöhnlich schwierigen Lage wieder zu machen. Wir sind dazu bereit, den Einfluß, über den man in der Regierung verfügt, einzusetzen, um im eigenen Land gegenzusteuern.

KONKRET: Die SPD hat sich gegenüber ihrem Tief im Sommer 1982 (gerade 30% Wählerstimmen) deutlich erholt. Das hängt aber eben auch mit der Oppositionsrolle zusammen. Da kann man plötzlich wieder ganz andere Positionen vertreten. Aber braucht die Partei nicht noch viel mehr Zeit, um sich von der Macht zu erholen?

Brandt: Das ist eine Überlegung, die man in der Studierstube haben kann, nicht aber in der praktischen Politik. Daß eine Partei wie unsere auch immer wieder eigene Probleme hat, daß in ihr gerungen wird, das wird sich nicht ändern. Aber richtig ist, es hat sich mehr getan seit dem letzten Herbst, als daß nur Vertrauenseinbußen wettgemacht worden wären. Es hat sich auch, was das Programm angeht, eine starke Konzentration ergeben. Klar, wenn nicht Wahlkampf ist, dann kann man es sich leisten, auch wieder etwas mehr intern zu diskutieren. Das sehe ich sehr wohl. Aber die interne Diskussion würde, soweit man es sich wieder leisten kann, von einer neuen Basis aus erfolgen. Einer neuen Grundlage, bei der die Mehrheit auf wichtigen Politikgebieten viel breiter ist als zuvor.

KONKRET: Sie meinen, die Partei ist sich einiger?

Brandt: So meine ich das. Das gilt sowohl für die Sicherheitspolitik als auch für die Problematik Wirtschaft-Umwelt.

KONKRET: Darauf müssen wir noch zurückkommen. Vorher sollten Sie uns eine kurze Einschätzung der neuen Regierung geben. Was macht sie anders als es vorher die SPD/FDP-Koalition getan hat?

Brandt: Ich messe die neue Regierung eher an dem, was sie vorher gesagt hat. Die haben den Eindruck erweckt, sie könnten Arbeitslosigkeit abbauen, da müsse nur die Mutter Schmidt weg. In Wirklichkeit wächst die Arbeitslosigkeit rascher als zuvor. Die Bundesrepublik sackt im internationalen Vergleich ab. Das ist das eigentlich Neue in diesen vier, fünf Monaten. Wo es jetzt lang geht, sieht man an solchen Dingen wie Abbau des Mieterschutzes. Das ist eben nicht ein Weiterführen dessen, wovon die alte Koalition glaubte, daß sie es auf den Weg bringen könnte und sollte, sondern da wird rabiat herangegangen an das Gros der Altbau-Bewohner mit dem Abbau des Mieterschutzes und der Erhöhung der Mieten. Da ist die mit der Bafög-Kürzung verbundene Wiedereinführung des Klassenelements, das starke Zurückschrauben der Chancengleichheit. Aber man sieht den Unterschied auch in den nicht direkt materiellen Bereichen, also den Quatsch mit der Gewissensprüfung statt vernünftiger Gleichstellung zwischen Wehrdienst und Ersatzdienst; mit der Verschärfung des Demonstrationsrechts, anstatt sich die zu Verbündeten zu machen, die für vernünftige Dinge demonstrieren. Und nicht irgendwer, sondern der gegenwärtige Bundeskanzler sagt im »Deutschland-Magazin«, man muß sich den Paragraphen 218 neu angucken nach der Wahl. Da gibt es eine ganze Palette von Geschichten, die nun konkretisieren, was Wende eigentlich heißt.

KONKRET: Es ist eine neue Qualität, daß der Bundeskanzler sich von einem Mann interviewen läßt, der unter Hitler seine Haushälterin wegen Defätismus an die Gestapo verpfiffen hat.

Brandt: Das »Deutschland-Magazin» hatte schon immer eine eigene Qualität.

KONKRET: Was hat denn die SPD aus dem Machtwechsel gelernt?

Brandt: Wir lernen in diesen Wochen, wieviel sich zusammenfindet oder auch wieder aus den Löchern rauskommt an Geschichten und Leuten, die man kaum noch beachtet hatte. Eine richtige Versammlung von Rechtskonservativen bis Reaktionären, die nun der Wende Inhalt geben wollen. Das ist bedrückend, aber nicht besonders überraschend.

KONKRET: Aber zeigt das nicht auch, daß sich in den 13 Jahren SPD-Regierung - übrigens die längste Zeit, die die SPD hintereinander regiert hat - doch so viel nicht geändert hat? Es ist offenbar leicht, hier einfach weiterzumachen?

Brandt: 13 Jahre sind in der Tat eine lange Zeit, wenn man daran erinnert, daß die Weimarer Republik nicht sehr viel länger gedauert hat, jedenfalls nicht die Jahre, in denen sie halbwegs in Ordnung war. Sicherlich weiß man heute besser, was man nach dem seinerzeitigen Wechsel, mit der damals noch anders aussehenden FDP zusätzlich hätte auf den Weg bringen können. Daraus muß man das eine und andere ableiten, was einem in einer neuen Runde helfen kann. Trotzdem bleibt richtig: Bis die Belastung durch die Weltwirtschaftskrise so stark geworden ist, ist ja relativ viel auf den Weg gebracht worden, und nicht - wie viele immer glauben - nur eine bestimmte Entlastung auf dem außenpolitischen Gebiet.

KONKRET: Müssen sich nicht führende Sozialdemokraten heute sagen lassen, daß die Politik, die sie gemacht haben, der heutigen Rechtskoalition sehr gute Anknüpfungspunkte geboten hat. Ob beim sozialen Netz, bei den Freiheitsrechten, bei der Nachrüstung. Da hatte sich doch in den letzten Jahren schon viel rückwärts bewegt.

Brandt: Wenn die jetzt was wegschneiden oder verschlechtern oder sonst verändern, ist das natürlich auch 'ne Form von Anknüpfen, aber eben eine, die doch den Unterschied zeigt und nicht die Kontinuität.

KONKRET: Aber wenn Sie jetzt mal ein Resümee ziehen, was würden Sie denn - wenn Sie heute noch einmal regieren könnten - grundsätzlich anders machen oder anders machen müssen?

Brandt: Die SPD würde das nächste Mal nicht wieder im August 1982 anfangen, sie würde auch nicht ihre Erklärung von 1969 'rausholen, sondern sie hat auf dem Dortmunder Parteitag eine Art von Zwischenbilanz gezogen und ein neues Programm beschlossen.

KONKRET: Normalerweise weigern sich Politiker, sogenannte hypothetische Fragen zu beantworten. Wir waren vorhin schon mal an dem Punkt. Wenn man fragt, was wäre, wenn... Für den Wähler ist das schwieriger. Der muß sich die Frage ja stellen, wenn er seine Stimme abgibt. Also konkret: Was würde denn die SPD tun, wenn Pershing II und Cruise Missiles stationiert werden sollen? Wird sie das hinnehmen, oder wird sie dagegen kämpfen?

Brandt: Also, ich zieh' mich jetzt nicht aus der Affäre, ich sage nur, da gibt es mehrere Fragen vorher, Fragen, die wir zu beantworten haben, bevor es zu der käme, von der ich hoffe, daß sie uns nicht gestellt wird. Für die SPD kann jetzt nicht im Vordergrund stehen, was ergibt sich, wenn es dann doch dazu kommt, sondern, was können wir tun, um es verhindern zu helfen. Deshalb hat es eine so große Bedeutung, daß Vogel dies zugespitzt hat, auch die Frage des Auftrags, nämlich nochmal alles Mögliche zu tun, um die Stationierung neuer nuklearer Raketen auf deutschem Boden überflüssig zu machen. Das heißt, die Frage des Einwirkens auf die Weltmächte, die Frage des Drängens auf eine Lösung in Genf. Ich habe es ja schon gesagt: Die SPD wird sich auf jeden Fall im Jahre 1983 auf einem Parteitag dazu äußern, falls es in Genf zu keinem Ergebnis gekommen ist. Und noch eine Fußnote dazu. In der deutschen Debatte wird irrigerweise davon ausgegangen, als ergebe sich aus dem Doppelbeschluß irgendeine Art von Aussage über ein Stationierungsdatum. Davon kann überhaupt keine Rede sein. Ende 1983 ist nur über einen etwaigen Stationierungsbedarf zu befinden, über ein Datum steht da überhaupt nichts drin.

KONKRET: In den letzten beiden Jahren hat sich in der Frage Rüstung/Abrüstung nur die Sowjetunion bewegt. Die USA überhaupt nicht. Welche Forderung wird die SPD an Washington stellen, wenn sie wieder an die Macht zurückkehrt?

Brandt: Die SPD hat, bevor sich die Frage einer neuen Regierungsverantwortung stellte, sehr deutlich in Richtung Sowjetunion gesagt: Das ist wohl nicht ganz das, womit ihr letztlich 'rüberkommen müßt. Aber das wäre auch verwunderlich, wenn eine Weltmacht ihre letzte Karte in Form von öffentlichen Presseerklärungen ausspielte. Aber es ist richtig, die Sowjetunion hält nicht an ihrer ursprünglichen starren Haltung fest, sondern läßt bei mehr als einem Punkt Verhandlungsbereitschaft anklingen. Das haben wir auch gewürdigt. Und jetzt haben wir der anderen Seite gesagt, der amerikanischen, ihr müßt auch 'rüberkommen mit Vorschlägen.

KONKRET: Aber die kommen nicht...

Brandt: Hier könnte natürlich gerade der deutlichere Einfluß einer bundesdeutschen Regierung eine erhebliche Rolle spielen.

KONKRET: Also, eine SPD-Regierung würde in Washington deutlich intervenieren?

Brandt: Ja, was heißt intervenieren? Sie wird das deutsche Interesse deutlich machen, nicht zu sagen, laß' die doch ein bißchen verhandeln. Und wenn die eben nichts zustande bringen, dann wird stationiert. Das war nie die Haltung der deutschen Sozialdemokraten. Wir können keinem Automatismus das Wort reden. Insofern steht hier schon was zur Wahl. Kohl ist nach Washington gegangen und hat gesagt: Also wenn da nichts 'rauskommt, dann such' ich bei mir zu Haus in Deutschland Zustimmung für die Stationierung. Und Vogel hat denen in Washington gesagt - das hat nicht allen gefallen, aber einigen hat das durchaus eingeleuchtet -: Ich bitte zu Haus um Unterstützung dafür, daß es nicht zu dieser neuen Umdrehung der Rüstungsspirale kommt.

KONKRET: Die amerikanische Führungsschicht ist entschlossen, wirtschaftliche Reformen zu verhindern; weltpolitische Auseinandersetzungen werden zunehmend mit Gewalt geführt. Wenn man sieht, was in Amerika vor sich geht, die fortschreitende Armut, die steigende Arbeitslosigkeit. Muß man da nicht über das Bündnis nachdenken?

Brandt: Also, ich würde da differenzieren. Die USA sind nicht nur die tatsächlich stärkste Macht der Welt, sondern auch ein Staat, der als Kontinent noch ungeheure unerschlossene Potentiale und Entwicklungsmöglichkeiten hat. Natürlich können nicht die Schlangen vor den Suppenküchen in Detroit Beispiel für europäische oder gar deutsche sozialdemokratische Politik sein. Nur konnten das auch nicht die Rassendiskriminierungen sein, die jetzt, wenn ich an meine jungen Jahre denke, zwar nicht überwunden sind, sich aber doch erheblich anders darstellen. Ich hab' noch in den Städten die Schilder gesehen, wo überall Leute einer bestimmten Farbe keinen Zutritt hatten. Es hat eine innere Umschichtung im Laufe von 25 Jahren stattgefunden.

Nein, was wir heute häufig zu sehr unterschätzen in Deutschland, ist das Ringen der Meinungen in den USA. Deshalb opponiere ich immer, wenn gesprochen wird von *den* USA. Da hat zum Beispiel der Senator Cranston aus Kalifornien - ein möglicher neuer Präsident, und nächstes Jahr wird schon wieder gewählt - darauf hingewiesen, daß das Ausmaß an Rüstungsausgaben, mit dem wir es zu tun haben, Gift ist nicht nur für die Weltwirtschaft, sondern auch für die Wirtschaft der Vereinigten Staaten. Manches, was deutsche Sozialdemokraten kritisch vorbringen, wirkt ja wie leises Säuseln verglichen mit den harten Argumenten, die in der amerikanischen Debatte eine Rolle spielen. Man muß ja aufpassen als deutscher Kritiker der politischen Vorgänge, daß man nicht zurückbleibt hinter dem, was die katholischen Bischöfe in den USA zu sagen haben.

Und noch eins: Es käme heute kein amerikanischer Außenminister auf den Gedanken, McNamara oder George Kennan oder McGeorge Bundy vorzuwerfen, daß sie Kandidaten oder Agenten des sowjetischen Generalsekretärs wären. Da ist auch ein Unterschied in der Qualität des Meinungsaustausches in den USA, verglichen mit dem, was bei uns stattfindet. Richtig ist aber auch - und da bleibt natürlich unter dem Strich, bei aller Aufgeschlossenheit gegenüber den USA, bei aller Notwendigkeit, in dieser gespaltenen Welt mit den USA in einem Bündnis sein zu müssen -, richtig bleibt natürlich, wieviel weniger die USA heute ein Vorbild sein können. Die Zeit, in der Leute geglaubt haben, die ganze Welt müßte so schön werden wie die Häuser in Manhattan hoch sind und wie die Straßen in Chicago mit Autos vollgestopft sind, die Zeit ist ja vorbei. Das kommt jetzt nicht erst in der Runde mit den Raketen...

KONKRET: ... das aktualisiert und konkretisiert allerdings die Bündnis-Diskussion.

Brandt: Ja, man muß nur eben aufpassen, daß man sich nicht vereinnahmen läßt durch Leute, die daraus sofort eine Option zwischen den beiden Weltmächten machen wollen. Weil man die eine kritisch zu betrachten und zu begreifen gezwungen ist, darf man nicht daraus ableiten, es ergäbe sich eine größere Nähe zu den Modellen, die uns von einer anderen Seite offeriert werden. Die Vorbilder sind in der heutigen Weltpolitik nicht so leicht festzumachen. Oder man kann es auch so sagen: Es wird immer deutlicher, daß wir aus den Erfahrungen einer neuen Krise auch ableiten müssen, wie unsere eigenen, unsere europäischen Modelle auszusehen haben, nämlich nicht wie eine einfache Kopie dessen, was die USA darstellen.

KONKRET: Und Sie meinen, das können wir auch? Wie kann denn so eine eigenständige Position der Bundesrepublik aussehen?

Brandt: Wir sind ja angetreten hier nach dem Krieg in der Hoffnung, daß sich Europa nicht als bloße Kopie der Vereinigten Staaten entfalten würde. Unsere geschichtlichen Bezüge sind andere. Auch unsere wirtschafts-, gesellschafts- und strukturpolitischen Orientierungen. Nehmen Sie nur, was in Europa angelegt ist in der Mitbestimmungsdebatte. Was die Franzosen versuchen mit »cogestion«, was die Schweden und die Österreicher mit wiederum anderen Modellen voranzubringen versuchen, das ist natürlich etwas anderes als in den Vereinigten Staaten und wird es auch noch 'ne Weile bleiben.

KONKRET: Auch wenn es die Kapitalinteressen der USA tangiert. Ist dann sowas überhaupt möglich? Wird das überhaupt zugelassen?

Brandt: Bei allem Einfluß der amerikanischen Kapitalinteressen wäre es ein Irrtum, zu glauben, daß Europa sich nicht gegenüber den Vereinigten Staaten behaupten kann. Da hab' ich keinen Zweifel.

KONKRET: Zurück in die Bundesrepublik. Hier haben wir ja auch große Schwierigkeiten mit dem Kapital. Warum spielen eigentlich die Schmiergelder des Hauses Flick in der Diskussion überhaupt keine Rolle?

Brandt: Ich bin sehr unzufrieden damit, daß a) die Staatsanwaltschaft sich so viel Zeit nimmt und b) nicht mehr zur Klärung des Vorganges geschieht. Ich halte es für ungeheuerlich, daß, gestützt auf eine Schutzschrift von Herrn Brauchitsch oder von dessen Anwalt, plötzlich für bare Münze genommen wird, was der zu seiner Entlastung sagt. Dadurch konnten auch ganz abwegige Verdächtigungen entstehen. Im übrigen ist klar: Wenn auch nur ein Teil dessen stimmt, was jetzt noch an Belastung vorgebracht wird, wäre es ein ungeheuerlicher Vorgang, die Mittel einer großen Gesellschaft einzusetzen, um die Gesetzgebung zu korrumpieren. Eine verheerende Geschichte. Ich kann schon verstehen, daß dies demokratieschädigend und nicht nur desorientierend, sondern auch tief enttäuschend oder ekelerregend auf die Leute wirkt.

Konkret 03/83, S. 25

Michael Schilling

Birne + Kompott

Was CDU und CSU hinter ihrer Kanzler-Attrappe verbergen

Die Reaktion mag dumm sein - so töricht ist sie nicht, daß sie einen von mehreren *menschlichem* Sprachfehlern verfolgten Torfkopf, dessen tiefste Gedanken die Philosophie der Lenor-Werbung streifen, den Dichtern und Denkern ihres Volkes ohne perfide Absicht vorsetzt. Birne ist im Angebot - greift zu, macht euch lustig, verschwendet Phantasie und Witz! Die Intelligenz muß beschäftigt werden, damit sie nicht auf Gedanken kommt, derweil wir den 50. Jahrestag der Machtergreifung als Jubiläum feiern und »Mainz wie es singt und lacht« als Wunschkonzert der deutschen Wehrmacht.

Wer vermag sich dem Reiz des Angebots zu entziehen? Wer schlägt es aus, um sich dafür die Fron aufzubürden, Kritik zu üben, wo andere nur lachen? Ist der Weg von der Dummheit zu ihrer Entlarvung, von der Birne zum Kompott nicht zu kurz, als daß ein Feingeist ihn weisen möchte? Die Intelligenz schweigt und genießt. Darin liegt Helmut Kohls Stärke, das macht Birne zum Glücksfallobst der Reaktion. Immer auf die Kleinen und immer auf den Kopf.

An die Arbeit also: Wovon soll Birne ablenken, was werden wir zu sehen kriegen, wenn die Tränen des Lachens getrocknet sind? Eine deutsche Heimat von der Maas bis an die Memel, gesäubert von entarteter und Afterkultur, gereinigt vom Gleichheitswahn der sozialistischen Irrlehre, befreit von kulturfremden Ausländern wie von unanständigen Deutschen, Sozialdemokraten und anderen Verbrechern, geeinigt in völkischem Interesse, Speerspitze im ewigen gerechten Krieg mit dem Bösen, dem Kommunismus. Übertrieben? Laßt uns sehn:

Noch hatten sie wenig Gelegenheit, Geschichte zu machen. Umso lehrreicher ist es, wie sie Geschichte beschreiben. Beispielsweise den deutschen Faschismus. Nun hat es gewiß zwischen konservativen, liberalen und marxistischen Historikern manchen Streit gegeben, was Hitler und was Nationalsozialismus gewesen sei. Aber dies ist doch neu: Hitler war »der radikalste Ideologe«, der Nationalsozialismus »die revolutionäre Verbindung von Terror und Gedankenherrschaft«, die »Vernichtung von Millionen«, also Auschwitz und den Überfall auf die Sowjetunion, hätte es »ohne die Komplizenschaft Stalins nicht gegeben«. Widerstand gegen die Nazis leisteten »die Militäropposition«, »Soldaten«, »Geistliche«, der »20. Juli«, nochmal »Soldaten« und einige nicht näher bezeichnete »Arbeiter«. Die Opfer? »Mehr als acht Millionen gehörten zuletzt der NSDAP an. Sie haben einen hohen Preis gezahlt für Verfügbarkeit und Begeisterung, für Anpassen oder Mitmachen.« Und die Kommunisten? »Die gewaltige historische Schuld der Kommunisten, die für die Zerstörung der Weimarer Republik die Hauptverantwortung tragen ... « Deshalb erinnern wir an »50 Jahre Diktatur in der DDR«, wo es »schlimmer als bei Adolf« ist: »Der hat keine Mauer um Deutschland gebaut.«

Die Kommunisten haben Hitler an die Macht gebracht, den revolutionären Ideologen. Das Militär und der Klerus haben sich gewehrt, auch sollen ein paar Arbeiter nein gesagt haben. Gelitten haben die acht Millionen Verführten unter diesem kommunistischen Regime, das wir heute in der DDR wiederfinden, nur schlimmer. So sah man die Geschichte nie, bevor sie von Helmut Kohl, Gerhard Löwenthal und dem Ring Christlich-Demokratischer Studenten an der Technischen Hochschule Aachen umgeschrieben wurde.

Wenn aber Hitler eigentlich Kommunist war, muß es »freiheitsliebenden Demokraten zur Pflicht gemacht werden, sich Anti-Kommunisten zu nennen«. Das sagt Gerhard Löwenthal, den man längst unter »unfreiwilliges Kabarett« abgelegt hatte, der nun aber als Gesprächspartner des Bundeskanzlers auftritt. Zusammen mit Kurt Ziesel, einem bekannten Widerständler, der seine Köchin wegen defätistischer Äußerungen bei der Gestapo denunziert hat und der infolgedessen sich heute als Herausgeber des von der CDU/CSU bezahlten »Deutschland-Magazins« bewährt, stellte Löwenthal den Helmut Kohl im Bonner Kanzleramt zur Rede. Ist es nicht höchste Zeit für »die Beendigung der Kulturrevolution« (ein Synonym für die hessischen Rahmenrichtlinien)? Kohl: »Ihre Frage ist völlig berechtigt.« Kultusminister Mayer-Vorfelder will in den Schulen wieder »Ehrfurcht vor Gott und der Würde des Menschen, Liebe zu Volk und Heimat« lehren? Kohl: »Ich unterstütze (diese) Intentionen ausdrücklich.« Sind die Familien nicht hilflos linken Lehrern ausgeliefert? Kohl: »Sie haben völlig recht.« Was ist mit »Wiederbelebung der alten Tugenden, Fleiß, Pflichtbewußtsein, Vaterlandsliebe ... «? Kohl: »Natürlich müssen wir ... «

Was immer der Hauptschriftleiter und sein Fernsehfreund sagen, sie haben »natürlich recht«. Denn nicht anders hat es der Kanzler von seinen politischen Ziehvätern gelernt: von dem Fabrikanten Kurt Ries, der sich zur Nazizeit durch die Arisierung einer jüdischen Präservativ-Firma bleibende Verdienste geschaffen hatte, und von Riesens Freund Hanns-Martin Schleyer, dem bekannten SS-Mann, der für seine Verführbarkeit einen hohen Preis bezahlt hat.

Und »natürlich« gibt der Bundeskanzler seinem Ziesel auch recht, wenn der zu vergessen scheint, daß der »Völkische Beobachter« irgendwann eingestellt wurde, und gegen den »moralischen Niedergang«, die »skrupellose Schlammschlacht der Sozialisten«, den »Pöbel«, die »Rechtsbrecher, Krawalldemonstranten, Aussteiger und Kriminelle« sowie »die

Kapitulation gegenüber Moskau« marschiert wie eine publizistische Sturm-Abteilung. Alle Unkosten trägt, bevor sie auf uns abgewälzt werden, die Konrad-Adenauer-Stiftung.

Aber Helmut Kohl sagt nicht nur »Sie haben völlig recht«, er leistet auch *einen* eigenen ungefragten Beitrag: Die Russen sollen endlich den Rudolf Heß freilassen.

Ja, die Liebe zu Volk und Heimat ... Ekkehard Voigt, der Vorsitzende des wehrpolitischen Arbeitskreises der CSU, sagt: »Unser Deutschland, dieses Wort muß wieder in die Herzen jedes deutschen Bürgers zurückgebracht, ja neu eingestanzt werden.« Und zwar in beide, die in seiner Brust schlagen. Was aber ist dieses Deutschland? »Deutschland in seinen Grenzen vom 3 1. Dezember 1937«, »dieses Deutschland, unser Lebensraum.« Im Osten.

Nein, sagt Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann, es sei »kein Ausrutscher« (und kein Verschwörer) gewesen, als er gesagt habe, bei der Behandlung der deutschen Frage müßten künftig auch die Gebiete jenseits der Oder-Neiße-Linie (also Westpolen) einbezogen werden. Zwar heißt es im Warschauer Vertrag, die Bundesrepublik und die Volksrepublik Polen »bekräftigen die Unverletzlichkeit ihrer bestehenden Grenzen jetzt und in Zukunft.... sie erklären, daß sie gegeneinander keinerlei Gebietsansprüche haben und solche auch in Zukunft nicht erheben werden«, aber pacta sunt servanda (zu deutsch: Fetzen Papier).

Und das ist nicht nur eine Stimme aus Bayern, im Wahlprogramm der CDU wird den sozialistischen Staaten der Krieg zwar etwas verklausulierter, aber nicht weniger deutlich erklärt: »Wir wollen friedliche Nachbarschaft, aber niemals Anerkennung des Unrechts, das in der Verweigerung der Menschenrechte und in der Vorenthaltung des nationalen Selbstbestimmungsrechts liegt«; »Wir fordern die Sowjetunion auf, das Selbstbestimmungsrecht der Völker und die individuellen Freiheitsrechte der Menschen anzuerkennen. Bei der Erfüllung dieser Forderung gäbe es keine Notwendigkeit ... für eine Nachrüstung.« Wir wollen Entspannung, aber Ursache der Spannung ist die Existenz der sozialistischen Staaten; weil dort der Kommunismus noch nicht beseitigt ist, brauchen wir neue Atomraketen. Das steht im Wahlprogramm der CDU. Aber Hitlers »Mein Kampf« hat ja auch keiner gelesen.

Was »Heim ins Reich« hieß, heißt jetzt, bei der CDU, »Fortbestand des Deutschen Reiches«, die Grenze zwischen der Bundesrepublik und der DDR ist »eine innerdeutsche Trennungslinie, keine Grenze im völkerrechtlichen Sinn«, denn »wir finden uns mit der kommunistischen Diktatur im andern Teil Deutschlands niemals ab«, die wir aber nur »mit friedlichen Mitteln« beseitigen wollen sowie mit ein wenig »Nachrüstung«. Und zwar im »Schulterschluß mit den USA« (CDU-Programm), deren Präsident das Ende des Kommunismus für spätestens das Jahr 2.000 vorausgesagt hat. Es eilt also, die Stationierung kann nicht vertagt werden.

Zuerst muß allerdings die Heimatfront vom »Kollektivismus« und der »Irrlehre des Sozialismus« befreit werden, die die »Axt an der Wurzel« unserer Gesellschaft gelegt und sie »ausgebeutet« haben, bis sie »zusammengebrochen« ist. Mit diesem Wörterbuch des Weltuntergangs, das die Vorstellung bluttriefender Bolschewisten beschwört, beschreibt die CDU jene Ära, in der brave Sozialdemokraten an der Seite der Herren Genscher und Lambsdorff die Kapitaleigner hofierten, Berufsverbote erfanden, Polizei und Militär zu den schlagkräftigsten in ganz Westeuropa aufrüsteten. Wenn dies der vollendete Kollektivismus und Sozialismus war - was wird dann »die Wende« sein? Den Kollektivismus überwindet man ja nicht mit einem neuen Mietgesetz.

Am Anfang soll die »geistige Wende« stehen, das Ende von »kultureller Ermattung«, »kultureller Entartung« und »Afterkulturprodukten«. Da Franz Josef Strauß, der das verlangt, sich zugleich »in der großen geistig-moralischen Tradition des Abendlandes« sieht, ist der Gleichklang mit Hitlers »entarteter Kunst« und Goebbels' »Asphaltliteraten« gewiß kein Versehen, sondern Absicht.

Der Vorsitzende der CSU, das wird immer wieder mißinterpretiert, meint es genau so, wie er es sagt: Schluß mit Tucholsky, Brecht, Walser oder Böll, her mit Dwinger, Kolbenhayer, Trenker und Konsalik. Schluß auch mit der »Bildungspsychose«, dem »sogenannten Recht auf Bildung« und dem Verlangen nach »Chancengleichheit«. Die nämlich würde, sagt Dr.Dr.h.c. Strauß, Vater zweier Studenten, »eine Reform am lieben Gott« erfordern, der die Menschen nun einmal nicht gleich geschaffen habe (sondern als Ministerpräsidenten- oder Proletenkinder).

Ist das Recht auf Bildung nur ein sogenanntes, soll die Pflicht zur Geburt eine real existierende werden: »Wir werden ein umfassendes Programm zum Schutz des ungeborenen Lebens verwirklichen« (CDU-Programm). Damit keine sagt, sie habe es nicht gewußt: Gewinnt die Union die Wahl, wird die Abtreibung wieder unter Strafe gestellt. (Vielleicht bleibt die »medizinische Indikation«, da sie die teuerste und darum christlichen Stammwählern vorbehalten ist.)

»Wir vertrauen auf Bürgersinn«, gesteht die CDU. Bürger kann manches meinen: Staatsbürger, Citoyen, Bourgeois. Keiner sollte der Union unterstellen, sie meine den letzten. Die Lektüre des Programms macht jede Unterstellung überflüssig: »Die Freiräume des Bürgers und der mittelständischen Unternehmen müssen erweitert werden.« Und der Rest? »Wir wollen die sozialen Hilfen denen geben, die sie wirklich brauchen.« Ein vernünftiger Vorsatz. Wer aber braucht sie wirklich? »In unserer Sozialpolitik hat die Sorge für die Kriegsopfer, die für die Gemeinschaft ihr Leben eingesetzt haben, einen

besonders hohen Rang.« Muckt jemand auf? Die CDU, sagt Kohl, wird sich die Berichterstattung der öffentlich-rechtlichen Sender »nicht länger bieten lassen«.

Sie meinen es ernst mit der Wende, verdammt ernst. Die fünfziger und sechziger Jahre, als sie sich im Besitz einer nicht endenden Regierungsmehrheit glaubten und deshalb eine - in ihren Augen unverzeihliche - Liberalität bewiesen, werden sich nicht wiederholen. Die Republik wird aufgeteilt werden in »anständige Deutsche« (CDU-Generalsekretär Geißler), die gegen »Entartung« und für »völkische Interessen« (Zimmermann) stehen, und unanständige, die sich bei diesen Worten erinnert fühlen. Der Apparat, die Bürokratie, das Militär, die Polizei, die Justiz stehen bereit. Nichts wurde in ihnen seit dem Jahre 1932 zum Besseren gewendet, die Rebmänner, die Carl von Ossietzky wegen Landesverrats noch zu Republikzeiten ins Gefängnis sperrten, funktionieren wie einst.

Auch dieser hier sitzt keineswegs lebenslänglich in Spandau, sondern als Staatssekretär in jenem Bundesministerium des Innern, das für öffentliche Sicherheit, die Kultur und den Schutz der Verfassung zuständig ist: »Frieden und Freiheit sind auch im Innern wichtig, aber da in erster Linie für die Normalen, nicht für perverse Minderheiten, Terroristen, Verbrecher und Randgruppen. « Wie Homosexuelle, Zigeuner, unerwünschte Ausländer, Feministinnen, Kommunisten. Der Mann, der da wieder die deutschen Staatsbürgerrechte aberkennen und rosa Winkel oder gelbe Sterne anheften will, heißt Carl-Dieter Spranger, ist CSU-Mitglied und, wenn das Wort, von dem sparsamsten Gebrauch zu machen wir uns angewöhnt haben, noch etwas bedeutet, der erste in Bonn regierende Faschist, der sich als solcher dem Publikum zu erkennen gibt.

Noch ist es erst 1983 und nicht schon 1932, die CDU und die CSU machen zusammen noch nicht die NSDAP, noch ist die Bundesrepublik eine bürgerliche Demokratie - mit allen Abstrichen zwar, die das Bürgerliche von der Demokratie verlangt, aber dennoch. Es läßt sich leben hier, auch für ein Mitglied einer perversen Minderheit wie mich. Was aber wird geschehen, wenn die Zahl der Arbeitslosen von den zweieinhalb Millionen auf vier, fünf oder gar acht wächst? Wenn ein paar Banken krachen? Wenn eine kommunistische Partei - und nicht bloß die bieder-reformistischen Grünen - in die Parlamente einzieht? Wenn die Demokratie zu Auswüchsen von Volksherrschaft mißbraucht wird?. Und wenn in jenen nicht allzu fernen Zeiten eine Regierung regiert, deren Mitglied ein Carl-Dieter Spranger sein kann?

Wer möchte dann die Köchin des christlichen Hauptschriftleiters Kurt Ziesel sein?

Konkret 03/83, S. 28

Thomas Doberstein

Der andere Ami

Eine Ausstellung in der Westberliner Kunsthalle informiert ab Mitte März über Kultur und Geschichte der amerikanischen Arbeiterbewegung – eine Schau, wie es sie bisher, auch in den USA, noch nie gegeben hat

Es herrscht Ruhe im Land. Die Arbeitslosen in den Suppenküchen von Detroit schämen sich ihrer Armut. Die Obdachlosen von New York meiden die beheizten, teppichbespannten Luxuspassagen Manhattans und erfrieren draußen in den Slums. Jane Fonda, Hollywoods linkes Gewissen, propagiert Aerobic. Während dieser furchtbare Präsidenten-Darsteller in seinem Etatentwurf für 1984 die Rüstungsausgaben um 14 Prozent erhöht und den Sozialhaushalt weiter zusammenstreicht, während die Arbeitslosenquote auf elf Prozent steigt, herrscht Ruhe im Land.

Das war beileibe nicht immer so. Aber es ist heute so, auch weil sich die US-amerikanische Arbeiterbewegung ihrer eigenen Geschichte nicht erinnern mag. In den Archiven der Gewerkschaften lagern unzählige Dokumente von sozialen Kämpfen und Massenstreiks, die mächtiger waren als alle Klassenauseinandersetzungen in Europa. Aber »die Archive wußten zum Teil nicht einmal, was sie da in ihren Regalen stehen hatten«. Das sagt der Berliner Verleger Tom Fecht, der vier Jahre lang für eine Ausstellung recherchiert hat, die Mitte März in der Staatlichen Kunsthalle Westberlin eröffnet wird: »Das andere Amerika«.

Diese Ausstellung über »Geschichte, Kunst und Kultur der amerikanischen Arbeiterbewegung« (so der Untertitel) versammelt Material, das selbst in den USA fast völlig unbekannt und zum größten Teil unveröffentlicht ist.

Da wird zum Beispiel in den Schulbüchern auf beiden Seiten des Atlantik George Washington, der erste US-Präsident, seit jeher als glühender Gegner der Sklavenhaltung dargestellt. Die Berliner Ausstellung veröffentlicht jetzt erstmals eine zeitgenössische Zeichnung, die den amerikanischen Nationalhelden zusammen mit seinen eigenen Sklaven zeigt.

Ein anderes bisher unbekanntes Dokument haben die Ausstellungsmacher im Stadtarchiv von Trier gefunden: das »Gesuch des Literaten Dr. Carl Marx um den Konsens zur Auswanderung nach Amerika«. Im Jahre 1845 wollte Marx tatsächlich von Brüssel aus in die Vereinigten Staaten auswandern, und in der Hoffnung, den Aufwiegler endgültig loszuwerden, stimmten die Behörden zu. Aber bekanntlich tat ihnen Marx dann den Gefallen doch nicht. Erst seine Tochter kam, zusammen mit Wilhelm Liebknecht, nach Amerika. Im Auftrag der SPD sprach der deutsche Sozialistenführer 1886 auf zahlreichen Kundgebungen in den USA. Auch Spartakus-Gründer Karl Liebknecht sprach zu den amerikanischen Arbeitern, und eine New Yorker »Socialist Literature Company« bot in Zeitungsanzeigen »künstlerisch ausgeführte« Porträts von August Bebel an, die in »jede Arbeiterwohnung, jedes Versammlungslokal, jedes Gewerkschaftsbureau« gehörten. Auch ein Kapitel deutsch-amerikanischer Beziehungen.

Um die Jahrhundertwende war die Arbeiterklasse der USA besser organisiert als die europäische. Um beispielsweise zu begreifen, was es hieß, einen nationalen Streik zu organisieren, muß man sich klar machen, daß vergleichbare Streikbewegungen in Europa von Madrid bis Moskau gereicht hätten - und das bei Telegrafengesellschaften, die keine Meldung unverfälscht weitergegeben haben.

Von Anfang an war die Lüge die wirksamste Waffe gegen jede Art von sozialer Unruhe. Klassischer Beleg sind die gefälschten Flugblätter, mit denen die Arbeiter von Chicago am 1. Mai 1886 aufgefordert wurden, sich mit Waffen auf dem Haymarket zu versammeln - Vorwand für die Polizei, den friedlichen Widerstand mit brutalsten Mitteln zu zerschlagen.

Ein anderes, subtileres Beispiel: 1931, als es in den USA schon einmal zehn Millionen Arbeitslose gab, fielen in New York rund 4000 von ihnen auf einen gigantischen Betrug mit Äpfeln herein. Damals gab es nämlich eine Apfelschwemme, die die Obstgroßhändler durch Sonderverkäufe an Arbeitslose gegen Kredit abbauen konnten. Die sollten die Früchte weiterverkaufen, und mit dem Spruch »An apple a day keeps the doctor away« sollte auch die Volkswirtschaft gesunden. Aber natürlich blieben die Arbeitslosen auf ihren Äpfeln sitzen. Die deutsche »Arbeiter Illustrierte Zeitung« kommentierte damals: »Das ist vielleicht die furchtbarste Wirtschaftstragödie, daß das Kapital noch an der Not verdienen will. Seine Äpfel sind bitter.«

Heute werden in Detroit und anderswo die Arbeitslosen ihr letztes Geld mit einem ähnlichen Trick los. Für mehrere hundert Dollar Vorschuß auf einen sicheren Job, so Presseberichte, bekamen verzweifelte Arbeitsuchende von betrügerischen Geschäftemachern eine Mappe mit Zeitungsausschnitten der lokalen Stellenangebote. Das Kapital hat eben Tradition.

Der zweite Weltkrieg hatte bald nach der Depression die schlimmsten Wirtschaftsprobleme überdeckt, die Kriegsproduktion schaffte neue Arbeitsplätze, vor allem auch für die amerikanischen Frauen, und patriotischer Gemeinsamkeits-Taumel schüttete jegliches Klassenbewußtsein zu. Bis heute - wobei als kollektives Feindbild seit Kriegsende ein mehr oder weniger blinder Antikommunismus aufgebaut wurde. Im Moment ist er wieder sehr blind.

Und dennoch gibt es für die europäische Gewerkschaftsbewegung von der amerikanischen noch einiges zu lernen. Zum Beispiel wie man einen Streik über mehrere Jahre führt. Oder wie gestreikt wurde. Denn die Formen der amerikanischen

Streiks vor 30 Jahren waren weitaus origineller als die heutigen in der Bundesrepublik. Das Holzfaß war zum Beispiel ein beliebtes Stilmittel der Streikagitation. Die streikenden Arbeiter stiegen, nur mit Unterwäsche bekleidet, in die Fässer und demonstrierten damit auf den Straßen, daß sie nicht einmal mehr Geld für Kleidung besaßen. Den Streikparolen auf dem »wandelnden Faß« konnten sich die neugierigen Passanten kaum entziehen. Andere Aktionen, wie die Werbung von langbeinigen und großbusigen Bunnies für Lohnerhöhung, dürften heute wegen offensichtlicher Frauenfeindlichkeit nicht mehr möglich sein.

Gerade in den 50er Jahren ist den Gewerkschaften so manche Arbeiterdemonstration zum regelrechten Karnevalszug geraten. Auch hiervon sind die skurrilsten Bilder in der Berliner Ausstellung zu sehen. Fotos bilden den größten Teil der über 900 Exponate, darunter wertvolle Originale von Lichtbild-Klassikern wie Lewis Hine. Von den 50 Gemälden der Schau war bisher noch kein einziges in Europa zu sehen. Gerade auch bei der bildenden Kunst liefert der Katalog einige Überraschungen. Wer weiß zum Beispiel, daß der Tröpfelmaler Jackson Pollock mit sozial engagierten realistischen Bildern angefangen hat und erst durch politischen Druck zum Action Painting kam? Oder der Grafiker-Papst Milton Glaser: Sein »I love New York« -Signet kennt jeder, völlig unbekannt sind seine politischen Plakate. Die Ausstellung präsentiert ein ziemlich unamerikanisches Amerika. Aber antiamerikanisch ist sie gewiß nicht. Sie ist so wenig anti-amerikanisch wie die Kommunistin Angela Davis, die zur Eröffnung nach Berlin kommen wird. So wenig anti-amerikanisch wie das Zentral-Archiv des Gewerkschaftsdachverbandes AFL-CIO, das die Vorbereitungen wesentlich unterstützt hat. So wenig anti-amerikanisch wie die Leihgeber, die fast alle einen Aufruf gegen die Stationierung neuer US-Atomraketen in Europa unterschrieben haben. Und so wenig anti-amerikanisch wie die Westberliner Klassenlotterie. Denn ausgerechnet deren Gelder ermöglichten der Neuen Gesellschaft für Bildende Kunst die Durchführung dieser Ausstellung.

Der Katalog zu dieser Ausstellung ist auch im Buchhandel erhältlich: »Das andere Amerika«, 520 Seiten, rund 1.000 Abbildungen, Elefanten Press, 38 Mark. Die Ausstellung ist ab Mai in Oberhausen und ab Herbst in Stockholm zu sehen.

Konkret 03/83, S. 36

Kai Hermann

Die Killer-Karrieren

Der ehemalige Gestapo-Chef von Lyon, Klaus Barbie, ist von Bolivien an Frankreich ausgeliefert worden. Fast vierzig Jahre lebte er in Freuden und bezahlt vom amerikanischen Geheimdienst CIA - wie seine Ex-Kollegen Rauff, Mengele und Schwend.

Wer hätte auch nur Anstoß genommen? Eher als Skurrilität vermerkten unsere liberalen Blätter, daß Klaus Barbie-Altmann direkt von der Gestapo zum CIA wechselte. Hätte einen kauzigen US-Professor nicht das Geltungsbedürfnis übermannt, hätte er nicht eine Schnurre aus seiner Agentenvergangenheit zum besten gegeben, wäre Barbies fliegender Jobwechsel nie zur Nachricht geworden. Denn wen es interessierte, der wußte es auch schon vorher (KONKRET 2/83).

Was ist auch schon groß passiert in den Geburtsstunden der deutsch -amerikanischen Freundschaft? Die USA haben sich tüchtige deutsche Spezialisten dienstbar gemacht. Raketen-Experten wie Wernher von Braun und Fachleute für Folter und Massenmord wie Klaus Barbie. Während alle Welt noch von Frieden und neuer Ordnung redete, die Deutschen zu Demokratie und Humanismus und Freiheit umerzogen wurden, verloren Pentagon und CIA eben nie die großen Perspektiven aus den Augen.

Während kleine SS-Leute wegen Mordens auf Befehl von den Amerikanern aufgeknüpft wurden, bekam der ehemalige Lyoner Gestapo-Chef 1.700 Dollar monatlich auf die Hand. Das war in jenen Zeiten ein Vermögen. Zweifellos gehörte Barbie zu den absoluten Spitzenverdienern in Deutschland. Und ganz gewiß bekam er die Dollar nicht - wie der kauzige US-Professor weismachen wollte - weil er angeblich etwas über Uranvorkommen in der Sowjetischen Zone wußte. Barbie hätte auch gesungen, ohne eine müde Reichsmark zu bekommen, denn schließlich ging es um seinen Kopf. Nein, der Schlächter von Lyon hatte genau die Qualitäten, die auch für seine neuen Vorgesetzten den Top-Agenten machten. Er hatte kriminelle Energie reichlich bewiesen. Er war keiner von den Lauen, von den Winselern, denen nachträgliche Zweifel und Skrupel kamen. Er war einer, der sagte, er sei und er bleibe ein Nazi, bereue nichts und werde, wenn nötig, alles tausendfach wieder tun. Nur ein hundertprozentiger Faschist ist ein perfekter Antikommunist.

Gegen die 1.700 Dollar war sein Gestapogehalt ein Trinkgeld gewesen. Barbie bekam schon als Startkapital das, was der ihm zugedachten Position angemessen schien. Seine »Flucht« mit Hilfe des neuen Arbeitgebers, des Vatikans und alter Kameraden läßt den Schluß zu, daß die legendären faschistischen Fluchtorganisationen nicht ganz unabhängig vom US-Geheimdienst arbeiteten. Wie hätten sonst auch einige Zehntausend NS-Kriminelle nach Lateinamerika entkommen können?

In Südamerika grassierte damals Demokratie und sozialer Reformeifer. Und die USA machten sich offenbar frühzeitig Sorgen um ihren Hinterhof. Die deutschen Spitzenkräfte wurden auf die verschiedenen Länder verteilt. Von den bekannteren Massenmördern ging der ehemalige SS-General Walter Rauff (er wird verantwortlich gemacht für den Tod von rund 100.000 Juden) nach Chile, der Ex-Auschwitzarzt Josef Mengele (verantwortlich für rund 400.000 Morde) nach Paraguay, Barbies bester Freund, der SS-Sturmbannführer Fritz Schwend nach Peru. Nur Schwend hat allerdings bislang zugegeben, seine »Erfahrungen dem Geheimdienst der amerikanischen Armee zur Verfügung« gestellt zu haben.

Und nur Barbie wurde offenbar sofort aktiviert. Er war schon maßgeblich an der Liquidierung der demokratischen Revolution von 1952 in Bolivien beteiligt. Rauffs Wirken muß eher perspektivisch gewesen sein. Jedenfalls wird es erst bekannt, als Pinochet 1973 mit Hilfe des CIA gegen die demokratisch gewählte Regierung Salvador Allendes putscht. Da hat Rauff die gleiche Funktion wie sein Freund Barbie im Nachbarland: »Spezialberater« des Geheimdienstes. Sein Büro hatte der Ex-SS-General in Santiagos Calle Londres, dem Verhör-Zentrum des Geheimdienstes »Dina«, wo Hunderte von Chilenen zu Tode gefoltert wurden. Rauff gilt als Erfinder der bis dahin modernsten Foltermethoden. Während der NS-Zeit hatte er das langsame Vergiften von Juden mit Abgas in Lastwagen, die »fahrenden Gaskammern«, erfunden.

Natürlich mußte die Bundesregierung irgendwann einmal die Auslieferung der Massenmörder fordern. Daß sie diesen Forderungen einmal Nachdruck verliehen hat, etwa durch die Einschaltung der amerikanischen Freunde, ist nicht bekannt.

Sicher ist dagegen, daß der bundesdeutsche Nachrichtendienst, BND, sehr direkte, freundschaftliche Beziehungen zu den Kollegen in Bolivien und Chile pflegt. Und dabei kaum an Kontakten zu den zeitweise führenden Köpfen dieser Dienste, Barbie und Rauff, vorbeigekommen sein kann. Und unbestreitbar sind auch die Besuche von deutschen Botschaftern, CSU-Delegationen und Fernsehmoderator Löwenthal in der chilenischen »Colonia Dignidad«. Die Kolonie soll - nach chilenischen Zeitungsberichten und vielen Zeugenaussagen - schon unter der Regierung von Salvador Allende Rauffs geheime Experimentierstation für die Modernisierung und Perfektionierung seiner Verhörmethoden gewesen sein.

»Nazi-Jäger« Simon Wiesenthal sorgt für Desinformation mit seinen gelegentlichen Geschichten über die Hatz nach NS-Massenmördern. Eigentlich müßte der Leiter des jüdischen Informationszentrums ja wissen, wer die schützt. Aber die Vermutung, daß sich Barbie auch deshalb so sicher in La Paz fühlte, weil er im US-Auftrag Waffenbeschaffer der israelischen Regierung war, hält Wiesenthal für antisemitische Verleumdung. Für die Erfolglosigkeit seiner Jagden hat er

eine andere Erklärung: Ein Gesetz, daß die Gastländer von NS-Verbrechern mit wirtschaftlichen Sanktionen bedrohe, sei »wie ja auch vieles andere« versehentlich im US-Kongreß verbaselt worden. Als genüge nicht eine knappe Anweisung Washingtons an seine Militärregime, um eine unverzügliche Auslieferung zu erreichen.

Viel berichtet wurde nun über Barbies Greueltaten in Frankreich vor vier Jahrzehnten. Viel alte Asche kam da aufs deutsche Haupt. Faschismus, das war eben eine deutsche Verirrung vor fast einem halben Jahrhundert. Vergangenheitsbewältigung als Schutz vor Gegenwartsanalyse. Wo wurden auch nur Folter und Mord erwähnt, an denen Barbie in den letzten drei Jahrzehnten - bis vor einem Jahr - in Bolivien beteiligt war? Wer fragte auch nur, wem Barbie die zweite Killer-Karriere verdankt? Der Faschismus der Gegenwart ist selbstverständlich geworden.

Konkret 03/83, S. 38

Der Zeuge aus dem Glashaus

Raum 700, Sicherheitsbereich des Kriminalgerichts Moabit, 10. Januar 1983. Die Verteidiger Rainer Elfferding, Johannes Enners und Christoph Kliesing stellen dem Zeugen mehrfach dieselbe Frage: »Haben Sie Steine geworfen?« Der Zeuge verneint mehrmals vernehmlich: »Nein, natürlich nicht.« Der Zeuge heißt Wolfgang Fischer. Der Zeuge ist Polizeibeamter. Der Zeuge hatte Dienst, als Präsident Reagan am 11 . Juni vergangenen Jahres in Berlin war. Der Zeuge Fischer sagt gegen fünf junge Leute aus. Sie sind des »schweren Landfriedensbruchs« angeklagt. Sie haben gegen den Reagan-Besuch demonstriert. Sie sollen Steine geworfen haben. Sie sitzen in Glaskäfigen im Gerichtssaal für Terroristenprozesse. Sie sind seit dem 11. Juni, also seit acht Monaten, in Untersuchungshaft. Der Zeuge Fischer erinnert sich: Bei der Abfahrt vom Winterfeldtplatz sei er nochmals von seinem Einsatzfahrzeug abgestiegen, weil seine Kollegen von Demonstranten »aufgemischt« worden seien. Er habe seine verlorene Pistole gesucht, und diese auch gefunden. Der Zeuge Wolfgang Fischer, Polizeibeamter, lügt. Er wird durch Fotos überführt, die beweisen, daß der Polizist einen Stein aufhob und ihn geschmissen hat. Richter und Staatsanwalt machten eisige Miene zum bösen Fotospiel. Der Antrag der Verteidiger, den Zeugen Fischer wegen des Verdachts des schweren Landfriedensbruchs in Untersuchungshaft zu nehmen, wird abgelehnt. Die Angeklagten sitzen weiter ein, Polizist Fischer ist weiter im Dienst. Die Polizeiführung hat seit September 1981 eine Sprachregelung: Es könne durchaus sein, daß auch Polizisten Steine werfen, doch sie werfen sie lediglich zurück.

Konkret 03/83, S. 40

Mindestens 5 Prozent...

Politiker und Presse wollen den Wählern weismachen, daß die Bundesrepublik unregierbar wird, wenn die Grünen und alternativen im Bundestag mitentscheiden. Immer wieder wird behauptet, niemand wisse, wer da komme und wer gar nach zwei Jahren nachrücke. Dem soll hier abgeholfen werden. Übrigens: Die Grünen planen »Bürogemeinschaften«, das heißt: Abgeordnete und Nachrücker arbeiten von Anfang an gemeinsam in Bonn.

Roland Vogt

Der 41jährige »Friedensarbeiter und Redakteur« kandidiert auf Platz 1 der rheinland-pfälzischen Landesliste. Sollten die Grünen die fünf Prozent schaffen, kommen dort zwei Abgeordnete in den Bundestag. Nach dem Studium der Rechts- und Politikwissenschaften mit dem Schwerpunkt Friedens- und Konfliktforschung war er fünf Jahre lang (bis 1975) Projektgruppenleiter an der FU Berlin. Von 1969 bis 1978 war Vogt aktives Mitglied der SPD, die er wegen der »Atom- und Rüstungspolitik« verließ. 1977 wurde er in den BBU-Bundesvorstand gewählt, gründete die Zeitschrift »bbu-aktuell« (heute: »Umweltmagazin«), deren Redaktion er angehört. Mitbegründer der AL Berlin. Vogt, Vater von drei Kindern, will Alternativen für vom Militär unabhängige Arbeitsplätze schaffen und im Bundestag »natürlich die NATO-Nachrüstung verhindern.«

Willi Tatge

Der 24jährige Diplom-Betriebswirt kandidiert auf Platz zwei in Rheinland-Pfalz. Nach Abschluß seines Studiums der Wirtschaftswissenschaften arbeitete er als Ausbilder für Industriekaufleute. Bevor er sich den Grünen anschloß, war er Mitglied bei BBU, BUND und in verschiedenen Tierschutzverbänden. Der Kriegsdienstverweigerer, seit 1979 bei den Grünen, ist Mitglied der Bundesprogrammkommission für Rheinland-Pfalz, war 1981/2 in diesem Bundesland einer von drei Landesvorsitzenden und ist Mitglied der Bundeswirtschafts-AG. Neben der Wirtschafts- und der Friedenspolitik tritt Tatge für einen umfassenden Tierschutz und für die Verbesserung der Situation psychisch Kranker ein (in seiner Freizeit arbeitet er als Pfleger in der Psychiatrie).

Werner Vogel

Der 75jährige Spitzenkandidat in Nordrhein-Westfalen wird der Alterspräsident des neuen Bundestages sein, wenn die Hürde geschafft wird (in NRW kommen bei fünf Prozent zwischen sieben und zehn Kandidaten ins Parlament - je nach Wahlbeteiligung). Vogel war leitender Ministerialrat und Gruppenleiter im NRW-Innenministerium. Seit seiner Pensionierung 1972 ist er als Rechtsbeistand tätig und kümmert sich besonders um Ausländer. 1979 gehörte er zu den Gründungsmitgliedern der Grünen, bis zum Dezember 1982 war der Vater von drei erwachsenen Kindern stellvertretender Sprecher dieses Landesverbandes. Vogel ist verheiratet.

Antje Vollmer Die 39jährige Sprecherin alternativer und oppositioneller Gruppen im landwirtschaftlichen Bereich kandidiert im Rahmen der »offenen Liste«, ohne Parteimitglied der Grünen zu sein, auf Platz 2 in NRW. Seit sieben Jahren arbeitet sie mit Schwerpunkt Landjugendarbeit im Lindenhof, einer Heimvolkshochschule in Bethel. Sie ist im Vorstand der westfälisch-lippischen Landjugend und der Arbeitsgemeinschaft Solidarische Kirche Westfalen. Antje Vollmer arbeitet mit im Bauernblatt und hat einen vierjährigen Sohn. Ihr Schwerpunkt in Bonn: Agrarpolitik.

Eckhard Stratmann

Der 34jährige Lehrer aus Bochum kandidiert auf Platz 3 der NRW-Landesliste. Er unterrichtet Politik, Geschichte und evangelische Religion an einem Bochumer Gymnasium. Stratmann war mehrere Jahre lang Mitglied des Sozialistischen Büros, bevor er 1979 den grünen Landesverband mitbegründete. Er war Mitglied im ersten NRW-Landesvorstand. Zur Zeit ist er einer der drei Sprecher der Landesarbeitsgemeinschaft Wirtschaftspolitik. Sein Schwerpunkt ist dabei eine alternative Strukturpolitik für das Ruhrgebiet.

Christa Nickels

Die 30jährige ist ausgebildete Krankenschwester und ist die Nummer 4 in Nordrhein-Westfalen. Immer wenn in ihrem Heimatort Geilenkirchen (Kreis Heinsberg) Umweltskandale aufgedeckt wurden, war die Grüne dabei: 1980 waren es Bitumen-Abkippungen von der Awacs-Startbahn in ein Landschaftsschutzgebiet. 1981 folgten die Aufdeckung von Ablagerungen kerosinverseuchter Erde auf dem Awacs-Fliegerhorst und die drohende Grundwasserverseuchung, ausgelöst

von einer Fabrik, der 200 Fässer mit Farben, Öl und Quecksilber geplatzt waren. Christa Nickels ist außerdem aktiv in der Friedensbewegung. Im März '82 sprach sie vor 200.000 Teilnehmern einer Demonstration in Hiroshima. Sie ist verheiratet und hat zwei Kinder, neun und acht Jahre alt.

Otto Schily

Der 50jährige Rechtsanwalt aus Berlin kandidiert auf Platz 5 der NRW-Landesliste und direkt im Wahlkreis Düsseldorf-Süd. Schily hat sich in vielen politischen Strafverfahren als konsequenter Vertreter demokratischer Rechte einen Namen gemacht. Bereits für die AL Berlin aktiv, will er den Abbau demokratischer Freiheiten stoppen und den Ausbau der Bürgerrechte fördern.

Gaby Potthast Die 27jährige Lehrerin beim Berufsfortbildungswerk des DGB in Bochum kandidiert auf Platz 6 in NRW. Sie hat Englisch, Philosophie, Kunstgeschichte und Deutsch studiert. Ihr politischer Schwerpunkt ist die Arbeit in der autonomen Frauenbewegung. Sie arbeitet dort in konkreten Projekten mit, zum Beispiel im Frauenzentrum Witten, beteiligte sich aber auch an einem Projekt der theoretischen Erforschung feministischer Inhalte.

Hans Verheyen

Der 38jährige katholische Diplomsoziologe und -theologe ist die Nummer 7 an Rhein und Ruhr. Er kam über langjährige Mitarbeit in Initiativen der »Randgruppen«arbeit (Obdachlose, Ausländer, Straffällige, Drogenabhängige), seinem Engagement für die Dritte Welt und über ökologische Themen (wie die Bedrohung seiner niederrheinischen Heimat durch den Schnellen Brüter) 1979 als Gründungsmitglied zur Bunten Liste Bielefeld. 1980 bis 1982 war Hans Verheyen, der Vater einer Tochter ist, Sprecher des Landesverbandes NRW der Grünen.

Dirk Schneider Der 43jährige Journalist hat als einziger Grüner seinen Sitz im neuen Bonner Parlament sicher: Er ist Berliner und schon vom Abgeordnetenhaus, das die Bonner Parlamentarier nach Berliner Fraktionsstärke bestimmt, bestätigt. In den zwei Bundestagsjahren wird er vom SFB, wo er als Reporter-Assistent tätig ist, freigestellt. Seit Frühjahr 1978 war Dirk Schneider an der Entstehung der AL beteiligt, von 79 bis 81 Bezirksverordneter in Kreuzberg. Der Vater von zwei Söhnen (elf und 13) kümmert sich besonders um Ausländerfragen, Schulprobleme und die Themen Frieden und Abrüstung.

Petra Kelly

Die 35jährige Verwaltungsrätin führt die Landesliste in Bayern an: Sollten bundesweit fünf und in Bayern 4,5 Prozent erreicht werden, würden vier grüne Bayern in den Bundestag einziehen. Petra Kelly studierte Politische Wissenschaften in Washington und Amsterdam. Schon in den USA nahm sie an Protestaktionen gegen den Vietnamkrieg und Atombomben teil und arbeitete ein Jahr lang im Büro der Senatoren Robert Kennedy und Hubert Humphrey. In Europa engagierte sie sich in der Frauen-, Friedens- und Atom-Bewegung. Seit 1972 ist sie im BBU aktiv, seit '79 Mitglied des Bundesvorstands. 1979 verließ sie die SPD, weil sie deren Politik als »unaufrichtig« empfand. 1980 bis '82 war sie Sprecherin des Bundesvorstands der Grünen.

Dieter Burgmann Der 43jährige Ingenieur und Betriebsrat kandidiert auf Platz 2 der bayerischen Liste. Zunächst Mitglied der AUD, von APO und Ökologiebewegung geprägt, hat er die Grünen in Nordbayern mit aufgebaut. Von 1980 bis 82 war er einer der Sprecher im Bundesvorstand. Seine Schwerpunkte sind Probleme der Wirtschaft und Arbeitslosigkeit. Seine konkreten. Erfahrungen in Betrieb, Betriebsrat und Gewerkschaft haben ihn erkennen lassen, daß unmittelbare Zusammenhänge zwischen der wirtschaftlichen und der ökologischen Krise bestehen. Sein besonderes Bemühen ist, zu verhindern, daß die Arbeiterbewegung gegen die Ökologie- und Friedensbewegung ausgespielt wird. Der verheiratete Vater von zwei Kindern (14 und 17) fühlt sich seinen Kindern - und damit der Jugend in diesem Land - »verpflichtet, alles daranzusetzen, daß sie wieder Hoffnung für die Zukunft haben und ihnen Möglichkeiten aufgezeigt werden, in dieser erstarrten Gesellschaft die notwendigen Veränderungen gewaltfrei durchzusetzen.«

Gert Bastian

Der 59jährige ehemalige General zieht auf Platz 3 der bayerischen Liste in den Wahlkampf. Seit 1956 in der Bundeswehr, setzte er sich vor allem für die Verwirklichung des Leitbilds vom Staatsbürger in Uniform ein. 1980 meldete Bastian seine schwerwiegenden Bedenken gegen die NATO»Nachrüstung« dem Verteidigungsminister und beantragte seinen vorzeitigen Abschied aus der Bundeswehr. Seitdem fordert er die Abschaffung von Atomwaffen. Bastian ist Verfasser und Mitinitiator

des »Krefelder Appells«. Er ist überzeugt, daß Widerstand gegen die nukleare Aufrüstung nur mit einer Fraktion der Grünen in den Bundestag getragen werden kann. Dort will er sich für schon jetzt mögliche Abrüstungsschritte, für eine von Atom- und chemischen Waffen freie Bundesrepublik und eine fortschreitende Reduzierung der Verteidigungsausgaben einsetzen.

Dr. Sabine Bard

Die 36jährige Tierärztin hat Platz 4 in Bayern. Sie kam Anfang 1980 zu den Grünen, war während des Studiums politisch aktiv (Vietnamsolidarität, Unterstützungsgruppe für die Dritte Welt). Seit vier Jahren kümmert sie sich um den Tierschutz, forscht in einem Institut an Alternativen zum Tierversuch. Sie fordert grundsätzliche Änderungen im Tier- und Naturschutz, bessere gesetzliche Bestimmungen und die Umstrukturierung bei der Vergabe von Forschungsgeldern. Sabine Bard: »Es wird höchste Zeit, daß die Ökologie- und Friedensbewegung auch *im Parlament Einfluß hat. «*

Walter Sauermilch Der 48jährige Architekt aus Pinneberg ist Spitzenkandidat in Schleswig-Holstein. Er hat bei verschiedenen Aktionen zur Rettung erhaltenswerter Gebäude und zur Verhinderung sinnloser Straßenbauprojekte mitgemacht. Sein politisches Engagement wurde durch die Tränengas-Angriffe der Polizei gegen Demonstranten am Bauzaun in Brokdorf ausgelöst. Nach drei Jahren Arbeit in Bürgerinitiativen trat er im Frühjahr 1980 den Grünen bei. Grüne Parlaments arbeit muß »die Korruption, die Verfilzung, die Taktiererei und die Verlogenheit der etablierten Parteien entlarven, bekämpfen und eine neue Politik 'von unten' durchsetzen.«

Willi Hoss

Der 53jährige Elektroschweißer, freigestellter Betriebsrat bei Daimler-Benz, ist Spitzenkandidat in Baden-Württemberg. Von dort kommen fünf Bundestagsabgeordnete, wenn die fünf Prozent überschritten werden. Als 16jähriger war er in die KPD eingetreten. 25 Jahre später flog er aus der Partei, weil er den Einmarsch der Sowjetarmee in die CSSR öffentlich kritisiert hatte. Nicht besser erging es ihm bei der IG Metall: Er wurde 1972 ausgeschlossen, nachdem er bei der Betriebsratswahl auf einer Konkurrenz-Liste angetreten war. Der grüne Betriebsrat hat eingesehen, »daß ökologische Politik keinen Bogen um die Fabriken machen darf, wo der Mensch sozusagen unter den Hammer der Großtechnologie kommt«. Willi Hoss ist verheiratet.

Christa Reetz Die 60jährige Rentnerin kandidiert auf Platz 2 in Baden-Württemberg. Sie arbeitete jahrelang als Fremdsprachenkorrespondentin, Pressestenografin und Programmiererin. Seit 1973 war sie aktiv beim BBU Offenburg, 1980 trat sie den Grünen bei und wurde Stadträtin. Verhinderung der Raketenstationierung, Ausstieg aus der Atomenergie, Gleichstellung der Frau, und eine grundgesetzliche Differenzierung des Eigentumsrechts (Gewinne, die von einer großen Zahl von Menschen erwirtschaftet wurden, sollen nicht in unumschränktem Verfügungsrecht einzelner stehen) sind die wichtigsten Ziele der Mutter von fünf erwachsenen Kindern.

Marieluise Beck-Oberdorf Die 30jährige Lehrerin ist die Nummer 3 in Baden-Württemberg. Während ihres Studiums in Heidelberg gehörte sie zeitweilig dem SHB an und sympathisierte mit den Trotzkisten. Ab 1975 arbeitete sie, »aus Frust über die Abgehobenheit der Studentenbewegung«, in einer psychosozialen Beratungsstelle für Jugendliche mit. Im Frühjahr 1980 trat sie den Grünen bei, war von November 80 bis Juni 82 Landesvorsitzende in Baden-Württemberg. Ihre politische Motivation ist nicht nur die Zerstörung der Biosphäre und die Kriegsgefahr, sondern besonders die Zerstörung der seelischen Entfaltungsmöglichkeiten der Menschen bei uns.

Walter Schwenninger

Der 40jährige Theologie- und Sportlehrer kandidiert auf Platz 4 in Baden-Württemberg. Er war als Entwicklungshelfer während des Biafra-Krieges in Nigeria, der entscheidende Anstoß für ihn, sich mit der Problematik von Entwicklungshilfe und der Ursache von Kriegen auseinanderzusetzen. Er war 1974 an der Gründung des Tübinger Aktionszentrums »Arme Welt e.V.« beteiligt und arbeitete aktiv in der GEW und im Personalrat. Im Bundestag will er seine langjährigen Erfahrungen. der Dritte-Welt-Arbeit und der Friedensarbeit einbringen. Außerdem ist er Verfechter eines alternativen Schulsport-Konzepts.

Dr. Wolfgang Ehmke Der 37jährige Diplom-Agrarbiologe kandidiert als Nummer 5 in Baden-Württemberg. Er ist Referatsleiter an der Landesanstalt für Umweltschutz in Karlsruhe. Schon als Uni-Assistent hatte er ökologische Bewertungsverfahren für Landschaftseingriffe entwickelt. Außerhalb seines Berufes engagierte er sich in Natur- und

Umweltschutzverbänden (BBU, BUND) und Bürgerinitiativen. Er erarbeitete für diese Verbände Stellungnahmen zu geplanten Bauvorhaben, und half bei Krötenaktionen und der Anlage von Feuchtbiotopen. Die Schwerpunkte des verheirateten Vaters von zwei Söhnen (vier und sechs) wird auch im Bundestag die Ökologie sein: Waldsterben, Stop umweltschädlicher Großprojekte, Umweltvorsorgeprogramm etc. Er ist bei den Grünen, »weil nur diese für eine konsequente ökologische Wende eintreten«.

Christine Bernbacher

Die 52jährige Hebamme kandidiert auf Platz 1 der Bremer Landesliste -ohne große Aussichten. Denn die Bremer müßten rund 14 Prozent der Stimmen absahnen. Deshalb haben die Niedersachsen dem Bremer Dr. Joachim Müller ihren sechsten (Nachrücker-)Platz eingeräumt. Christine Bernbacher war 1958 Gründungsmitglied der Friedensinitiative »Kampf dem Atomtod«, trat1978 nach 17 Jahren aus derSPD aus, war 79 Mitbegründerin der Bremer Grünen Liste. Ihre politischen Schwerpunkte: Sanierung der Oberflächengewässer, alternative Fischfangpolitik, Gesundheitspolitik und biologische Landwirtschaft. Sie ist verheiratet und hat vier erwachsene Kinder.

Klaus Hecker Der 53jährige Diplom-Ing. führt die Landesliste in Hessen an. Dort haben drei Kandidaten Aussicht auf ein Mandat. Nach der Lehre als Rundfunkmechaniker machte er sein Abitur und studierte an der TH München Hochfrequenztechnik. Zunächst war er Entwicklungsingenieur bei AEG, dann bei der US-Navy (zuletzt für ferngelenkte Waffen). »Mit Grausen« kam er 1964 nach Hessen zurück, hat ein eigenes Ingenieurbüro. Hecker ist Mitglied bei BBU und BUND. Seit 79 für die Grünen aktiv, ist der Vater dreier erwachsener Töchter für eine Umorientierung der Gesellschaft, damit die Erde auch für zukünftige Generationen bewohnbar bleibt.

Hubert Kleinert

Der 29jährige wissenschaftliche Mitarbeiter am Institut für Soziologie der Uni Marburg ist die Nummer 2 in Hessen. Er hat Politik, Germanistik und Geschichte studiert. Schon als Schüler hatte er sich im Jugendzentrum engagiert, von 70 bis 72 war er Mitglied der SPD, die er aus Enttäuschung über mangelnde Veränderungsfähigkeit verließ. In Marburg arbeitete er in Basisgruppen und beim Sozialistischen Büro mit. Nach seinem Examen 1979 begann er mit der Kommunalpolitik, arbeitete für die Grünen, trat aber erst im Frühjahr 1982 dort ein. Schwerpunkte: Wirtschaftspolitik, Friedens- und Außenpolitik sowie Wohnungsbau.

Joschka Fischer

Der 34jährige von der Frankfurter Stadtzeitung »Pflasterstrand« kandidiert auf Platz 3 der hessischen Landesliste. Er hat in der Ostermarschbewegung angefangen, war im SDS aktiv, machte in undogmatischen Betriebsgruppen und bei Häuserbesetzungen mit. »Veteran der Sponti-Szene«. Zu den Grünen kam er über die Anti-AKW-Bewegung. Nach der Kommunalwahl war Fischer des Streits unter den Spontis über die Zusammenarbeit mit den Grünen »überdrüssig« und trat in die Partei ein. Er meint: »In Bonn fehlt's an Spontaneität!«

Jürgen Reents Der 33jährige Journalist beim sozialistischen Monatsblatt »Moderne Zeiten« ist Hamburgs Spitzenkandidat. Ob es für einen Sitz im Bonner Parlament reichen wird, ist unsicher (fast sieben Prozent). Reents, der lange Jahre dem Kommunistischen Bund (KB) angehörte, hat zwischen 1977 und 1979 zunächst am Aufbau der Bunten Liste mitgewirkt, dann zusammen mit einem Teil der Bunten den Landesverband der Grünen mitbegründet. Sein Schwerpunkt: Friedenspolitik und Internationalismus.

Waltraud Schoppe Die 40jährige Studienreferendarin führt die Landesliste in Niedersachsen an. Bei fünf Prozent können die Niedersachsen vier Bundestagsmandate für sich reklamieren. Waltraud Schoppe hat »nach langen Hausfrauenjahren« (sie ist verheiratet und hat zwei Söhne von 18 und 16) eine Ausbildung als Erzieherin gemacht, anschließend Germanistik und Geschichte studiert. Ende 1979 hat sie den Kreisverband Diepholz der Grünen mitbegründet. Ihre Schwerpunkte: Umwelt und Frieden, Probleme der Wirtschaftsstruktur und eine dezidierte Frauenpolitik.

Dr. Gert Jannsen

Der 43jährige Hochschullehrer für Geographie an der Uni Oldenburg ist die Nummer 2 von Niedersachsen. Nach Studium und Berufstätigkeit an der FU Berlin kam er 1975 nach Oldenburg. Politische Erfahrungen sammelte er in der Hochschul- und Bildungspolitik, er unterstützte Befreiungsbewegungen (Vietnam, Oman, Tschad, südl. Afrika), trat im Januar 1982 den Grünen bei. Seine politischen Schwerpunkte: Innen-, Außen- und Agrarwirtschaftsprobleme.

Prof. Dr. Erika Hickel Die 48jährige Professorin für die »Geschichte der Pharmazie und der Naturwissenschaften« an der TU Braunschweig kandidiert an dritter Position in Niedersachsen. Neben ihrer Tätigkeit als approbierte Apothekerin studierte sie Geschichte und Geschichte der Naturwissenschaften. Politisch geprägt wurde sie durch ihre Erfahrungen mit dem Arzneimittelmarkt, der - demokratisch nicht legitimierten - Forschungspolitik und der Bewegung gegen den Vietnamkrieg. 1978 stieß sie zur Grünen Liste Umweltschutz. Forschungs- und Gesundheitspolitik werden ihre Schwerpunkt in Bonn sein.

Julius H. Krizsan

Der 45jährige Hauptschullehrer kandidiert auf Platz 4 in Niedersachsen. Nach fünf Jahren Lehrertätigkeit in Bolivien war er Jugendbildungsreferent der evangelischen Kirche und betreut noch heute viele offene Jugendclubs auf dem »platten Lande«. Von 1974 bis 1977 war er SPD-Mitglied und arbeitete bei den Falken mit, 1977 trat er zu den Grünen über. Er ist verheiratet, hat fünf Kinder und die Schwerpunkte: Entwicklungspolitik (Veränderung zugunsten von Selbsthilfeprojekten), Friedenspolitik, Bekämpfung des Neo-Faschismus.

Jürgen Berthold

Der 36jährige Maschinenbautechniker und Betriebswirt kandidiert ohne große Aussichten auf Platz 1 im Saarland (dort wären rund 13 Prozent der Stimmen notwendig). Aktiv bei den Grünen ist er seit 1980, zur Zeit einer der Landesvorsitzenden im Saarland. Seine Schwerpunkte sind Ökologie, Frieden und ökologisch-alternatives Wirtschaften. Er ist verheiratet und hat zwei Kinder.

Konkret 03/83, S. 47

Otto Köhler

Der häßliche Deutsche: Ein Doktor der Rechten

Was für den Juristen Heiner Geißler Recht war, ist dem Politiker unbillig

Am Wende-Freitag im Oktober stellte er sich aus gutem Grund schützend vor unsere Verfassung. Die FDP-Staatsministerin Hildegard Hamm-Brücher hatte gerade vor dem Bundestag Zweifel an der »moralisch-sittlichen Qualität« der durch Genschers Wortbruch ermöglichten Machtübergabe an Kohl geäußert. Da eilte der CDU-Abgeordnete wütend ans Rednerpult, nannte den Zweifel der Liberalen »einen Anschlag auf die Verfassung« und saß kurz darauf als Minister für Jugend, Familie und Gesundheit auf der Regierungsbank. Der Verrat am Wähler war für Geißler nicht unmoralisch, weil er streng nach dem im Grundgesetz vorgesehenen Verfahren vollzogen wurde.

Der neue Minister kennt unsere Verfassung seit Jahrzehnten, und er zeigt, wie man formvollendet mit ihr umspringt. Als 30jähriger Gerichtsreferendar beendete er 1960 seine Doktorarbeit über »Das Recht der Kriegsdienstverweigerung nach Art. 4 Abs. III des Grundgesetzes«. Damals hatte er eindeutig festgestellt, daß eine Verlängerung des Ersatzdienstes der Kriegsdienstverweigerer gegenüber der Dienstzeit der Soldaten unzulässig sei, weil »damit die Freiheit der Gewissensentscheidung« beeinträchtigt werde. 22 Jahre später peitschte der so entstandene Doktor als zuständiger Minister ein Gesetz durch den Bundestag, das Kriegsdienstverweigerern eine um ein Drittel längere Dienstpflicht auferlegt als Soldaten. Grund: Der neue Minister will »durch die Ausgestaltung des Ersatzdienstes eine echte Probe auf das Gewissen« der Kriegsdienstverweigerer ausüben. Oder, um es so verfassungswidrig zu formulieren, wie es Geißler meint: Der Ersatzdienst soll abstoßend gestaltet werden, damit man ein Held sein muß, wenn man sich nicht in die Bundeswehr ziehen läßt.

1960, als sich der heutige Minister noch »von allen tagespolitischen Aspekten« freihielt und lediglich die »rechtlichen Gesichtspunkte« der Kriegsdienstverweigerung untersuchte, da war er noch ganz sicher, daß die Kriegsdienstverweigerung nach Artikel 4 Grundgesetz »kein Ausnahmerecht« ist und daß die allgemeine Wehrpflicht keinen »rechtlichen Vorrang« hat, ja er wußte: »Art. 4 III 1 hat den verfassungsrechtlichen Primat über die allgemeine Wehrpflicht.« Heute dagegen erklärte er zur Begründung seines Gesetzes gegen die Kriegsdienstverweigerer vor dem Bundestag: »Das Grundgesetz sieht als einzige und primäre Dienstpflicht die Pflicht zum Dienst in den Streitkräften vor.« Eine Wahlfreiheit zwischen der Ableistung des Wehrdienstes und des Ersatzdienstes gebe es nicht, weil der Verweigerer Gewissensgründe nachweisen müsse. Und wie macht man das? Geißler 1960: »Dem Kriegsdienstverweigerer darf nicht deswegen die Beweislast im Verfahren aufgebürdet werden, weil er angeblich ein Ausnahmerecht in Anspruch nimmt« - die Prüfungsbehörde muß also beweisen, daß keine Gewissensentscheidung vorliegt. Geißler heute: »Die gesetzlichen Regelungen müssen so aussehen, daß zur Überzeugung der zuständigen Behörden hinreichend sicher erkennbar wird, daß die Verweigerung auf einer nach Artikel 4 III Abs. 3 des Grundgesetzes relevanten Gewissensentscheidung beruht« - der Kriegsdienstverweigerer muß die Behörden überzeugen. Falls sich die Zahl der Kriegsdienstverweigerer so nicht dezimieren läßt - Geißler hofft, daß nach seinem neuen Gesetz »die Zahl der Anträge nicht zunehmen, sondern abnehmen wird« -, dann kommt 1986, wenn das jetzige Gesetz ausläuft, ein neues, für das Geißler schon die geistigen Grundlagen ausgebreitet hat. Der Minister am 26. November im Bundestag: «Ohne Bundeswehr und atlantische Allianz gäbe es keinen Schutz des Gewissens, keine Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer und keinen Ersatzdienst.« Also: «Der echte, durch Artikel 4,3 wirklich berechtigte Wehrdienstverweigerer wird sich zu diesem Staat bekennen, der seine Menschenwürde achtet und gerade deswegen wert ist, verteidigt zu werden. »Kurz: Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen kann nur sein, wer in NATO und Bundeswehr das Recht auf Wehrdienstverweigerung mit der Knarre in der Hand verteidigt.

Und genau diesem Mann, diesen General-Sekretär, der mit solchen Roßtäuschertricks unser Grundgesetz auseinandernimmt, hat die Christen-Union zum Dialog mit der Jugend abgestellt. Als es im Februar 1981 in einem ZDF-Hearing mit Hausbesetzern tatsächlich einmal zu diesem Dialog zu kommen drohte, mußte ZDF-Moderator Schättle General Geißler aus dem Kampf der Meinungen retten, indem er schleunigst Bild und Ton abdrehte und Musik einblendete. Geißler, der Napoleon Duarte, den damaligen Chef des Folter- und Nonnenmörder-Regimes von El Salvador, »menschlich, christlich und Freund der Armen« nannte, war durch Zwischenrufe unterbrochen worden, als er in langatmigen Monologen in dem Diktator einen »überzeugenden Demokraten« entdeckte. »Ich habe versucht, den Dialog fortzusetzen und meist recht unwürdigen und undemokratischen Bedingungen - die wollen ja den Dialog nicht haben.«

In El Salvador blieb wenige Tage davor sein Dialog mit Duarte ungestört. Soldaten brachten Geißler in einem gepanzerten Wagen ins Heim des Junta-Chefs, der sich bei seinem Gast beklagte, daß ihm die Sozialliberalen in Bonn die Kredite gesperrt hätten - jetzt, da Geißlers Leute an der Quelle sitzen, fließen sie wieder. Freilich, nicht mit jedem Verbrecher läßt sich Geißler auf einen Dialog ein: Ende Januar erklärte er, er werde nicht mit Leuten sprechen, die das Recht brechen. Er meinte damit die Zivildienstleistenden, die aus Protest gegen sein neues Gesetz einen eintägigen Streik ausriefen.

Das war freilich keine grundsätzliche Absage Geißlers an den Dialog mit den Kriminellen in Deutschland. Schon im Oktober 1977 hatte er zur geistigen und politischen Klärung für die CDU eine 37seitige Dokumentation vorgelegt, in der er sorgfältig all die Schriftsteller, Theologen, Universitätslehrer, Politiker und Journalisten auflistete, die durch »Verharmlosung und Beschwichtígung«, durch »Entschuldigung und Sympathie« den Terrorismus hervorgerufen hatten. Die Creme der von Geißler entlarvten Terroristenfreunde reichte von Heinrich Böll und Alexander Mitscherlich über Willy Brandt und Gerhard Baum bis zu Holger Börner und - recht so - Horst Herold. Dann verlangte der Duarte-Freund noch von den Kultusministern, sie sollten an den Universitäten den »Marxismus als eines der wichtigsten Ursachenfelder für den Terrorismus« bekämpfen. Und nur als er vorschlug, die Bundeswehr zur Bekämpfung der Terroristen einzusetzen, mußte sich Geißler auch von Parteifreunden belehren lassen, daß da das Grundgesetz doch einige Schwierigkeiten bereitet.

Und jetzt endlich, im Wahlkampf 1983, hat dieser leidenschaftliche Intellektuellenjäger das bundesdeutsche Volk so zweigeteilt, wie es seinen tiefempfundenen moralischen Bedürfnissen entspricht: in Verbrecher und anständige Deutsche. Und er hat dazu sogar - vom Feind lernen! - ein Wort des Marxisten Bert Brecht benutzt: «Wer die Wahrheit weiß und sie Lüge nennt, ist ein Verbrecher.« Nun weiß zwar Geißler die Wahrheit, und er hat auch das Wort Mietenlüge erfunden, aber muß er sich deshalb gleich Verbrecher schimpfen? Heiner, ach Heiner - Verbrecher, das sind doch immer nur die anderen. Das weiß er, und so hat er es - Logik hin, Logik her - auch gemeint. Nur, wer sind eigentlich die »anständigen Deutschen«, von denen er meint, sie müssen sich von der Politik der SPD distanzieren und sich auf seine Seite stellen?

Vor vierzig Jahren, 1943, sprach Heinrich Himmler vor SS-Gruppenführern, die Hunderttausende von jüdischen Verbrechern - Männer, Frauen, Kinder - umgebracht hatten: »Von Euch werden die meisten wissen, was es heißt, wenn 100 Leichen beisammen liegen, wenn 500 daliegen oder wenn 1.000 daliegen. Dies durchgehalten zu haben und dabei - abgesehen von Ausnahmen menschlicher Schwächen - anständig geblieben zu sein, das hat uns hart gemacht. Dies ist ein niemals geschriebenes und niemals zu schreibendes Ruhmesblatt unserer Geschichte.«

Konkret 03/83, S. 49

Karl Klaus Rabe

Konkret-Extra: Gut gerüstet für den Krieg

Der Countdown für den dritten Weltkrieg hat begonnen. Das Schlachtfeld wird Deutschland sein. Im Ernstfall werden wir in eine atomare Wüste verwandelt, ohne daß eine einzige sowjetische Bombe hier explodiert: durch NATO-Atomwaffen. Die Reichweiten der stationierten NATO-Raketen sind zu kurz, um die Sowjetunion zu treffen. US-Regierung, NATO-Verbündete und Rüstungslobby haben deshalb ein neues Konzept. Eine »operative Wende« soll den Krieg wieder führbar machen. Dafür muß um- und nachgerüstet werden. Pershing-II-Raketen sollen die UdSSR atomar in Schach halten. Der mögliche Krieg soll mit neuen, 'intelligenten' und nichtatomaren Waffen gewonnen werden. Um das Ausmaß der atomaren Rüstung darzustellen, veröffentlicht KONKRET die bisher vollständigste Lagekarte aller Atomwaffenstandorte In der Bundesrepublik

Vor genau einem Jahr, vom 1. bis 5. März 1982, probte die US-Regierung den »nuklearen Ernstfall« - streng geheim unter dem Codenamen »Ivy League«. Der ehemalige US-Außenminister William P. Rogers »spielte« den Präsidenten, Ex-CIA-Chef Richard Helms den Vizepräsidenten.

»In der letzten Februarwoche waren Rogers, Helms und die anderen Teilnehmer des Sicherheitsapparates über die 'Situation' informiert worden: eine rapide eskalierende Krise, totale Mobilisierung auf beiden Seiten, Überfälle auf die US-Streitkräfte in Europa, Südkorea und Südwestasien, Kriegserklärung, taktische sowjetische Atomwaffen gegen ein US-Schiff im Nordatlantik, chemische Waffen gegen US-Streitkräfte in Europa und anderen Überseeorten«, das berichtete Springers »Welt« anschließend.

Nach einer Lageeinschätzung mit den Vereinigten Stabschefs entschloß sich der amerikanische Präsident, den Einsatz chemischer Waffen durch den Feind zu vergelten; die nuklearen Sprengköpfe für die taktischen Atomwaffen wurden freigegeben, um die Angriffe zu stoppen. Doch die Sowjets antworteten mit einem Totalschlag gegen die USA: »Am vierten Tag der Feindseligkeiten trafen Hunderte nuklearer Sprengköpfe ihre Ziele ... Neben unermeßlichen Zerstörungen forderte der Angriff eine noch nicht geschätzte Millionenzahl von Todesopfern, unter ihnen den Präsidenten und seine Mitarbeiter im Kommandobunker des Weißen Hauses.« Die USA waren »fast ausgelöscht«, Mitteleuropa völlig durch atomare und chemische Waffen verwüstet, aber: »Das Manöver endete mit dem erfolgreich übermittelten Befehl durch den Präsidenten-Nachfolger an die einsatzfähig gebliebenen Interkontinentalraketen-Basen zum vollen Gegenschlag« - so die »Welt«.

»Ivy League« demonstrierte, was geschehen könnte, würde die Abschreckung versagen. Inwieweit der Verlauf der Übung realistisch war, sei dahingestellt. Das Ergebnis eines möglichen dritten Weltkrieges, würde er *heute* stattfinden, wird ohne Zweifel die atomare und chemische Verwüstung weiter Teile dieser Welt sein.

Atomarer Selbstmord: Die NATO-Strategie

Glaubt man der NATO, die sich als reines Verteidigungsbündnis darstellt, dann könnte eine militärische Auseinandersetzung in Mitteleuropa nur vom Warschauer Pakt mit einem Angriff auf den Westen, vor allem die Bundesrepublik, eingeleitet werden. Gemäß ihrer Strategie der »flexiblen Reaktion«, verspricht sie: »Für jeden Aggressor muß das Risiko eines Angriffs unkalkulierbar sein. Mögliche Erfolge des Angreifers dürfen in keinem tragbaren Verhältnis zu seinen Verlusten und Schäden stehen.« Die NATO werde durch eine »Vorne-Verteidigung« den angreifenden Gegner mit konventionellen Waffen möglichst grenznah auf alten und zu bekämpfen versuchen, gleichzeitig aber auch drohen, taktische Atomwaffen gegen ihn einzusetzen. Den Ersteinsatz nuklearer Gefechtsfeldwaffen behält sich die NATO also vor. »Vorbedachte Eskalation« wird das genannt, die - in ihrer letzten Stufe - den »Einsatz der nuklear-strategischen Waffen der Allianz« beinhaltet. Als strategisch werden nur all die Atomsprengköpfe bezeichnet, die direkt gegen sowjetisches Territorium gerichtet sind. Doch daß ein militärischer Konflikt soweit eskaliert, soll vermieden werden. Ziel sei eine möglichst frühzeitige Beendigung des Krieges. Das bedeutet: Die Strategie der »flexiblen Reaktion« geht theoretisch davon aus, daß sich ein Atomkrieg auf Mitteleuropa begrenzen ließe.

Die »Glaubwürdigkeit der Abschreckung«, so heißt es jedenfalls immer wieder, könne die NATO nur dadurch sicherstellen, daß in der Bundesrepublik heute Hunderte von Waffensystemen stationiert sind, mit denen Tausende von atomaren und chemischen Sprengköpfen verschossen werden können. Diese lagern bereits bei uns. Das ist bekannt. Weniger bekannt ist jedoch, daß der überwiegende Teil dieser Massenvernichtungsmittel - eingesetzt auf dem Boden der Bundesrepublik zu unserer Verteidigung - nicht die Sowjetunion oder ihre Verbündeten treffen, sondern uns.

Würden diese Waffen nur zehn Prozent der in der Bundesrepublik lagernden nuklearen Gefechtsköpfe einsetzen, dann wäre unser Land eine atomare Wüste, ohne daß eine einzige sowjetische Atombombe explodieren müßte. Unglaublich, aber wahr, nimmt man die NATO-Strategen ernst. Die Bestandsaufnahme der Atomwaffen in der Bundesrepublik belegt es.

Hundertmal Hiroshima: Die Nike-Rakete

Heute gibt es in unserem Land keine einzige bodengestützte Rakete, die die Sowjetunion erreichen könnte. Dazu wären jedoch, sollten sie stationiert werden, erstmals Cruise Missiles und Pershing II in der Lage. Andererseits stehen in der Bundesrepublik Raketen in festen Stellungen, die wegen ihrer geringen Reichweite nicht einmal die DDR treffen könnten. Gemeint sind die Nike-Herkules, sogenannte Flugabwehrraketen, die auch für den Einsatz von nuklearen Sprengköpfen vorgesehen sind.

»FAZ« vom 8.1.77: »Die Batterien sind in einem Streifen etwa 150 Kilometer westlich der Grenze zur DDR und zur Tschechoslowakei in zwei Reihen so aufgebaut, daß jedes Flugzeug von drei Batterien gleichzeitig bekämpft werden könnte. östlich vor diesem Nike-Gürtel steht ein zweiter Raketenzaun mit (konventionellen) Hawk-Batterien gegen Flugzeuge in mittleren und niedrigen Höhen. Darunter gibt es dann die Tiefffliegerabwehr aller Streitkräfte.«

Die Nike erreicht in drei Sekunden doppelte Schallgeschwindigkeit und eine Höhe von 1.200 Metern. Dort wird dann die zweite Raketenstufe gezündet, die das Geschoß auf 3,5-fache Schallgeschwindigkeit beschleunigt. Und in kürzester Zeit ist das Ziel, das maximal 150 Kilometer entfernt liegt, erreicht.

Es gibt in der Bundesrepublik 52 Nike-Batterien, 28 gehören der bundesdeutschen Luftwaffe, vier den Niederländern, acht den Belgiern und zwölf den Amerikanern. Alle Batterien unterstehen dem Kommando des NATO-Oberbefehlshabers. Er kann sie in Alarmbereitschaft versetzen, ohne Mobilmachungsbeschlüsse der Regierungen abwarten zu müssen.

Vier Nike-Batterien bilden ein Bataillon. Und eine von vier Stellungen ist zu jeder Tages- und Nachtzeit innerhalb von 30 Minuten feuerbereit, eine zweite innerhalb von drei Stunden, die anderen beiden nach zwölf Stunden. Der Bereitschaftsgrad kann erhöht werden, so daß eine Batterie innerhalb von drei Minuten schußbereit ist. Das heißt: Ein Teil des Countdowns ist bereits abgelaufen. Alle elektronischen Teile sind »vorgeheizt«. Zweimal am Tag werden alle Funktionen überprüft. Wöchentlich findet eine größere Übung statt. Einmal im Jahr kommt überraschender Besuch. Eine NATO-Offiziersgruppe prüft, ob die Batterie in der vorgeschriebenen Zeit zum Einsatz bereit ist. Und alle zwölf Monate dürfen die Soldaten wirklich mal schießen - auf Kreta mit Übungsmunition.

Bei allen Nike-Batterien der Bundeswehr, aber auch der Niederländer und Belgier in der Bundesrepublik, muß der Befehl zur Freigabe der mit Atomsprengköpfen bestückten Nikes - der größere Teil ist konventionell bestückt - nach dem »Prinzip der zwei Schlüssel« zum einen über den NATO-Kommandoweg, zum anderen über den Befehlsstrang der US-Streitkräfte, nach unten gegeben werden. Nur wenn sowohl der amerikanische als auch der bundesdeutsche, niederländische oder belgische Offizier den Befehl erhalten hat, kann der amerikanische mit einer als Code-Signal übermittelten Zahlenkombination das Schloß des Atomsprengkopfes öffnen und der zweite einen Kontaktstecker anbringen, der - so die »FAZ« - »an der Rakete bestimmte, unterbrochene Stromkreise schließt und der Waffe damit die Fesseln abstreift«.

Jede Batterie soll mit neun einstellbaren Sprengköpfen des Typs W 31 ausgestattet sein mit ein bis fünf beziehungsweise ein bis 20 Kilotonnen Sprengkraft. Mit Raketen, die eine Vernichtungswirkung ähnlich der Hiroshima-Bombe haben können, soll der obere Luftraum der Bundesrepublik im grenznahen Bereich geschützt werden. Wenn nur ein Teil der gut 450 Atomsprengköpfe, die allein für die Nikes reserviert sind, eingesetzt würden, dann...

Neue Wunderwaffe: Die Patriot-Rakete

Die Militärs haben das Problem der atomaren Selbstzerstörung durch die veralteten Nike-Raketen erkannt. Sie sollen so schnell wie möglich durch die Patriots, »das effektivste Luftwaffenverteidigungssystem der Welt«, so US-Generalmajor William E. Cooper bei der Vorstellung der neuen Rakete, ersetzt werden.

Die Patriot ist eine wahre Wunderwaffe, glaubt man den Militärs und der Herstellerfirma Raytheon. Die Rakete könne mehrere Flugzeuge gleichzeitig verfolgen und bekämpfen, funktioniere vollautomatisch, sei gegen elektrische Störungen unanfällig und schneller als Nike-Herkules. Vor allem: sie sei keine atomare, sondern eine konventionelle Waffe.

Ein weiterer Vorteil ist, daß die Patriot - im Gegensatz zur Nike - ein mobiles System ist. Die Rakete kann also hin- und hergefahren werden, so daß der Gegner ihre Stellungen nicht genau kennt. Folglich ist sie auch kaum verwundbar. Der Produzent Raytheon jubelt: »Das Patriot-Zeitalter ist angebrochen, eine Ära der Überlegenheit der Luftverteidigung der Freien Welt, die bis ins nächste Jahrhundert andauern wird.« Und: »Patriot schickt die modernsten Luftangriffssysteme zurück zum Zeichenbrett. « Kein Kampfflugzeug des Warschauer Paktes soll gegen die Patriot ankommen können.

Die neuen Raketen sollen in den nächsten Jahren in der Bundesrepublik stationiert werden. Die US-Army hat bereits damit begonnen, ohne großes Aufsehen erregen zu wollen. 60 Stellungen will sie in Westeuropa errichten. Man sollte meinen, dies sei ein einseitiger Schritt zur Abrüstung, werden doch Atomraketen durch konventionelle ersetzt. Wegen dieser »Umrüstung« wird jedoch kein Wirbel gemacht. Verständlich, denn es handelt sich gegenüber den Nike um ein deutlich verbessertes Waffensystem - und um keine Abrüstungsmaßnahme.

Schon in diesem Jahr werden die ersten Nike-Stellungen verschwinden, zum Beispiel die niederländische in Borgholzhausen bei Bielefeld. Auch die bundesdeutschen Nike-Raketen sollen abgebaut werden. Damit soll 1988

begonnen werden. 28 Patriot-Batterien sind geplant. Die Kosten werden derzeit für diese Waffe auf mehr als fünf Milliarden Mark geschätzt. Realistische Kalkulationen gehen jedoch davon aus, daß das Waffensystem die Steuerzahler zehn Milliarden Mark kostet, wenn es 1995 realisiert sein wird.

Doppelter Auftrag: Die Bundeswehr-Starfighter

Seit April 1959 ist auf dem Fliegerhorst Memmingen, südlich von Ulm, das Jagdbombergeschwader 34 der Bundes-Luftwaffe beheimatet. Wie in Nörvenich bei Düren, Büchel an der Mosel und Klosterlechfeld bei Schwabmünchen sind hier bundesdeutsche Starfighter mit einem »doppelten Einsatzauftrag« stationiert, zu dessen Erfüllung »ständig bestimmtes Personal und Maschinen in höchster Einsatzbereitschaft zu halten« sind. (»Jahrbuch der Luftwaffe, Folge 9«).

Der ehemalige Kommodore des Geschwaders, Jörg Kuebart, weist darauf hin, wie aufwendig der »atomare Abwehr-Auftrag« sei. Allein für die Bewachung des Atomwaffenlagers und der startbereiten mit nuklearen Bomben beladenen Alarmflugzeuge in »Quick Reaction Alert«, in schneller Einsatzbereitschaft, sei eine besondere Sicherungsstaffel mit mehr als 250 Wachsoldaten notwendig.

Zwischen bundesdeutschen und US-amerikanischen Soldaten sei Freundschaft entstanden, heißt es - und das trotz der Tatsache, daß Techniker der Luftwaffe, wenn sie etwa einen mit Atombomben beladenen Starfighter reparieren, von US-Wachen mit geladener Waffe umstellt sind. Allein darf niemand in die »Lone Area«, die Zone um das Flugzeug.

Die »Stars« des Memminger Fliegerhorstes sind die Piloten. Sie sitzen, so Kuebart, »in bestimmten Rhythmen 24 Stunden in höchster Alarmbereitschaft, zwangsverheiratet mit ihrer Bombe, lernen atomare Ziele auswendig und haben eine Fülle von weiteren Aufgaben zur Erhaltung ihrer Kampfeinsatzbereitschaft zu erledigen«. Mit ihrer Bombe, das sind Atomsprengköpfe zum Beispiel der Typen B 28 (einstellbare Sprengkraft: ein bis 100 Kilotonnen), B 61-3 /4 (100 bis 500 Kilotonnen) und B 43 (500 bis 1.000 Kilotonnen), deren Vernichtungspotential einem Vierzehntel bis zum Fünfundsiebzigfachen der Hiroshima-Bombe entspricht. Ihre Ziele liegen nicht in der Sowjetunion. Die könnte von der Bundesrepublik aus nur von US-Jagdbombern entsprechender Reichweite angegriffen werden.

Memmingen ist einer von neun Flugplätzen der Bundesrepublik, auf dem sich Kampfflugzeuge in »Quick Reaction Alert« befinden. Zwei davon liegen in Bayern, drei in Nordrhein-Westfalen. Vier - davon drei US-amerikanische - in Rheinland-Pfalz, dem größten »Flugzeugträger« der NATO, wie Ministerpräsident Bernhard Vogel (CDU) stolz feststellt.

Tödliche Elektronik: Kampfflugzeug Tornado

In diesem Jahr soll die Umrüstung der bundesdeutschen Jagdbombergeschwader, die mit »atomaren Aufgaben« betraut sind, auf den Tornado beginnen; der Starfighter wird bis 1988 ausrangiert. Als erster Bundeswehr-Verband erhielt das Marinegeschwader 1 in Jagel bei Schleswig die ersten drei Exemplare dieses »Wundervogels«. Am 2. Juli 1982 wurde der Tornado-Flugbetrieb feierlich begonnen. Das Marinemusikkorps Ostsee spielte auf. Eine Ehrenformation war angetreten. »Leichten Schrittes und frohen Herzens, so schien es jedenfalls, schritt Minister Apel seinen Soldaten entgegen«, wußte der »Bayernkurier« zu berichten. Dann die üblichen Reden, der kleine Imbiß - alles lief ohne Pannen.

Das war vor zwanzig Jahren anders. Damals mißglückte schon die Premiere des neuen Starfighters. Einen Tag bevor Franz Josef Strauß, damals Verteidigungsminister und für die Beschaffung verantwortlich, das Kampfflugzeug mit Glanz und Gloria offiziell einführen wollte, stürzten die ersten vier Piloten ab und starben.

Starfighter - der 250. stürzte am 26. August letzten Jahres ab - und Tornado haben eines gemeinsam: die Skandale, die mit ihnen verbunden sind. Der Stückpreis des Tornado liegt zur Zeit bei 107 Millionen Mark. 324 Maschinen sind bestellt. Damit sie überhaupt starten und landen können, müssen noch einige Millionen Mark aufgewendet werden. Alle Flugplätze, auf denen die Bundeswehr Tornados stationieren will, müssen umgebaut werden. Notwendig ist eine Härtung der Startbahnen, Um- und Neubau bombengeschützter Unterstände. Geschätzte Kosten für alle Fliegerhorste der Bundeswehr: 200 Millionen Mark. Doch allein in Jagel mußten 130 Millionen Mark ausgegeben werden, bevor die Gäste zur Premiere anreisen konnten.

Das alles interessiert »Bayernkurier«-Autor Horst Günter Tolmein in seinem Artikel vom 10.7.1982 wenig. Mit Kosten hält er sich erst gar nicht auf, sondern schwärmt: »Die Leistungen der Tornado-Elektronik und einige seiner Waffen erreicht gegenwärtig kein einziges Ostblock-Flugzeug - und kein Ostblocküberwasserschiff besitzt die Möglichkeit, die Tornado-Raketen erfolgreich abzuwehren.«

Was nicht nur der »Bayernkurier« verschweigt: Obwohl das Marinegeschwader 1 in Jagel offiziell keine atomaren Aufgaben erfüllen soll, lagern in Jagel wie auch auf anderen Flugplätzen oder in ihrer unmittelbaren Nähe Atomsprengköpfe. Sie könnten theoretisch mit dem Atomwaffenträger Tornado eingesetzt werden.

Ideale Erstschlagwaffe: Die Pershing II

Beim Flugkörpergeschwader 2 der Bundes-Luftwaffe in Geilenkirchen bei Aachen sind 36 Pershing-IA-Raketen stationiert. Jeweils neun von ihnen befinden sich mit fest montierten Atomsprengköpfen vom Typ W 50 (Sprengkraft 60 bis 400 Kilotonnen; Reichweite 160 bis 720 Kilometer) ständig in ihrer »Quick Reaction Alert«-Stellung im Arsbecker Busch, östlich der Bundesstraße 221 zwischen Niederkrüchten und Arsbeck. Bis Ende 1980 fuhren alle 14 Tage donnerstags die Raketentransporter mit ihren neun Pershing IA von Geilenkirchen durch die Ortschaften Heinsberg, Wassenberg, Wildenrath zur Stellung. Die ausgetauschten Raketen wurden auf demselben Weg einige Stunden später zurück nach Geilenkirchen kutschiert. Seit örtliche Friedensinitiativen darauf aufmerksam gemacht haben, werden die Pershing auch schon mal per Hubschrauber hin und her befördert oder nachts mit Sattelschleppern transportiert. Obwohl die LKW der Bundeswehr angeblich verkehrssicherer sind als die der US-Streitkräfte, ist es schon vorgekommen, daß eine Rakete in einen Vorgarten von Wildenrath kippte.

Ein anderes Mal verfuhren sich die Soldaten und landeten versehentlich an der holländischen Grenze mit ihrer Fracht. Hier galt es Abhilfe zu schaffen. Ende 1983 soll der Ausbau der B 221 von der Kaserne bis zur Stellung fertig sein. Alle Ortschaften werden umgangen. Es gibt keine Ampeln, keine Kreuzungen. Der Heinsberger CDU-Bundestagsabgeordnete Dr. Adolf Freiherr Spies von Büllesheim hatte sich für diese Maßnahme in einem Brief. an das Bundesverkehrsministerium eingesetzt und sie ganz offen mit »militärischen Erfordernissen« begründet. Denn: »Eine schnelle Verbindung dieser strategisch wichtigen Verbände in einem Krisenfall wird bei Fortbestehen der gegenwärtigen Gegebenheiten behindert«, so der Freiherr.

Regelmäßig übt das Geilenkirchener Flugkörpergeschwader. Dann sind die Pershing-Transporter unterwegs. Sie steuern vorher ausgemessene Abschußstellungen vor allem in der Eifel, in den Wäldern um Blankenheim, Prüm, Mayen und entlang der belgischen Grenze an. Und alle Jahre wieder dürfen die Soldaten eine »große Reise« machen - zum Übungsschießen in die USA.

Warum die Bundeswehr ihre Soldaten in die USA schickt? »Das liegt vor allem an der großen Reichweite der Waffe, für die es im dichtbesiedelten Europa keine Schießbahnen ausreichender Länge gibt« schreibt Oberstleutnant Walter Berghoff im »Jahrbuch der Luftwaffe, Folge 9«.

Insgesamt leisten mehr als 5.500 Soldaten der 56. Feldartilleriebrigade der US-Army in drei Pershing-Bataillonen mit 108 Raketen im süddeutschen Raum Dienst. Das Hauptquartier befindet sich in Schwäbisch-Gmünd, gleichzeitig Standort eines Bataillons mit einer »Quick-Reaction-Alert«-Stellung in Inneringen bei Sigmaringen. Das zweite und dritte Bataillon sind in Neckarsulm und Neu-Ulm, die ständig besetzten Feuerstellungen in der Heilbronner Waldheide und in Oberroth-Kettershausen südlich von Ulm.

Im Krisenfall räumt die US-Army wie auch die Bundes-Luftwaffe ihre insgesamt fünf »Quick-Reaction-Alert«-Stellungen und bezieht mit ihren Batterien vorher ausgemessene Abschußplätze. In Süddeutschland können die Amerikaner, laut eigener Angaben, in 45 separate Stellungen marschieren. Dank einiger Verbesserungen am Waffensystem ist es aber auch möglich, schnell an jedem beliebigen Ort Feuerbereitschaft herzustellen.

Es ist üblich, daß Pershing-Konvois auf den Straßen und Autobahnen unterwegs sind. So war es auch am 2. November 1982: Gegen 9.00 Uhr morgens versagen die Bremsen eines Raketen-Transporters auf der Fahrt von Mutlangen nach Schwäbisch-Gmünd. Der Sattelschlepper kommt in einem Obstgarten zum Stillstand. Gegen Mittag durchschlägt bei einem zweiten Transporter in Heubach bei Schwäbisch-Gmünd die Kardanwelle den Tank. 150 Liter Treibstoff sickern ins Erdreich. Am späten Nachmittag verfährt sich ein Konvoi aus Neu-Ulm im Rastatter Raum und gelangt, von Freiolsheim kommend, -statt Richtung Ettlingen zur Stellung Rimmelbacherhof abzubiegen - auf eine Strecke mit 15 Prozent Gefälle. Kurz vor dem Ortseingang von Waldprechtsweier versagen um 17.02 Uhr die Bremsen. Die Folgen sind bekannt: der Fahrer eines PKW wurde getötet, zwei Soldaten schwer verletzt, das Dorf evakuiert.

Der zuständige Polizeipräsident Dr. Haas versichert: »Es bestand nie die Gefahr, daß diese Rakete infolge der Unfallbeschädigung sich in die Lüfte erhebt und irgendwie Richtung Ostblock fliegt.« Dies hat auch niemand behauptet. Aber es bestand doch wohl Explosionsgefahr. Auf die Frage, ob die verunglückten Militärfahrzeuge einen Atomsprengkopf mitgeführt hätten, antwortet der Pressesprecher der US-Army, es würden keine scharfen Sprengköpfe - »no live warheads« - auf deutschen Straßen transportiert. Daran besteht kein Zweifel, denn die Sprengköpfe werden erst dann scharf gemacht, wenn sie zum Einsatz freigegeben worden sind. Und: »Wir transportieren zu Übungszwecken keine Atomsprengköpfe.« Auch das stimmt. Aber war dieser Transport eine Übung?

Fest steht soviel: Wäre es nur eine Übung gewesen, dann hätte der Konvoi eine Sprengkörper-Attrappe aus Beton mitgeführt, wie der Bataillonskommandant behauptet. Doch der dafür vorgesehene Transportbehälter fehlte am nächsten Tag, als nachmittags die Unfallfahrzeuge fortgeschafft wurden. Bereits in der Nacht war der Behälter heimlich abtransportiert worden. Warum, wenn er doch wirklich nur so harmlos war?

Alles in allem soll es seit 1978 im Raum Schwäbisch-Gmünd allein sieben Unfälle mit US-Pershings gegeben haben. Das Bundesverteidigungsministerium beteuert hingegen, daß »nach hier vorliegenden Informationen« keine Unfälle mit atomar

bestückten Luftwaffen-Pershings zu verzeichnen seien.

Ungeklärt bleibt der Tod des Soldaten Rudolf Lipp, der beim Landsberger Flugkörpergeschwader 1 stationiert war. Bei einem Manöver hatte Lipp einen Brief geschrieben, in dem es heißt: »Bei uns ist zur Zeit der Teufel los (Sabotage). Ich kann leider nicht mehr darüber schreiben, es ist alles noch streng geheim.« Vier Wochen danach, im März 1976, erkrankte er an Blutkrebs und starb im Januar 1978. Seine Angehörigen glauben, er sei Opfer eines Strahlenunfalls geworden. Sie zogen vor das Sozialgericht Augsburg, nur dies kam mit seinen Ermittlungen nicht voran. Verteidigungsministerium und Bundeswehr hüllen sich in Schweigen.

Der Geheimhaltung unterliegen auch die geplanten Standorte der Pershing 11. Es ist davon auszugehen, daß die neuen Mittelstreckenraketen, sollten sie 1984 aufgestellt werden, die Pershing IA bei den drei bekannten US-Bataillonen in Schwäbisch-Gmünd, Neckarsulm und Neu-Ulm ersetzen. Auch die »Quick Reaction Alert«-Stellungen werden sich kaum verändern. Pershing IA und II haben nur eine Gemeinsamkeit: die US-Army will 108 Raketen des neuen Typs bei uns stationieren; über genauso viele alte verfügt sie zur Zeit. Ansonsten zeigen die technischen Daten, daß es sich keineswegs nur um eine »Modernisierung« handelt. Die Pershing 11 mit einer Reichweite von 1800 Kilometern kann mit zwölffacher Schallgeschwindigkeit in etwa sieben Minuten die Sowjetunion treffen, die Pershing IA nicht. Die neue Rakete besitzt eine Zielgenauigkeit bis zu 25 Metern, die alte von 450 Metern. In die neue können deshalb Atomsprengköpfe von wesentlich geringerer Sprengkraft eingesetzt werden, die weitaus kleiner sind als die Hiroshima-Bombe. So lassen sich »Sekundärschäden« - im Gegensatz zur alten Rakete - drastisch vermindern.

Die Pershing II können von der gegnerischen Abwehr, dank ihres neuen Leitsystems »Radag«, nicht erfaßt werden. Schließlich kann das neue Waffensystem mit dem Sprengkopf W 86 bestückt werden, dem ersten atomaren Gefechtskopf auf der Welt, der sich für Untererddetonationen eignet. »Die Kombination außergewöhnlicher Zielgenauigkeit und eindringender Sprengkopf machen die Pershing II zu einer Waffe, die hervorragend geeignet ist, armierte Raketensilos und ähnliche in den Boden eingelassene Installationen zu zerstören«, stellt das Stockholmer Friedensforschungsinstitut SIPRI fest. Alles in allem ist die neue US-Mittelstreckenrakete eine geradezu ideale Erstschlagswaffe, die wichtige militärische Ziele im Warschauer Pakt - Raketensilos, Flugplätze, Kommandobunker - zerstören kann. Sie ist, qualitativ gesehen, überhaupt nicht mit der Pershing IA zu vergleichen, auch nicht mit der sowjetischen SS-20.

Auch die 72 Pershing-IA-Raketen der Bundes-Luftwaffe sollen ab 1986 durch die Pershing II Reduced Range, meist Pershing IB genannt, ersetzt werden. Diese Rakete unterscheidet sich nur durch ihre auf 800 Kilometer verkürzte Reichweite von der Pershing II. Auch die Orte ihrer Stationierung können bereits genannt werden: Geilenkirchen bei Aachen und Landsberg bei Augsburg.

Schönes Geschäft: Die Lance-Rakete

Im Herbst 1982 wird bekannt, was offensichtlich zu jedem großen Manöver gehört: die sechs Abschußlafetten mit ihren Lance-Raketen, die im niederländischen Havelte bei Meppel stationiert sind, werden in die Bundesrepublik verlegt und tauchen plötzlich in der Nähe der Autobahn Hamburg - Bremen auf. Alle ein paar Kilometer von der Ausfahrt Bockel entfernt in den Dörfern Horstedt, Nartum, Gyhum, Elsdorf und Hetzwege. Dort beziehen fünf Abschußrampen mit den dazugehörigen Raketen, die für Atomsprengköpfe vorgesehen sind, sogenannte Feldstellung. Die sechste kann nicht aufgebaut werden; sie ist defekt. Mit von der Partie: US-Soldaten, auch viele Frauen, deren Aufgabe nur sein konnte, spezielle Container mit dem Code M 511 zu bewachen, bestimmt für die W 70, die Lance-Atomsprengköpfe. Sie gibt es in unterschiedlichen Ausführungen mit einer Sprengkraft von einer bis 100 Kilotonnen.

Der Ernstfall wird geprobt. Das heißt: Die Lance-Bataillone ziehen von Havelte, Wesel, Großengstingen - wo immer sie auch stationiert sind - aus und werden in Richtung DDR-Grenze verlegt. Denn: »Die schwere Raketenartillerie«, so das Verteidigungsministerium, »ist wegen ihrer vernichtenden Wirkung eine Schwerpunktwaffe im Gefecht unter atomaren Bedingungen; sie wirkt in erster Linie gegen Ziele in der Tiefe des Feindes. « Sollen die Ziele nicht in der Bundesrepublik liegen, müssen die Raketen mit ihrer Reichweite von maximal 120 Kilometern nach Osten verlegt werden.

Seit 1976 verfügt das Bundes-Heer über die Lance. Ein Jahr später durfte zum erstenmal mit der Rakete geschossen werden - ohne Atomsprengkopf auf Kreta. Ein Journalist der Ulmer »Südwestpresse« war dabei, als das Flensburger Bataillon zwei Schüsse abfeuern durfte: »Die Raketen hoben präzise ab. Die eine schlug 63, die andere knapp 99 Kilometer entfernt im Mittelmeer ein. Unterm schützenden Dach des Glashauses klatschten Soldaten als Zaungäste Beifall. Vor einem Oberstleutnant des Heeres baute sich auf der Terrasse des Feuerleitzentrums ein Oberstleutnant der Luftwaffe auf und tat kund, was er in diesem Augenblick empfand: 'Gratuliere! Eine schöne Waffe!'«. Vor allem keine technisch veraltete Waffe wie die Nike-Herkules Raketen. Die Anzahl der nachladbaren Abschußlafetten, die Belgier, Briten, US-Army und Bundes-Heer besitzen, ist nicht genau bekannt. Schätzungen sprechen von etwa 100, die niederländischen in Havelte mitgerechnet, die über die sieben- bis achtfache Menge Lance-Raketen mit Atomsprengköpfen verschießen können. Und nicht nur Atomsprengköpfe. Sie können auch die von 1981 bis 1983 in den USA bereits produzierten oder noch in Produktion

befindlichen 340 Neutronensprengköpfe, militärischer Code W 70-4, abschießen. Die haben eine geringe Sprengkraft, aber ein »erhöhtes Strahlungselement«. Eine »saubere Waffe«, die den Menschen tötet, Sachschäden jedoch begrenzt.

Für den «kleinen Atomkrieg«: Die Haubitze

Selbstfahrende Haubitzen sind das unbekannteste Atomwaffenträgersystem. Dabei sind sie es, für die gut 50 Prozent aller in der Bundesrepublik gelagerten Atomsprengköpfe bestimmt sind. Über 1000 derartige Kanonen vom Kaliber 155 und 203, 2 Millimeter mit kurzem Lauf gibt es bei uns. Alle sind »nuklearfähig«. Ihre Reichweite: circa 20 Kilometer.

Vor einigen Jahren sollten die Haubitzen noch Granaten der Sprengkraft einer Hiroshima-Bombe verschießen. Diese Zeiten sind endgültig vorbei. »Mini«-Nuklearsprengköpfe sollen im »Verteidigungsfall« für Haubitzen dann freigegeben werden, wenn - so das Szenario - ein konventioneller Angriff des Warschauer Paktes nicht auch mit konventionellen Mitteln gestoppt werden kann. Dann soll sich die NATO zum Einsatz taktischer Atomwaffen entschließen. Wo die atomaren Sprengköpfe dann landen, ist leicht auszurechnen -garantiert nicht auf dem Territorium der CSSR oder DDR, will die Allianz nicht schon 20 Kilometer hinter der Grenze den Krieg eskalieren.

Auch Haubitzen des Kalibers 203,2 Millimeter sind das Trägersystem für Neutronensprengköpfe. 800 dieser Granaten befinden sich derzeit in den USA in der Produktion beziehungsweise sind schon fertiggestellt. Nach einer Meldung der »Welt« vorn 28.7.1982 »ist die Verkleinerung eines Neutronensprengkopfes als nukleare Munition für ein Artilleriegeschoß mit einem Kaliber von 155 Millimetern gelungen«. Die US-Army habe gefordert, mit der Herstellung 1985 zu beginnen. Nach einer Studie, so heißt es weiter, »müssen zum Ausschalten einer in Mitteleuropa angreifenden sowjetischen Panzerdivision zwischen zehn und vierzig taktische Atomsprengköpfe eingesetzt werden. Bei Einsatz von Neutronen-Gefechtsköpfen verringert sich die Zahl der Waffen um die Hälfte.«

NATO-Oberbefehlshaber General Bernard Rogers hat wiederholt die Überzeugung vertreten, der Westen könne nicht auf chemische Waffen verzichten. In diesem Punkt weiß er sich mit US-Präsident Reagan einig. Bis 1986 soll erreicht werden, daß monatlich 20.000 C-Granaten für die 155-Millimeter-Haubitze produziert werden. In getrennten Kammern sind in diesen Sprengköpfen die Chemikalien Isopropanol und Methyldeflourophosphanit untergebracht, die sich durch die Erschütterung beim Aufschlag innerhalb von zehn Sekunden zu dem Nervengas Sarin verbinden. Wird auch nur ein Milligramm davon inhaliert, blockiert die Atmung. Tod ist die Folge.

In einer zweiten Phase der Produktion derartiger Kampfstoffe sollen ab 1987 monatlich 70.000 Granaten hergestellt werden. Damit nicht genug: Für Haubitzen vom Kaliber 203,2 Millimeter soll es ab 1985 ebenfalls chemische Gefechtsköpfe geben, für Kampfflugzeuge ab 1986 entsprechende Bomben. Als einziges Stationierungsland kommt, das ist in Washington kein Geheimnis, die Bundesrepublik in Frage.

Leben mit der Bombe: Atomwaffendepots

Atomsprengköpfe werden ständig auf bundesdeutschen Straßen und Autobahnen transportiert. Sind sie veraltet, werden sie zu Depots gebracht oder von dort abgeholt. Kann ein Defekt nicht vor Ort repariert werden, werden sie zu speziellen Wartungsstätten gebracht, die den Hauptquartieren der sechs US-Army Artillery Groups unterstellt sind. Die Standorte dieser Headquarters - Flensburg, Sögel bei Meppen, Münster-Handorf, Büren bei Paderborn, Herbornseelbach bei Herborn und Günzburg bei Augsburg - sind jedoch nicht immer identisch mit denen der sogenannten »Ordnance Brigade«, die die Reparaturen vornimmt. Können die Techniker dieser Brigade den Defekt nicht beheben, kommen die Sprengköpfe nach Siegelsbach bei Mosbach in Baden-Württemberg, nach Fischbach oder Miesau in Rheinland-Pfalz. Atombomben für Kampfflugzeuge werden in der Regel in Ramstein wieder funktionstüchtig gemacht.

Wer einen Blick auf die Lagekarte mit den Atomwaffen-Standorten wirft, stellt fest, daß sich die Depots immer in der Nähe von Trägersystemen - Haubitzen, Raketen, Flugzeugen - befinden. Mit zwei Ausnahmen: In der Nähe der DDR-Grenze gibt es keine Depots, dafür aber mehrere im Raum Pirmasens/ Kaiserslautern. Die Vereinigten Staaten scheinen in Rheinland-Pfalz offensichtlich »eiserne Reserven« zu horten.

Atomwaffenlager sind identifizierbar: In der Regel werden in ihnen zwischen zehn und 100 Gefechtsköpfen in mehreren, manchmal auch nur zwei, Bunkern deponiert. Es muß sich deshalb nicht um riesige Anlagen handeln, wohl aber um besonders bewachte Zonen, die auch innerhalb größerer militärischer Sperrgebiete liegen können. Sie sind von zwei Drahtzäunen umgeben, haben Wachtürme, Scheinwerfer, die nachts alles taghell erleuchten, und eine Reihe anderer Sicherheitssysteme. Sie besitzen aber nicht notwendigerweise - wie ständig behauptet wird - sogenannte Troposcatter (Tropospheric Scatter Communication Systems), etwa 20 Meter hohe Masten mit zwei großen Spiegelantennen, die im »Verteidigungsfall« den Befehl der Kommandozentralen zur Freigabe der Sprengköpfe übermitteln sollen. Die können auch woanders sein. Immer - und da gibt es keine Ausnahme - müssen jedoch US-Soldaten als Bewacher präsent sein, um »ihren Besitz« zu schützen.

»Nuklear-Wache« schieben ist ein öder Job. Mark Powalisz, US-Soldat aus Orlando, drehte dabei durch. Bevor er sich im niederländischen Depot Havelterberg das Leben nahm, zerstörte er mit seinem Maschinengewehr Teile des Sicherheitssystems. 15.067 seiner amerikanischen Kollegen mußten allein in den Jahren 1975 bis 1977 von diesem Dienst suspendiert werden: Alkohol- oder Drogenmißbrauch, Nachlässigkeit oder Pflichtverletzung, Gesetzesverstöße oder »wichtige körperliche, geistige oder charakterliche Züge oder Verhaltensweisen« führten dazu. Auch Bundeswehr-Soldaten wurden schon belangt, einer, weil er im Depot Barme-Dörverden bei Verden bei seinem Bomben-Job eingepennt war. Kein Wunder, haben sich schon manche seiner Kameraden beschwert, bei einer 24stündigen Wachschicht nur 70 Minuten schlafen zu können.

Richard Wagner, Berater von U S - Verteidigungsminister Weinberger in Fragen der Atomrüstung, meinte Anfang dieses Jahres, er könne nachts nicht ruhig schlafen wegen der mangelnden Sicherheit der Atomwaffenlager in Europa. Seiner Ansicht nach bestehe »eine geringe Möglichkeit«, daß Terroristen nukleare Sprengköpfe stehlen könnten. Um das zu verhindern, seien 1,2 Milliarden Mark notwendig, damit die Depots - vor allem in der Bundesrepublik - in den nächsten zwei bis drei Jahren sicherer gemacht werden können. Ein teurer Traum für die Steuerzahler.

Es geht nicht nur um Pershing II

Die Bundesrepublik ist vollgestopft mit Atomwaffenlagern und Trägersystemen, die die Sprengköpfe einsetzen können. Atomraketen und -bomber befinden sich in »Quick Reaction Alert«. Jederzeit zum atomaren Schlag bereit. Ein Teil des Countdowns ist bereits abgelaufen. Der dritte Weltkrieg wird nicht nur geprobt, er hat bereits begonnen. Nur der Countdown ist vorerst gestoppt.

Alte Trägersysteme werden ausrangiert, durch neue, weitaus bessere ersetzt. Das gleiche gilt für die Gefechtsköpfe. Dabei geht es nicht nur um Pershing II. Alle Atomwaffen werden »modernisiert«. Hinzu kommen etliche NATO-Programme und Pläne der US-Regierung, von denen die Bundesrepublik unmittelbar betroffen ist: das NATO-Infrastrukturprogramm, das den Bau zahlreicher militärischer Einrichtungen vorsieht; die Pläne zur Verlegung von drei US-Brigaden nach Nürnberg/Grafenwöhr; das Abkommen zwischen den USA und der Bundesrepublik »Wartime Host Nation Support«, das auf eine Verdreifachung der Munitionsmenge hinausläuft, die die US-Army bei uns lagern will. Schließlich ein Abkommen, das in diesem Jahr ausgehandelt werden soll und in dem geregelt wird, wie die Bundesrepublik die »Schnelle Eingreiftruppe« der Vereinigten Staaten unterstützt. Zum Beispiel im Nahen Osten, wenn »vitale Interessen der Mitgliedsstaaten« der NATO bedroht wären.

Es ist unmöglich, alles das aufzuzählen, was zur »Stärkung unserer militärischen Verteidigungsfähigkeit« unternommen wird oder werden soll.

Den Krieg möglich machen Ist die NATO noch zu retten«, fragte Senator Sam Nunn in seinem Bericht an den Streitkräfte-Ausschuß des US-Senats vom 13.5.1982. Das Kernproblem des Bündnisses sei die Strategie der flexiblen Reaktion. Sie »wurde zu einer Zeit eingeführt, als die NATO eine ausgesprochene Überlegenheit im Bereich der strategischen und taktischen Atomwaffen über die Sowjetunion und den Warschauer Pakt besaß«, die die Unterlegenheit der Allianz im konventionellen Bereich »ertragbar erscheinen« ließ. Heute sei das anders, meint Nunn.

NATO-Oberbefehlshaber Rogers klagt: »Wenn ich also meinen Verteidigungsauftrag erfüllen will, muß ich sehr bald von der klassischen Verteidigung zur atomaren Abwehr übergehen.« Was das bedeutet, erläutert Adelbert Weinstein, Militärexperte der »FAZ«: »Es ist zu fürchten, daß die Gefechte vorwiegend auf westdeutschem Boden stattfänden. Das bedeutete, daß die taktischen nuklearen Abwehrsysteme ihre atomaren Sprengköpfe zwischen Rhein und Elbe verschössen. Diese Vorstellung ist unerträglich. Man kann ein Land nicht verteidigen mit einer Gefechtsführung, die es zerstört.«

Die Schlußfolgerung, die NATO-Strategie sei längst überholt, weil sie dem Gegner damit droht, die Bundesrepublik im Kriegsfall mit US-Waffen zu zerstören, darf aus solchen Einschätzungen nicht gezogen werden. »Man wechselt strategische Grundvorstellungen«, so Weinstein, »nicht über Nacht.« Verteidigungsminister Wörner präzisiert, worum es geht: »Der vereinigte Westen, die NATO, braucht keine neue Sicherheitsdoktrin. Was jedoch notwendig wird, ist eine Anpassung der operativen Planung an die moderne Waffentechnologie.« Ihm sei sehr viel an der Anhebung der »atomaren Schwelle« gelegen, aber keinesfalls solle auf den Ersteinsatz von Atomwaffen verzichtet werden. Darin ist sich Wörner mit NATO-Oberbefehlshaber Rogers einig.

Das Stichwort heißt: »Rogers-Plan«. Er sieht besagte »Anpassung der operativen Planung«, auch »operative Wende« genannt (»Frankfurter Allgemeine«), vor. Aus der »Vorneverteidigung« soll eine »vorwärts« gerichtete Vorneverteidigung (Weinstein) werden, denn, »das sollte ein Militärexperte wissen«, jede Verteidigung sehe vor, »der Offensive des Gegners mit einem Gegenangriff zu begegnen«. Strategе Weinstein erläutert: »Der Warschauer Pakt hält nur 20 Prozent seiner beweglichen gepanzerten und mechanisierten Truppen im grenznahen Raum... 80 Prozent der geballten aufgestellten Macht der zweiten und dritten Staffel des Gegners werden rückwärts bereitgestellt. « Bei einem militärischen Konflikt sei es von

kriegsentscheidender Bedeutung, diese zweite und dritte Staffel auszuschalten, so daß die erste keine Unterstützung erhielte. Um das zu erreichen, müßte die westliche Luftwaffe heute 2000 Kampfeinsätze bei einer »klassischen Bombardierung« fliegen. »Mit Präzisionswaffen gerüstet, mit 'intelligenten Waffen' versehen, kann der Kampfeinsatz auf 350, später vielleicht 60 Flüge gedrückt werden.« Diese neuen Waffen sind konventioneller Art. Ihre Vernichtungskraft entspricht fast den Atomsprengköpfen. Sie werden deshalb auch »Quasi-Atomwaffen« genannt.

»Raketenwaffen wie die Pershing II und Marschflugkörper (Cruise Missiles), aber auch das Tornado-Mehrzweckkampfflugzeug sind Systeme, die den Auftrag, tief in den Feind zu greifen, ausführen könnten«, schreibt Weinstein weiter. »Dieser Kampf, der technisch, operativ und strategisch in der Tiefe des feindlichen Gebietes geführt werden müßte, findet seine Ergänzung in der Abriegelung des vordersten Gefechtsstreifens, an der Elbe oder im Thüringer Wald oder im Bayerischen Wald. Dort können, ebenfalls mit 'intelligenten Waffen', mit Marschflugkörpern und Raketen, die Übergänge blockiert werden. Schon der Aufmarsch des Gegners könnte dann scheitern.« (»Frankfurter Allgemeine«)

Die jetzige Bundesregierung ist entschlossen, die »operative Wende« einzuleiten. Sie stelle keine Abkehr von der Strategie der flexiblen Reaktion dar, aber wer so ehrlich ist wie Weinstein, gibt offen zu: »Die Revolution in der Bewaffnung verlangt allerdings eine Revolution im operativen Denken.«

Sollten sich Rogers, Wörner & Co. durchsetzen, dann wird die NATO dafür sorgen, daß zumindest ein Teil der »Atom-Hämmer« aus ihren Arsenalen verschwindet und ersetzt wird durch »Quasi-Atomwaffen«. Wenn das nicht geht, dann eben durch Atomsprengköpfe der zweiten Generation, die äußerst zielgenau von neuen Trägersystemen wie der Pershing II eingesetzt werden können. Die Nike-Herkules werden abgebaut, dafür kommen »intelligente« Waffen, »saubere« Gefechtsköpfe wie Neutronenbomben oder chemische Granaten, deren Schadenswirkung begrenzt ist.

Dieser Entwicklung, bedingt durch den enormen technologischen Vorsprung des Westens, hat die Sowjetunion zur Zeit nichts entgegenzusetzen. Diese Entwicklung macht es der NATO möglich, wieder Kriege zu führen. Sie kann dem Warschauer Pakt drohen, ihn militärisch entscheidend zu treffen, ohne daß weite Teile seiner Zivilbevölkerung betroffen wären. Adelbert Weinstein schreibt in der »Frankfurter Allgemeinen« vom 6.9.1980: »... es ist nicht wahr, daß es in einem Atomkrieg keinen Sieger geben könnte. Es käme darauf an, welcher atomare Krieg geführt würde: Wer mit Präzisionswaffen zuerst zuschlägt, hat die Chance zu gewinnen... Je vollkommener die Waffensysteme, um so mehr kann die Neigung wachsen, einen gordischen Knoten in der Politik atomar zu zerschlagen. 40 Millionen Tote hat der Zweite Weltkrieg gekostet. Ein selektiver Atomkrieg würde dieses Opfer nicht verlangen.«

Militärstrategen konnten noch nie rechnen. Im Zweiten Weltkrieg starben über 50 Millionen Menschen.

Konkret 03/83, S. 62

Jürgen Saupe

Der Verrat aus Karlsruhe

Staatsschutz-Manöver um die »Cosmic«-Papiere bei KONKRET

»*In unserem Staate leidet nicht die Pressefreiheit Not, sondern eher die innere Sicherheit*« sagte Generalbundesanwalt Kurt Rebmann Anfang des Jahres zum »Spiegel«.

Kurt Rebmann sichert Arbeitsplätze. Unter dem Aktenzeichen 7 BJs 28/83 ermittelt die Bundesanwaltschaft »gegen Unbekannt« wegen Landesverrat und noch einmal - unter dem Aktenzeichen 7 BJs 36/83 - »gegen den unbekannten Informanten der Presse« wegen des »Verdachts des Offenbarens von Staatsgeheimnissen bzw. von Dienstgeheimnissen«. Diese Arbeit haben sich Rebmann und die Beamten der Bundesanwaltschaft selbst beschafft - beim Überfall des BKA auf die Redaktion von KONKRET am 11. Januar, als drei Staatsanwälte der Rebmann-Behörde und 20 Beamte des Bundeskriminalamtes aus Meckenheim bei Bonn nach »Beweismitteln« im Ermittlungsverfahren gegen Dr. Hans Langemann und andere suchten.

Die »Langemann-Papiere« fanden sie nicht. Aber die Herren und Damen Staatsschützer packten reichlich ein, was sie bei KONKRET an Interessantem entdeckten - auch wenn es nichts mit dem Langemann-Verfahren zu tun hatte. »Zufallsfunde« nennen die Juristen das. Paragraph 108 der Strafprozeßordnung erlaubt solche Einsackerei, auch wenn dadurch die grundgesetzlich garantierte Pressefreiheit und das gesetzlich garantierte Zeugnisverweigerungsrecht der Journalisten locker beiseite gewischt werden. Unter den Zufallsfunden der Bundesanwälte, die sie im Aktenschrank von KONKRET-Chefredakteur Manfred Bissinger machten, war auch ein Stapel von Fotokopien.

Was darauf zu lesen war, stand vier Wochen später in der Springer-Zeitung »Die Welt«: »NATO-Papiere bei KONKRET« hieß die Überschrift, und im Text: » ... beschlagnahmte die Bundesanwaltschaft neben anderen Gegenständen elf Dokumente der NATO, die... zu den streng gehüteten Geheimnissen des Bündnisses gehören und mit dem Gehteimhaltungsgrad 'Cosmic' versehen waren. Es handelt sich dabei um Pläne für den Fall, daß der Westen auf einen atomaren sowjetischen Raketenüberfall reagieren muß. In diesen Unterlagen der NATO ist unter anderem festgelegt, welche Ziele in der Sowjetunion im Falle eines militärischen Ersteinsatzes Moskaus im Gegenzug angegriffen werden sollen.«

Dieser Verrat von Redaktions-Geheimnissen und von Details aus den »Cosmic«-Dokumenten der NATO durch die »Welt« geht auf das Konto von Generalbundesanwalt Rebmann und seiner Behörde. Noch in der KONKRET-Redaktion waren die Aktenordner, in denen auch die NATO-Dokumente enthalten waren, versiegelt worden. Nur von oder über die Rebmann-Behörde kann das Springer-Blatt von den Dokumenten und ihrem Inhalt Kenntnis erlangt haben. KONKRET, seit längerer Zeit im Besitz der Papiere, hat daraus weder veröffentlicht, noch von der Mitnahme durch die Bundesanwälte berichtet. Erst das Zusammenwirken der Rebmann-Behörde und der Springer-Presse, ob direkt oder durch andere Nachrichtenhändler, brachte die Existenz der Dokumente an die Öffentlichkeit. KONKRET sieht seinen Verdacht bestätigt, daß die Durchsuchung der Redaktion und der Wohnungen von Bissinger und Saupe weniger zur Sicherstellung von Unterlagen zum Fall Langemann, als zu einem generellen Einbruch in das Redaktionsgeheimnis unternommen worden ist.

Als KONKRET-Herausgeber Hermann L. Gremliza am 10. Februar per Fernschreiben fünf Fragen an Rebmann stellte, welche juristischen Konsequenzen die Bundesanwaltschaft aus diesen Veröffentlichungen ziehe und gegen wen nun ermittelt werde, weigerte sich die Rebmann-Behörde, zu antworten. »Laufendes Ermittlungsverfahren« hieß die Auskunft aus Karlsruhe. So zurückhaltend sind Rebmann und seine Leute sonst offenbar nicht. Denn die Springer-Veröffentlichung ist nicht die erste Einzelheit aus dem Ermittlungsverfahren gegen »Langemann u. a.«, die öffentlich wurde. Auch die »Passauer Neue Presse« wußte schon Ende Januar über andere »Zufallsfunde« bei KONKRET zu berichten. Auch hier kann letztlich nur das Haus Rebmann die Quelle sein. Und wenn der Generalbundesanwalt jetzt ermitteln läßt, wer denn nun geplaudert hat, so ist im Rechts-Staat Bundesrepublik unter der CDU-Regierung Helmut Kohl schon jetzt sicher: Die Redaktionsräume der »Welt« und der »Passauer Neue Presse« werden ebensowenig durchsucht wie die Wohnungen ihrer Redakteure.

Denn schon jetzt »wissen« die »Sicherheitsbehörden« der Bundesrepublik, woher KONKRET die NATO-Dokumente hat. So wie am Anfang der Langemann-Affäre CSU-Chef Franz Josef Strauß als Lieferanten nicht etwa seinen Staatsschützer, sondern Ostberlin als KONKRET-Quelle ausfindig gemacht hat, so meldet auch diesmal die »Welt«: »Die Sicherheitsbehörden halten es auch für denkbar, daß das Material von östlichen Stellen aufbereitet und KONKRET aus durchsichtigen Motiven zur Verfügung gestellt worden sein könnte«. Und der »Deutsche Depeschen Dienst« (ddp) weiß: » In diesem Zusammenhang hieß das, es gebe gute Kontakte von Herausgeber Hermann L. Gremliza und Chefredakteur Manfred Bissinger zur Führung in Ostberlin. Wie aus Kreisen der Sicherheitsbehörden weiter verlautete ... «.

Ach, wenn es doch so wäre! Dann müßte man jetzt nur die Regierung der DDR bitten, im »Neuen Deutschland« diese bei KONKRET gefundenen NATO-Dokumente zu veröffentlichen. Dann könnte KONKRET sie nachdrucken, ohne Gefahr zu laufen, seine Redakteure im Knast wiederzufinden. So aber dürfen wir, auch wenn es viele Leser und Journalisten im In- und Ausland fordern, nicht drucken, was wir haben. Und dabei wissen wir, was es für eine Farce ist, wenn der Generalbundesanwalt nun ausgerechnet wegen der »Gefahr eines schweren Nachteils für die äußere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland« ermittelt. Nicht die Bekanntgabe der Dokumente gefährdet unser Land . Umgekehrt: Die Politik und Strategie, die solche Dokumente fabrizieren, sind die eigentliche Gefahr.

Karl-Heinz Hansen hatte Schmidt »Geheimdiplomatie gegen das eigene Volk« vorgeworfen. Er flog daraufhin aus der SPD. Wenn »das Volk« wüßte, was die NATO im sogenannten Ernstfall mit Deutschland plant, dann würden die verantwortlichen Politiker und Militärs in ernste Bedrängnis geraten. Da das die Herrschenden in diesem Land natürlich nicht wollen, halten sie sich ihren Rebmann und seine Behörde. Und diese bemühen sich nach Kräften, »die Geheimdiplomatie gegen das eigene Volk« zu tarnen.

Zur Tarnung gehört, auch wenn das auf den ersten Blick paradox erscheint, eine solche an die »Welt« gespielte Information. Die künstlich aufgeblähte Empörung über die »Cosmic«-Papiere bei KONKRET sind die Kulisse, vor der die neue Bundesregierung einen Akt im Trauerspiel »Die Wende« inszeniert. Seit Monaten bemüht sich Generalbundesanwalt Rebmann darum, die Möglichkeiten der Presse einzuengen. Mit der Beschlagnahme von Presse-Fotos als Beweismittel in Verfahren gegen Demonstranten begann es. Der Abbau von Informanten-Schutz und die Durchlöcherung von Redaktionsgeheimnissen sollten folgen. Rebmann im »Spiegel«: »Die Erfordernisse der Strafverfolgung und die Erfordernisse der Pressefreiheit sind zwei gleichwertige Rechtsgüter, die bei Widerstreit im Einzelfall gegeneinander abzuwägen sind.« Nur einmal braucht man zu raten, wie diese Abwägung beim Widerstreit zwischen der Redaktionsfreiheit einer linken Zeitschrift und der Strafverfolgung wegen »Landesverrats« ausgehen wird.

Daß Rebmann für seine Politik längst die volle Rückendeckung der Regierung Kohl/ Zimmermann besitzt, hat Waldemar Schreckenberger, Staatsschützer im Bundeskanzleramt, in der KONKRET-Sondersitzung des Bundestags-Innenausschusses am 19. Januar klargemacht:

»Ich habe die Strafverfolgungsermächtigungen (gegen Frank P. Heigl, Bissinger und Saupe - d. R.) *nach eingehender Prüfung aller in Betracht kommenden Umstände am 6. Dezember 1982 -Sie sehen, ich habe nicht übereilt gehandelt, sondern mir die Sache reiflich überlegt - erteilt. Ich war zu dem Ergebnis gekommen, daß angesichts der Schwere der vorgeworfenen Straftaten und des eingetretenen Schadens das Interesse an der Strafverfolgung alle anderen Belange, insbesondere ein etwaiges Informationsinteresse der Öffentlichkeit, das ja dagegen abzuwägen war, weit überwiegt. Bei Abwägung zwischen dem Interesse der Allgemeinheit an Information und Interesse des Bundes an Geheimhaltung ergibt sich im gegebenen Fall ein eindeutiges Übergewicht des Geheimhaltungsinteresses. Insoweit bin ich dem Generalbundesanwalt gefolgt.*

Die Bundesregierung kann keinen geheimen Auslandsnachrichtendienst unterhalten, wenn sie nicht gewährleisten kann, daß seine Informationsquellen auf sein Geheimhaltungsvermögen vertrauen können. Vorgänge wie die KONKRET-Veröffentlichungen - mögen die Tatsachen, über die berichtet wird, auch noch so lange zurückliegen - sind in besonderem Maße geeignet, die Arbeitsfähigkeit eines Nachrichtendienstes in Frage zu stellen.

Der Generalbundesanwalt hat sich bekanntlich auf Gutachten des Bundesnachrichtendienstes, des Bundesamtes für Verfassungsschutz und des Auswärtigen Amtes gestützt. Da es sich um geheime Quellen handelt, möchte ich daraus nicht zitieren. Ich darf Ihnen aber sagen, daß sowohl der Bundesnachrichtendienst als auch das Bundesamt für Verfassungsschutz angenommen hat, daß es sich bei den veröffentlichten Tatsachen um Staatsgeheimnisse handelt. Im übrigen darf ich hier anfügen, daß derartige Veröffentlichungen für einen Nachrichtendienst - jetzt zitiere ich wörtlich aus dem Gutachten -»geradezu verheerend sind«. Stellen Sie sich vor, Sie selbst könnten vielleicht einmal einem Nachrichtendienst zur Verfügung stehen oder eine Quelle für einen solchen Dienst werden, und Sie müßten gewärtigen, daß einige Jahre später Ihr Name und auch sonstige Details in der Presse veröffentlicht werden. Wir stecken in diesen Nachrichtendienst, wie Sie wissen, sehr viel Geld. Ich darf leider auch aber das Geld im einzelnen nichts sagen. Es sind aber, wie Sie wissen, mehrere hundert Millionen DM. Ein solcher Nachrichtendienst taugt nichts mehr, wenn derartige Veröffentlichungen etwa Schule machen sollten. All das hatte ich zu berücksichtigen.

Bei der Reise des Bundeskanzlers in die Vereinigten Staaten habe ich die Gelegenheit ergriffen, auch den dortigen Partnerdienst zu besuchen und um Verständnis zu bitten, daß solche Veröffentlichungen nicht immer zu vermeiden sind, daß es eben auch immer einmal zu einer Panne kommt, daß aus einem Dienst geplaudert wird, daß es zu Veröffentlichungen kommt. Wir hatten die große Besorgnis, daß gerade die bedeutenden Partnerdienste, auf deren Informationen wir dringend angewiesen sind, ihre Informationen zurückhalten.«

Deutlicher kann man nicht sagen, daß die Bundesrepublik den Status einer US-Kolonie hat. Ohne den CIA ist der BND nichts, und ohne den BND ist »die äußere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland in Gefahr«. Wäre das

Schreckenberger-Palaver vor dem Innenausschuß des Bundestages die Wahrheit, dann müßte Ex-BND-Agent Hans Langemann einen Orden statt einer Anklage wegen »Offenbarung von Staatsgeheimnissen« bekommen. Er hat ja schließlich enthüllt, wie der Bundesnachrichtendienst mit den »Verbündeten in den USA umsprang.«

Der BND spionierte nicht nur bei Nixon, er hat nicht nur in Vietnam in Konkurrenz zum CIA gearbeitet, er hat nicht nur in Bonn die eigene Regierung ausspioniert, er hat sich nicht nur an Waffenhandel und Waffenschiebungen beteiligt, er scheint auch die Krücke zu sein, an der Bundeskanzleramt, Bundesjustizministerium und Bundesgerichtshof hinken. Es ist schon komisch zu lesen, wie sich Schreckenberger und Bundesjustizminister Hans A. Engelhard (FDP) im Innenausschuß des Bundestages ihrer Verantwortung für die Strafverfolgung der KONKRET-Redakteure entledigten und sich hinter einem BND-Gutachten verschanzten. Ausgerechnet Pullach, um dessen Eskapaden es in den Langemann-Geschichten von KONKRET ging, hat das Gutachten angefertigt, in dem festgestellt wurde, ob in KONKRET Staatsgeheimnisse verraten wurden, soweit es den BND angeht. Daß hier vielleicht doch der Bock zum Gärtner gemacht worden ist, dämmerte selbst einem Staatssekretär Schreckenberger. So war es ihm denn ein Trost, daß auch der Ermittlungsrichter beim Bundesgerichtshof, Horst Kuhn, in seinem Durchsuchungsbeschluß bei KONKRET feststellte, hier seien Staatsgeheimnisse verraten worden. Nur ignoriert Herr Schreckenberger dabei eines: Kuhn bezog seine Erkenntnis aus demselben BND-Gutachten.

Andere Quellen wird Bundesrichter Kuhn auch nicht haben, wenn er nur als Ermittlungsrichter zunächst gegen »Unbekannt« wegen Landesverrats tätig wird. Während dieses Heft im Druck ist, hat Kuhn Manfred Bissinger in diesem Verfahren als *Zeugen* nach Karlsruhe geladen. Bundesregierung, Bundesanwaltschaft und NATO spielen »haltet den Dieb«. Nicht der apokalyptische Inhalt der Cosmic-Papiere interessiert die Staatsschützer, sondern die Frage, wer sie »verraten« hat. Denn ein Staatsgeheimnis ist nicht zuletzt deshalb ein Staatsgeheimnis, damit es die Bürger des eigenen Staates nicht erfahren.

Konkret 03/83, S. 64

Günter Gaus

Wahlkampf-Rückblick

In der Sicherheitspolitik fehlt es an rationaler Phantasie. Rundfunk, Fernsehen und Presse berichten über Nachrüstung und neue Raketen in gestanzten Floskeln. Nur wenn man die Erde für eine Scheibe hält, ist alles logisch, was die Nachrüster sagen.

Das soll ein Wahlkampf über die Raketenfrage gewesen sein, was sich im letzten Vierteljahr abgespielt hat? Es war eher ein Beleg dafür, daß Wahlkämpfe gefährlich sind - für die Fragen, die in ihnen verhunzt werden, obwohl diese doch, nach dem schmeichelhaften Selbstverständnis unseres parlamentarischen Systems, durch den fairen, argumentativen Parteienstreit so transparent werden sollen, daß die mündigen Bürger sie am Wahltag beantworten können. Kurz abgeschweift: Wie groß darf der Abstand zwischen behauptetem Anspruch und geübter Praxis werden, bevor ein System aus dem Ruder läuft, oder weniger arglos-unbestimmt gefragt, bevor es vollständig manipulierbar wird in den Händen derer, die die *Medieneinfalt in scheinbarer Vielfalt* beherrschen?

Aber vielleicht ist diese bange Frage gar keine Abschweifung. Bleiben wir noch vier, fünf Sätze lang bei den bundesrepublikanischen Medien und den neuen atomaren Mittelstreckenwaffen. Von einigen wenigen Ausnahmen abgesehen, ist das Raketenthema inzwischen in den Zeitungen, im Rundfunk wie im Fernsehen begrifflich, in den Formulierungen völlig erstarrt: Analysen und Kommentare bestehen, von den Stimmungsmachern bis zu den Lokalblättern, aus genormten Versatzstücken. Die gestanzten Floskeln, mit denen das Thema dem Publikum unterbreitet wird, stammen so gut wie ausnahmslos aus den Wortfabriken derer, die das Stationieren der Raketen als die zweckdienlichste Friedenssicherung ansehen oder ausgeben. Man kann es nachlesen von Flensburg bis Passau.

Damit ist der erste, der wichtige Schritt getan. Alle bundesrepublikanische Erfahrung lehrt, daß ein Thema, das erst einmal von dieser Seite auf die Begriffsschiene gesetzt worden ist, auch zur vorbestimmten Endstation gebracht wird. Die Leitartikel, wenn es in Genf so weit ist, ließen sich schon jetzt formulieren, von Hof bis Aachen: eine Mischung aus Entschlossenheit und beschwichtigender Hoffnung, daß es nun, vom erreichten neuen Gipfel der Wappnung aus, leichter mit den Verhandlungen sein werde. Das wird dann so weitergehen - solange es noch weitergeht. Von den Mittelstreckenwaffen in jedem Wortsinne abgelenkt, entgeht der breiten Öffentlichkeit derzeit, daß sich Neues auch bei den atomaren Kurzstreckenwaffen anbahnt.

Der Raketen-Wahlkampf, von den Parteien anfangs gefürchtet, dann so, wie er geführt wurde, als angebliche Mutprobe vor den Wählern absolviert, ist tatsächlich überwiegend eine Veranstaltung gewesen, auf der die Westdeutschen an die Raketen mehr gewöhnt wurden. Null-Lösung als Kohls Ideal und Strauß' sehr begründeter Zweifel; Zwischenlösungen als Auftakt zu weiteren Verhandlungen, und wenn diese zehn Jahre dauern; Abschreckung, wie die anglikanischen Bischöfe und wie die katholischen sie verstehen, und wie wir sie brauchen (in diesem Falle die Abschreckung), aber doch kleiner, abgestufter, mittlerer gestalten müssen: beim Diskussionsthema Abschreckung - wohin ist die Logik exiliert? Man möchte ihr folgen.

Für die meisten Wähler kann das Thema in diesem bunten Bukett aus vielen Aspekten nur mehr und mehr verschwunden sein, auch harmloser geworden. Die Unterstellungen, die in diese in Zusammenhang gegen die Sozialdemokraten und ihre Kontakte mit Moskau erhoben wurden, Altvertrautes für jeden Erwachsenen mit Erinnerung in diesem Land, haben die Raketenfrage auch noch in jene Ecke gedrängt, in der Sachen abgehandelt werden, an die man nicht recht glauben möchte, aber wo man doch nicht ganz genau weiß: Parteiensache eben; man kennt das ja von den Flick-Spenden.

Wahr scheint mir zu sein, daß sich Hans-Jochen Vogel und die SPD redlich bemüht haben, die Frage nach der Stationierung der Pershing argumentativ in die Auseinandersetzung mit Strauß und Genscher hineinzutragen. (Von den Grünen kann ich das nicht sagen. Ich erinnere mich an einen grünen Fernsehspot, in dem fröhlich entschlossene Männer und Frauen ein Schild an die Gartentore nagelten und so ihre Reihenhäuser zu atomwaffenfreien Zonen erklärten.) Aber das, was für die SPD wie ein Rettungsring aussah - Entscheidung erst auf dem Parteitag im Herbst -, ist auch ein Halseisen gewesen. Da man niemanden aus den eigenen Reihen auf seine alten Fehler so festnageln wollte, daß er seine Rechtfertigung in den Medien der anderen gesucht und leicht gefunden hätte, konnte man nur zögernd halblaut von einer *Sicherheitspolitik oberhalb der Waffensysteme* sprechen. Zur überfälligen *Repolitisierung* des Problems der europäischen Sicherheit hat man zwar, was nicht wenig ist, den Mund gespitzt, aber kaum gepfiffen.

So wenig es überraschen kann, muß es dennoch, banal hin, banal her, ausgesprochen werden, damit unser politisches Bewußtsein schließlich nicht nur noch aus einer Glaubwürdigkeitslücke besteht: In einer Gesellschaft, die Fernsehen mit der Herstellung von Öffentlichkeit verwechselt, ist der Wahlkampf nicht länger die Gelegenheit für richtiges Fragen und Antworten. Wohin sind wir gekommen, wenn, weil Wahlkampf ist, beispielsweise ein Angebot der DDR, veranlaßt von einem schwedischen Vorschlag, ihr Territorium in eine atomwaffenfreie Zone Mitteleuropas einzubringen - wenn dies

keine der gestanzten Abrüstungsfloskeln mehr ablöst, wenn es keine *rationale Phantasie* in unserer Sicherheits- und Deutschlandpolitik mehr freisetzt?

Die Aussichten für den Tag nach der Wahl sind, sogar vom Wahlausgang abgesehen, nicht gut. Die westdeutsche Friedensbewegung wird von der Gewaltfrage gesprengt werden, die sich ihr stellt, wenn die Raketen in Bremerhaven an Land gebracht werden. Die Formulierung *gaullistischer Antworten im Rahmen der Blöcke,* die Europa braucht, wird auf Denkgewohnheiten stoßen, die in ihrer Erstarrung zum Fürchten sind. Die Mechaniker des *Waffengleichgewichts ohne politischen Sinn* lassen mich rückschließen auf die Denkabläufe innerhalb des antiken Weltbilds: Wenn man die Erde für eine Scheibe hält, ist alles logisch, was die Nachrüster sagen. Der Vergleich soll die intellektuelle Schwierigkeit kennzeichnen, in der wir stecken. Dennoch müssen wir überlegen, wie wir die Raketenfrage am 7. März stellen.

Konkret 03/83, S. 66

Peggy Parnass

Von Hanf ist die Rede

Hans-Georg Behr, der Autor des Haschisch-Readers »Von Hanf ist die Rede«, und sein Freund Eckard Dück müssen sich in zweiter Instanz wegen des Besitzes von knapp 16 Gramm dieser Soft-Droge verantworten. Dabei wird zwar auch von Hanf geredet, gemeint ist jedoch etwas ganz anderes. Es geht darum, einen unbequemen Journalisten loszuwerden. Peggy Parnass hat die Gerichtsverhandlungen beobachtet.

Seit gut fünfzehn Jahren kann man über ihn und von ihm lesen. Zuerst über ihn, den Autor und Regisseur an verschiedenen Staatstheatern. Dann Satirisches von ihm. Später seine Beiträge in der »Zeit« und im »Stern«, wo er Redakteur war. Kolumnen im »Spiegel«. Reportagen in »Geo« und »TransAtlantik«. Inzwischen füllen seine Sachbücher schon eine halbe Regalbreite in meiner Wohnung. Nun steht sein Name seit drei Monaten auf der Anschlagtafel des Landgerichts Hamburg.

Es wird wegen Rauschgift verhandelt. Aha! Hans-Georg Behr hat ja auch als Drogentherapeut gearbeitet. Ist er also eine Neuauflage von Dr. Jekyll/Mr. Hide? Aber auch das ist es nicht. Da wurde zwar etwas Haschisch gefunden, aber nicht bei Behr, sondern bei - »seinem Mitbewohner«. Der Vorsitzende Richter Horstkotte spricht das Wort mit spitzer Zunge aus. Die eine Schöffin bekommt einen roten Kopf, die andere schaut betreten zur Gipsplattendecke - HansGeorg Behr lebt seit zwölf Jahren mit einem Mann zusammen.

Aber deshalb landet man doch nicht mehr vor Gericht. Behr und sein Freund Eckhard Dück sitzen wegen Besitzes von Betäubungsmitteln da. Genau: wegen 9,55 Gramm Haschisch und 6,339 Gramm Marihuana. Eine doch sehr kleine Menge, sollte man meinen. Aber sie reicht für jede Menge Justiz. In erster Instanz, auf sieben Monate verteilt: drei Verhandlungstage für Dück und siebzehn für Behr. Nun sitzen beide schon dreizehn Verhandlungstage vor der zweiten. Das wäre selbst für einen Mordprozeß beachtlich.

Die paar Gramm »Shit« allein können es nicht sein. Sind es auch nicht. Behr hatte schon früher mit Drogen zu tun, aber anders, als es das Gericht hier gern hätte. 1980 veröffentlichte er das Buch »Weltmacht Droge«, 320 Seiten Bilanz über das Geschäft mit Opiaten. Er konnte nachweisen, daß die weltweite Heroinproduktion mit Hilfe deutscher Chemikalien betrieben wird (was inzwischen auch von UNO-Experten bestätigt wurde). Er zeigte, daß Heroin eine harte Währung für Länder wie Pakistan, Thailand und Taiwan wurde. Und er versuchte, etwas Licht in die Grauzone von Geheimdiensten und Waffenschiebern zu bringen - die Zone, in der das große Heroin zu großem Geld gemacht wird.

Deshalb landet einer natürlich noch nicht in Hamburg vor Gericht. Hans-Georg Behr ging weiter, versuchte, in die geheimen Mysterien der Freien und Hansestadt einzudringen. 1980 zeigte er einen Herointransport an , der gerade aus Hongkong unterwegs war. Er nannte, im Polizeipräsidium, Empfänger und einen weiteren Abnehmer. Nichts geschah. Denn der Abnehmer war ein ehrenwerter Geschäftsmann der Stadt, 43mal vor Gericht freigesprochen. Jetzt, überraschend, sitzt er seit einigen Monaten in Haft, wobei ihm nun US-Drogenfahnder genau dasselbe vorwerfen wie Behr, dessen Anzeige damals schnell und folgenlos zu den Akten gelegt wurde.

Aber deshalb wird heute selbstverständlich nicht gegen ihn verhandelt. Doch Behr ging noch weiter. Er begann, über Prostitution im Sperrgebiet Hamburg-St. Georg zu recherchieren. Frauen vom Steindamm und Männer vom Hauptbahnhof erzählten ihm von ihren Arbeitsverhältnissen, die sie mit zwei Zivilfahndern hatten. Unter welchen Bedingungen sie geduldet wurden, wie sie als Informanten arbeiten mußten, was sie dafür bekamen. Einen der Stricher, Dieter H., befragte er ausführlich, denn der hatte zugegeben, als V-Mann zu arbeiten. Um einen Zeugen zu haben, nahm in Behr zum Interview mit in seine Wohnung, wo Eckhard Dück mithören konnte. Vier Tage später, am 27. Juni 1980, splitterte Behrs Wohnungstür. Mit gezogenen Pistolen standen die beiden Zivilfahnder, hinter denen er her war, vor ihm.

Nun wohnte Behr zwar nicht in ihrem Revier, doch sie hatten gewichtige Gründe: Angeblich hatte Behr ihrem V-Mann genau 0,328 Gramm Haschisch zum Kauf angeboten. Und dann sollte in der Wohnung noch eine gewaltige Haschischplatte liegen. Der Verdacht größter Kriminalität lag nahe - schließlich hatte Behr ja 1969 auch das berüchtigte »Haschisch-Kochbuch« geschrieben und kurz vor der Polizeiaktion, mit einem unübersehbaren Schild, an einer Demonstration für die Entkriminalisierung dieses Stoffes teilgenommen. Gefahr im Verzug... Tatsächlich wurden bei Dück die bereits erwähnten Krümel gefunden, deren Besitz er sofort zugab. Dück sagte aber auch, Behr habe nichts davon gewußt. Er habe im Gegenteil sogar gebeten, kein Haschisch mehr in der Wohnung aufzubewahren, damit er bei seinen heiklen Recherchen nicht gefährdet werde.

Während die beiden in ihren Zellen auf die Vernehmung warteten, wurde ihre Wohnung noch mal durchsucht. Dabei wurde wieder etwas gefunden, unter anderem sogar ein Klumpen Opium. Dafür verschwand auch etwas: Behrs Aufzeichnungen aus St. Georg, die neben der Schreibmaschine lagen.

Es mag ja unvorsichtige Kollegen geben, ich kenne einige. Obwohl Hans-Georg Behr dann schon besonders unvorsichtig gewesen sein müßte: Als Österreicher kann er ja wegen sowas aus der BRD ausgewiesen werden. Das wäre sein beruflicher Ruin als Journalist. Und auch als Therapeut ist man nach so einem Verfahren erledigt.

So ein Verfahren? Art und Dauer würden einem Terroristenprozeß zur Ehre gereichen. Nein, hier geht es ganz deutlich nicht mehr um die paar Krümel, die Eckhard Dück besessen haben will. Hier geht es mit allen Hämmern und Keulen der Justiz gegen einen Journalisten, der lästig geworden ist.

In erster Instanz wurde Behr zu 15.600 Mark Geldstrafe verurteilt, dazu etwa 25.000 Mark Verfahrenskosten, weil er »hätte wissen müssen, daß in seiner Wohnung Betäubungsmittel aufbewahrt wurden«. Und er hätte auch, so die mündliche Urteilsbegründung, »als Drogenfachmann und Therapeut jemanden, von dem er weiß, daß er gelegentlich Haschisch raucht, sofort zur Anzeige bringen müssen«. Wieder einmal rufen Amtsrichter nach Hiwis und Denunzianten.

Der Staatsanwaltschaft war diese Strafe zuwenig, den Angeklagten zuviel. Schließlich erhielt Dück in seinem kurzen Prozeß zehn Monate aufgebrummt. Also sieht man sich vor dem Landgericht zum gleichen Spiel in neuer Besetzung.

Hans-Georg Behr hat sich inzwischen mit einem weiteren Buch unbeliebt gemacht. »Von Hanf ist die Rede« heißt es und enthält alle Fakten über das verbotene Zeug, von dem bei uns täglich 800 Kilo verpafft werden. Behr informiert auch über Markt- und Polizeimethoden und legt sich natürlich mit den Hütern der offiziellen Drogenpolitik an.

Außerdem schreckte der Österreicher nicht davor zurück, sich - pünktlich zur Bonner Wende - mit. seinem rororo-Bändchen »Alles Kohl« am deutschen Nationalgewächs zu vergreifen. Ein wahnwitziges Häschen, das alle Jäger des Reviers zur Jagd geladen hat.

Nun sitzt er also da, in der zweiten Instanz. Das Gesicht des Vorsitzenden ist ein beeindruckendes Farbenspiel, er ist überdeutlich nervös. Die erste Instanz hatte keine gute Presse. Und einen bekannten Drogenfachmann hat man, als Drogenrichter, auch nicht alle Tage vor sich sitzen. Nur Staatsanwalt Bunkowski lehnt sich zurück wie zum Fernsehen. »Die Angeklagten werden durch die Aussagen der Zeugen überführt«, heißt es in der Anklageschrift.

Solche Verheißungen erinnern an Poker. Da muß der Staat schon ein sehr gutes Blatt in der Hand haben, wenns ernst wird. Sonst müßte er ja im Zweifel für den Angeklagten... Also mal sehen.

Es tritt denn auch gleich der Hauptbelastungszeuge auf, Dieter H., 24, beruflich Stricher am Hauptbahnhof. Vom ersten Eindruck her bringt er keine ansehnlichen Geschäftsvoraussetzungen mit. Aber vielleicht hat er andere Qualitäten, zumindest als Zeuge. Schade, daß er kein hörbares Wort herausbringt. Auch das Gericht versteht ihn nicht. Nach einer Weile läßt sich zusammensetzen: die beiden Zivilfahnder hätten ihn aufgefordert, von Behr eine Probe Haschisch zu besorgen. Einfach so? »Einfach so.« Ohne irgendeine Zusage? »Einfach so.« Und Sie haben sich darauf eingelassen? »Na klar.« Und dann waren Sie in der Wohnung? »Nee, nur vor Tür. Hab gesagt: Ich brauch 'ne Probe.« Und dann? »Dann hat mir der Behr das Haschisch mit einem Messer von einer großen Platte abgebrochen,« Und dann? »Dann hab ich das den Beamten gegeben und bin nach Haus gegangen.«

Fünf Minuten darauf schritten die Zivilfahnder zur Amtshandlung. Die besagte Haschischplatte wurde zwar nicht gefunden, doch vom Zeugen später einwandfrei identifiziert - ein Ziegelstein, der vom Elternhaus Behrs stammt und als Erinnerung in der Wohnung herumlag - Richter und Staatsanwalt haben keine weiteren Fragen.

Anschließend sind erst einmal die beamteten Zeugen dran. Zwei Herren vom Rauschgiftdezernat konnten keine Anhaltspunkte dafür sehen, daß Behr von dem Haschisch in seiner Wohnung gewußt habe. »Das bedeutet nichts«, sagt der Staatsanwalt, denn nun kommen die beiden Zivilfahnder.

Ich habe schon oft Polizisten als Zeugen gesehen. Erhebend war es nie. Die beiden hier aber sind ein vorläufiger Rekord in der Diskrepanz zwischen menschlichem und amtlichem Erinnerungsvermögen. Als Behr hinter ihnen her recherchierte, nannte er sie fast liebevoll »meine POMse«. Nun schlagen sie zurück.

Behr und Dück sollen, beide mit arabischen Flatterhemden, über den kräftigeren der beiden hergefallen sein, ihn zu erwürgen versucht haben. In der ersten Instanz wars noch dramatischer, da sagte der eine: »Er hat auch die Hunde auf uns gehetzt.« Die Hunde sind tibetische Wollknäuel, bequem in einer Einkaufstasche zu verstauen. Ja, und das Haschisch habe »überall in der Wohnung herumgelegen. Ganz offen. Also in Dosen versteckt.« Das wissen die beiden Zeugen ganz genau, und bei allen weiteren Fragen versinken sie tief in ihren Erinnerungslücken.

Man darf sowas nicht übelnehmen. Die Polizei, vor allem in Hamburg, ist überlastet. Hauptsache, die Beamten sagen die Wahrheit. Bei einem wölbt sich die Tasche. Anwalt Maeffert will wissen, ob er die Dienstpistole mithabe. »Natürlich nicht.« Fünf Minuten später rutscht sie ihm aus der Tasche, und nun kommt eine lange Erklärung, warum er vergaß, sie zu vergessen.

Und dann die Geschichte mit »Bild«. Die POMse haben, zwei Jahre ist's her, ihre Version des Falles Behr einem Mann von »Bild« erzählt. Also nein, doch nicht. Sie haben nur gesagt, vor irgendeinem Hamburger Gericht finde irgendein Prozeß statt. Mehr nicht, wirklich nicht. Warum dann die Geschichte in »Bild« stand, mit Details, die nur in ihrer Akte auftauchen, wissen sie nicht.

Das war der fünfte Verhandlungstag. Dieses Verfahren hängt mir zum Hals heraus. Keine Aussage paßt zur anderen. Keine einzige ist auch nur in sich stimmig. Das Gericht nimmt sie alle widerspruchslos hin, unerschütterlich in seiner Absicht, sie für wahr zu halten, soweit sie belasten. Es wird nur noch in allerkleinsten Portionen verhandelt. Das Interesse im Publikum und auf der Pressebank soll abstumpfen, kleingeschrotet werden. Ein bekanntes System, zuerst in Stammheim mit Erfolg erprobt.

Zeuge H. tritt wieder auf. Die Verteidigung beantragt, das Gericht möge auf H. als glaubwürdigen Zeugen verzichten. Der Staatsanwalt hält dagegen: »Es kommt nicht auf die Glaubwürdigkeit des Zeugen an, sondern auf die Glaubhaftigkeit seiner Aussage, soweit sie den Angeklagten Behr belastet.« Das Gericht beschließt, H. noch für glaubwürdig zu halten.

Behr argumentiert, von dem aufgefundenen Haschisch sei einiges unterschoben worden, verlangt eine genaue Untersuchung nach Gewicht und Fingerabdrücken. Das Gericht lehnt ab, stellt aber das Verfahren hinsichtlich einiger Fundsachen ein. Die Verteidigung stellt eine Lawine von Anträgen, die allesamt zurückgewiesen werden. Manchmal mit origineller Begründung. Eine Akte über eine weitere Denunziation des Strichers H. wird nicht beigezogen, »weil die Polizei sie nicht herausgeben will und sie daher unzugänglich ist.«

So quält man sich in kleinsten Schritten zum zehnten Verhandlungstag. Was am Anfang noch unter Höflichkeiten verpackt war, liegt nun offen. Der Ton ist bösartig geworden. Auch rechtsstaatliche Umgangsformen wurden längst fallengelassen. Die Verteidigung hat wieder einen Antrag gestellt. Der Staatsanwalt meldete »ernsthafte Bedenken« an, »die ich aber heute nicht formulieren möchte«. Nun ist es soweit, und er sagt: »Ich beantrage, den Antrag als unzulässig zurückzuweisen.« Das war's. Und dazu mußte vertagt werden. Das Gericht zieht sich zur Beratung zurück. Nach einer Viertelstunde legt Richter Horstkotte einen seitenlangen Ablehnungsbeschluß vor, viele Literaturzitate, sauber getippt und fotokopiert. »Das haben Sie doch nicht jetzt gemacht«, sagt Behr. »Natürlich nicht«, meint fröhlich der Richter. »Das hatten wir schon vorbereitet.« Als Behr darauf wissen will, ob auch das Urteil schon vorbereitet sei, bekommt er eine Ordnungsstrafe angedroht. Dieses Gericht legt Wert darauf, als Organ objektiver Wahrheitsfindung respektiert zu werden.

»Ich hab das schon verstanden«, sagt Behr, als wieder einmal ein Antrag abgelehnt wird. »Es ist ja ganz einfach, mich fertigzumachen. Der Staatsanwalt legt hierher ein Stück Haschisch, setzt dorthin zwei Angeklagte und überläßt es dem Gericht, dazwischen eine Beziehung herzustellen.«

Da muß ich lachen. Sofort brüllt mich der Richter an: »Ich werde Sie gleich aus dem Saal werfen lassen. Sie haben hier ruhig zu sitzen und nichts zu bemerken.« Wie lange soll das so noch weitergehen? »Ich weiß nicht, vielleicht bis zum Sommer«, sagt der Richter fröhlich.

»Im Namen des Volkes« wird das Urteil lauten. Was hier läuft, wird »Beweiswürdigung« heißen. Alles wird begründet werden, als wäre hier alles rechtsstaatlich. Hans-Georg Behr wird verurteilt werden, weil das Gericht der Ansicht sein wird, er hätte wissen sollen, was er nach Angaben seines Lebensgefährten nicht hätte wissen können. Das Gericht kennt sich eben in den Jackentaschen des Herrn Dück besser aus. Dafür - und das Gericht läßt da keine Zweifel aufkommen - soll Behr verurteilt werden. Eine saftige Geldstrafe plus Verfahrenskosten. Anschließend, als normaler Verwaltungsakt, Einreiseverbot in dieses unser Land.

Dafür? Das glaubt nicht einmal das Gericht. Amtsrichter Soltmann, Behrs erste Instanz, sprach es einmal aus: »Wer über solche Sachen recherchiert, muß eben mit Unannehmlichkeiten rechnen.«

Konkret 03/83, S. 70

Kulturnotizen

Querfunker in der Offensive

Zu einer ersten öffentlichen V eranstaltung wollen sich Betreiber und Freunde der alternativen Freien Radios am 16. April im Erlanger Redouten-Saal versammeln. Der Veranstaltungsort ist mit Bedacht gewählt, denn gerade der Erlanger Sender Radio Querfunk hatte bisher besonders unter den Schikanen von Polizei und Post zu leiden.

Offensichtlich haben die linken Radio-Piraten jetzt also das Versteckspielen satt, stellen sich der Öffentlichkeit und bauen auf die Unterstützung von Prominenz aus den etablierten Medien: Sympathisanten aus den Funkhäusern, Publizisten und Wissenschaftler werden einen Freien Rundfunkrat bilden. Alexander Kluge, Robert Jungk, Henning Venske und viele andere haben ihre Beteiligung bereits zugesagt.

Wichtigstes politisches Anliegen der Erlanger Veranstaltung (zu der auch Pop-Größen erwartet werden) ist die Abgrenzung der Freien Radios von den Privatfunkplänen rechter Medienpolitiker. Motto: »Kein Kommerz auf Megahertz« .

Karikaturistisch

Nur so aus Jux hatte sich ein 25jähriger Altenpfleger eine Comic-Figur von Gerhard Seyfried über sein Foto im Personalausweis geklebt (ganz vorsichtig, mit Fotoecken), und jetzt ist er vorbestraft. Denn eines Tages geriet er in der Faschings-Hochburg Nürnberg in eine Polizeikontrolle. Die Beamten fühlten sich getroffen, denn die Rückseite des Foto-Ersatzes zeigte Seyfrieds vertrottelten Stotter-Bullen, der schon in einer ganzen Sponti-Generation Freude aufkommen ließ. Der Altenpfleger erhielt einen Strafbefehl über 375 Mark, weigerte sich zu zahlen, und schließlich reagierte die Nürnberger Justiz wie man es von der Nürnberger Justiz erwartet: Amtsrichter Rühl (»Strafe muß sein! «), verurteilte den Täter zu 130 Mark Geldstrafe. Und zwar nicht nur wegen Beamtenbeleidigung, sondern auch wegen Urkundenfälschung. Ein Ausweis sei »nicht dazu da, darin karikaturistisch tätig zu werden.« Helau.

RIAS ideal

Der jüngste Hit von »Ideal«, »Keine Heimat«, ist so antiamerikanisch, daß die Gruppe damit auch im ZDF auftreten kann. Nicht jedoch im Berliner US-Sender RIAS. Ein Vers wie »Wer schützt mich vor Amerika« wäre dann doch ein bißchen viel Pressefreiheit. Trotzdem fragte »Ideal«-Manager Conny Konzack beim RIAS an, warum der Song boykottiert werde. Hier die Antwort von Programmdirektor Kundler, der Professor ist und trotzdem falsch zitiert: »Ihr Titel 'Keine Heimat' unterscheidet sich hinsichtlich der musikalischen Einfallslosigkeit und des Schwachsinns des weitgehend unverständlichen Textes nicht von vielen anderen Produktionen dieses Genres. Die ... Textzeile 'Keine Heimat schützt uns vor Amerika' würde bei der Mehrheit der Hörer unseres großen Sendebereichs als politischer Unsinn verstanden werden...«

Seifenbücher

Daß man Bücher wie Waschmittel vermarkten kann, zeigt in diesen Wochen wieder einmal der Droemer Knaur Verlag (mit einem Werbeetat von 400.000 Mark sollen bis zum Jahresende 200.000 Exemplare des neuen Simmel-Romans verkauft werden). In Großbritannien wird nun vorgemacht, wie man Bücher mit Waschmitteln vermarktet. Auf 30 Millionen Persil-Paketen und anderen Schachteln der Firma Lever wirbt derzeit der Penguin-Verlag für seine Bestseller. Und wer Waschpulver-Coupons sammelt, bekommt ein Buch umsonst.

Jetzt schon Privat-TV

Schon im April wird es in der Bundesrepublik privates Fernsehen geben. Jedenfalls in Rheinland-Pfalz, im Saarland und im Süden von Nordrhein-Westfalen. Diese Gebiete erreicht der Fernsehsender von Radio Luxemburg (RTL), der sein deutsches Programm zunächst mit einer Sendestunde täglich (sonntags anderthalb) aufnimmt. Ab 17.30 Uhr werden »Nachrichten-Shows«, Sport, eine TV-Serie, ein kleines Kinder-Programm und natürlich Werbung geboten. Das ganze ist als Probelauf und »Spielwiese« (so RTL-Chef Thoma) für das Luxemburger Satelliten-Fernsehen gedacht, das ab 1985 rund 15 Millionen deutsche Kunden erreichen soll.

Haig zum Film

Alexander Haig geht dahin, wo sein Ex-Chef Reagan herkommt -.nach Hollywood. Der ehemalige US-Außenminister, NATO-General und Kriegsverbrecher wurde in den Verwaltungsrat des Film-Multis Metro Goldwyn Mayer-United Artists berufen. Dort soll er - so die offizielle Mitteilung - durch seine in den vorherigen Ämtern gewonnenen Beziehungen die Expansionspläne der Firma fördern.

Die Platten-Lüge der SPD

Wenn Schmidt eine Platte rausbringt, setzt er sich immerhin selbst ans Klavier. Wenn Vogel eine LP veröffentlicht, stimmt nicht mal der Titel: »Wo Hans-Jochen Vogel mitsummt«. Zwar wurden die Musikstücke mit dem Biedersinn des Wunschkonzertredakteurs einer öffentlich-rechtlichen Anstalt ausgewählt, aber nirgends gibt es auch nur ein Hintergrundsgegrummel des Kanzlerkandidaten.

»Nach einem 16-Stunden-Tag«, so heißt es auf der SPD-Wahlkampf-Platte, hört Vogel 32 Minuten und 34 Sekunden lang dies (von Süden nach Norden):

La Montanara, Tölzer Schützenmarsch, Wildschütz Jennerwein und Nordseewellen. Die B-Seite kommt klassisch: Mozarts Klavier-Sonate A-Dur (aber nur der türkische Marsch, von wegen Mitsummen), Rosenkavalier und Gefangenenchor aus Fidelio.

Auf der Innenseite der Plattenhülle (die Grafik ist ein Zugeständnis an modernere Stilrichtungen) erfahren wir von den Folgen solch pluralistischen Musikangebots. Dort wird nämlich vorgeführt, »was Hans-Jochen Vogel alles vergißt, wenn er seine Musik hört«. Und das ist so ziemlich alles, woran ein zukünftiger Bundeskanzler denken sollte: Strauß (nicht Richard), Kohl und Atomraketen, dumme (Wähler-?)Schafe und sogar das Zähneputzen.

Das ist aber alles nicht so schlimm denn Vogel vergißt bei seiner Musik auch den 6. März...

Die Platte kostet übrigens zehn Mark, und der Erlös »hilft, die großen Aufgaben der SPD mitzufinanzieren«. Wer das - wie die Werbe-Texter - »für einen guten Zweck« hält, bekommt mit der LP seine gerechte Strafe.

Zitat

»Diesen Ideologen, die in der Oper nur Luxus für höchstens 10 Prozent der Bürger sehen, habe ich geantwortet: Auch die Krankenhäuser sind ja nur für die Kranken da, nicht für alle.«

Joachim Klaiber, ehemaliger Generalintendant in Kiel anläßlich seiner Auszeichnung mit dem Kunstpreis des Landes Schleswig-Holstein

Konkret 03/83, S. 72

Hermann Sülberg

Leben in einer walischen Welt

Sie haben keine natürlichen Feinde. Wenn sie das Maul aufmachen, schwimmt ihnen die Mahlzeit einfach rein. Sie haben Lust am Leben und Lieben. Sie sind intelligent und friedlich. Sie helfen verwundeten Partnern und schützen ihre Jungen. Sind Delphine und Wale die besseren Menschen?

Der Mensch sagt, ich bin der Größte, und als Beweis führt er meistens sein Gehirn an. Das nämlich sei größer und komplizierter als das aller anderen Lebewesen. Selbst seinem nächsten Verwandten, dem Primaten, dem so menschenähnlichen Affen, habe der homo sapiens ein ganzes Stück voraus: die substantia nigra, die Schwarze Gehirnsubstanz.

Aber der Wal hat sie auch. Der Delphin auch. Jede Sorte von denen. Alle Tiere der Ordnung »Cetacea« mit zwei Unterordnungen (Barten- und Zahnwale), 38 Gattungen und 92 Arten haben sie. Jeder »Moby Dick« im weiten Ozean, jeder »Flipper« im engen Delphinarium des nächsten Zoos, alle haben sie das, was wir an uns, rein hirnorganisch, für so einzigartig halten.

Wissenschaftler wie Laien stellen an diesem Punkt gern und trotzig die süffisante Frage, ob denn ein Wal die Streichholzschachtel oder die Mondrakete erfunden, oder auch nur einen einzigen Zeitungsartikel geschrieben habe. Mal davon abgesehen, ob sie das überhaupt für erstrebenswert halten, sind unsere Kenntnisse über die Evolutionsgeschichte beider Lebewesen immerhin so weit, daß wir nachvollziehen können, warum sie das nicht getan haben.

Wal und Mensch stammen aus derselben Ur-Soße, dem Ur-Ozean, und vom gleichen Ur-Raubtier ab, das sich dank abfallendem Wasserspiegel an Land entwickeln konnte. Durch »Mutation«, »Rekombination« und »Selektion« entstanden die unterschiedlichsten Lebewesen, zum Beispiel der Mensch. Ein Teil der Ur-Raubtiere, der Creodonten, kehrte ins Wasser zurück, weil auf dem noch recht wenigen Land (heute auch nur 30 Prozent der Erdoberfläche) der Platz und das Futter knapp wurden - aus diesen Rückkehrern wurden die Wale. Das muß man sich vor mindestens 40 Millionen Jahren vorstellen, was sich sowieso keiner vorstellen kann.

Dem Menschen ist diese Abstammung vom Ur-Tier heute noch gut anzusehen: Vorder- und Hinterbeine, Säugetier, den Mund voller Zähne des Allesfressers, ziemlich behaart. Dem Wal sind weniger Merkmale geblieben: ein paar Härchen am Maul, Säugetier, nur der Cetaceen-Embryo hat noch Ansätze von Hinterbeinen und Vorderpfoten, und sieht dem menschlichen Keimling nicht unähnlich.

Beide Lebewesen haben sich ihrem Element ziemlich ideal angepaßt, so, daß sie sich darin ordentlich bewegen, ernähren und fortpflanzen können. Im Wasser braucht man wenig Fingerfertigkeit zum Überleben, sondern Flossen, ein großes Maul, eine isolierende Fettschicht, das Nasenloch sollte oben auf dem Kopf sitzen, um gemütlich ein- und ausatmen zu können. An Land wären Menschen wie Tiere mit Flossen und ohne Beine ziemlich aufgeschmissen. Gelenkige Finger und eine aufrechte Haltung, mit der man nach Nahrung Ausschau halten und gegenüber Feinden Eindruck schinden kann, sind besonders vorteilhaft, machen einem das Überleben einfacher. Wer sich jedoch gegen futterneidende Konkurrenz längerfristig durchsetzen will, muß auch etwas Grips entwickeln, um nicht wie ein Dinosaurier zu enden - groß und doof ist zuwenig. Menschen waren darauf angewiesen, kräftigere Tiere gemeinsam zu jagen, oder sich gegen sie zu verteidigen. Dazu mußten sie Strategien entwickeln, darüber mußten sie sich verständigen können. Wer da nicht mitkam, blieb sitzen, verhungerte, starb aus. Die Eierköpfe, jene mit den größeren Gehirnen, die überlebten - das ist »Selektion«, die Auswahl der am besten Anpassungsfähigen.

Als unsere Vorfahren, als »Australopithecinae« noch auf den Bäumen saßen, reichte ihnen ein halber Liter grauer Zellen im Schädel. Nachdem sie als »homo erectus«, die »Aufrechten«, die 700 Kubikzentimeter-Marke überschritten hatten, fingen sie an zu reden, Werkzeuge und Waffen zu basteln. Heute haben wir, der eine mehr, der andere weniger, ein 1300er-Gehirn, soviel wie der Hubraum eines alten VW-Käfers. Das scheint zu weiterem Überleben, wenn nix dazwischenkommt, erst mal auszureichen, da wir üblicherweise nur etwa zehn Prozent der Kapazität unserer Gehirnzellen ausnutzen.

Wir benutzen sie hauptsächlich dazu, Informationen zu speichern, aus der Summe der Kenntnisse und Erfahrungen mehr oder weniger logische Schlüsse und angemessene Entschlüsse zu ziehen. Gelegentlich kommt es auch mal vor, daß einer Informationen ungewöhnlich kombiniert, und so auf neue Ideen kommt.

Aber das Wichtigste: unser Informationssystem ist super. Unsere Hände haben es uns möglich gemacht zu zeichnen und aufzuschreiben, was wir gedacht, erfahren, gelernt haben. Wieviele Steinzeitmenschen wären mehr von Bären gefressen worden, wenn nicht einer der Kollegen auf die Felswand geritzt hätte, wie man einen Bären erlegt. Er hätte es auch erzählen können, aber dann hätte es nur die Hälfte begriffen. Und wie weit wäre unsere Welt heute, ohne gedruckte chemische Formeln und physikalische Gesetze, wenn sich jeder auf die mündliche Überlieferung seines Opas verlassen müßte.

Unsere Intelligenz ist in erster Linie Bildung. Für wie intelligent halten wir einen, der nicht lesen und schreiben kann und den Satz des Pythagoras nicht kennt? Unsere Intelligenz ist eine kulturelle Intelligenz. Wer in einem christlichen Damenkränzchen in einem mitteleuropäischen Cafe als schlau gelten will, muß andere Sachen im Kopf haben als ein nepalesischer Bergbauer beim hinduistischen Tempelfest - sonst benimmt er sich tierisch daneben.

Also, genug der Nabelschau, zurück zu den Walen. Wie deren Evolutionsgeschichte verlief, wissen wir nicht so genau, können aber feststellen, was heute ist: das Walhirn ist so kompliziert und so groß wie das unsere, oder sogar größer - Pottwale haben fast zehn Liter »Denkraum«.

Ziemlich unklar ist noch, wozu diese Tiere eine gewaltige Schaltzentrale brauchen. An der Körpergröße liegt es nicht. Zum Rumschwimmen, Jagen, Fressen, Saufen, Fortpflanzen und den lieben Poseidon einen guten Mann sein lassen, dazu ist es zu groß, da gibt es nicht viel zu schalten, da reicht dem Hai im gleichen Element ein erbsengroßes Hirn. Beim Wal muß mehr dahinterstecken als die Steuerung alltäglicher Überlebensbedürfnisse; denn darüber sind sich alle Evolutions-Theoretiker einig: ein solch komplexes Gehirn entwickelt sich nur, wenn es auch gebraucht wird. Verdammt nochmal, wozu?

Die Lebensweise der heutigen Flußdelphine liefert einen Anhaltspunkt. Während der tropischen Regenzeit treten die Flüsse über die Ufer, schlammige, undurchsichtige Wassermassen breiten sich über weite Landstriche aus, und die Delphine schwimmen mit. Auf der Jagd nach Fischen entfernen sie sich oft kilometerweit vom eigentlichen Flußbett. Sie müssen in der Lage sein, genaue topographische Karten zu entwerfen und im Gedächtnis zu behalten, wenn sie beim Abfließen des Wassers nicht in eine Falle geraten wollen. Hierzu bedarf es räumlichen Vorstellungsvermögens und eines großen Erinnerungsspeichers. Jene Bereiche des Wal-Gehirns, die der Verarbeitung von Sinneseindrücken dienen, sind besonders ausgeprägt entwickelt. Die motorische Kontrolle dagegen, die die Körperbewegung steuert, beansprucht wenig Raum.

Das ist beim Menschen anders. Durch die Entwicklung der feinmotorischen Hand wird hierfür mehr Platz im menschlichen Gehirn benötigt. Wodurch ein logisch denkender Mensch auf den unangenehmen Verdacht stößt: Die Wale haben in ihrem Hirn viel Platz für zwischenwalische Beziehungen und sinnliches Erleben, für Humor, Einfühlungsvermögen, Objektivität und emotionale Selbstkontrolle - mehr als wir.

Dazu kommt, daß die Cetaceen vermutlich bereits vor 30 Millionen Jahren eine Entwicklungsstufe ihres Gehirns erreichten, die der homo erectus erst vor einer Million Jahren schaffte. Dies veranlaßte den amerikanischen Psychiater und Ökologen Sterling Bunnell zu der Frage, »ob dieser Umstand etwas über den jeweiligen Grad an Feinheit, Komplexität und Ausgeglichenheit der mentalen Strukturen bei diesen beiden Lebensformen aussagt«.

Es ist äußerst schwierig, das Verhalten von Walen und Delphinen in Freiheit zu beobachten. Entweder schwimmen sie davon, oder sie spielen mit dem Schiff, tanzen und blödeln um es rum, eine ernsthafte Arbeitsatmosphäre ist nicht herzustellen. Sie kümmern sich einen Scheißdreck um den Ehrgeiz der Wissenschaftler.

Wir erfahren meist nur zufällig Neues. Wenn sich eine ganze Walherde an einen Strand treiben läßt und nicht mehr ins Wasser zurückkehren will, werden sie zwar alle auseinandergenommen, aber als Ergebnis bleibt nur ein Schulterzucken und eine hilflos-menschliche Erklärung: Selbstmord.

Pottwale können mindestens tausend Meter tief tauchen, was wir feststellen, wenn Tiefseekabel zur Reparatur hochgeholt werden und ihre Leichen dranhängen, sie hatten sich darin verheddert und waren ertrunken.

Wale sind hilfsbereit. Wird einer schlecht harpuniert und kann sich verletzt losreißen, nehmen ihn zwei andere Tiere in ihre Mitte, stützen ihn mit den Brustflossen, damit er ruhig atmen und sich erholen kann, manchmal tagelang.

Wird ein Wal richtig getroffen, bleibt sein Partner während des Sterbens oft bei ihm, für die Walfänger quasi als Beigabe. Wird ein Leittier erwischt, kann die ganze Schule, die ihm zuhilfe eilt und nicht von seiner Seite weicht, abgeschlachtet werden. Wir nennen das dummen Herdentrieb, sie vielleicht Hilfsbereitschaft und Solidarität.

Die Wissenschaftler haben mit Hilfe der Walfänger eine Menge Daten gesammelt. Formen und Größen aller Arten sind festgehalten, die Dicke der Fettschichten, die Länge der Mägen, die Gewichte der Hoden und Eierstöcke sind fein säuberlich registriert, die Knochenfestigkeit gemessen, das Blut analysiert, die Gehirne seziert - alles x-tausendmal. Ein Mitarbeiter des »United States Fish and Wildlife Service« ließ mit Genehmigung der Regierung 316 unter Naturschutz stehende Grauwale töten, um eine »Lebensgeschichte der Grauwale« zu schreiben. Wir wissen viel über tote Wale.

Über ihre Lebensweise konnte seit 1938 etwas mehr in Erfahrung gebracht werden, als die »Marine Studios« in Marineland in Florida eröffnet wurden und der erste Delphin in Gefangenschaft geriet. Er war aus militärischem Interesse eingefangen worden, denn die Marines der U.S. Army fühlten sich unbehaglich, weil da ein Lebewesen rumschwimmt, das ein besseres Ortungssystem zu haben scheint als ihre U-Boote. Was inzwischen auch bewiesen, aber nicht ganz begriffen wurde und unnachahmlich blieb.

Delphine, und vermutlich auch alle anderen Wale, orientieren sich mit einem Echo-Peil-System, sie hören Bilder. Und zur Verständigung untereinander produzieren sie mit Maul und Blasloch, ohne Stimmbänder, klickende, knarrende und

pfeifende Töne mit Schwingungszahlen bis zu 200 Kilohertz. Die Fledermäuse bringen es auf halb so hohe Frequenzen, wir hören gerade zehn Prozent davon, und »Delphinisch« klingt für uns wie das Quietschen eines ungeölten Scharniers.

Die Stimme des Blauwals reicht unter Wasser mindestens 150 Kilometer weit und entspricht auf der Tonleiter exakt dem eingestrichenen C. Der Buckelwal bringt ganze Gesänge von halbstündiger Dauer zustande, mit einer dank der Frequenzbreite für uns unvorstellbaren Tonvielfalt. Und er wiederholt sie auch in einer Präzision, als ob er vom Blatt sänge. Die Großen Tümmler und andere Delphine reagieren mit ihrem Echolot auf ein Bleikügelchen, das in ihr Element fällt, oder registrieren gar, wenn jemand einen Teelöffel Wasser in ihr Becken träufelt.

Als mehrere Delphine oder kleine Wale in Ozenarien zusammen gehalten wurden, war zu erkennen, daß sie sich, auch über die Arten-Grenze hinweg, miteinander unterhalten. Sie sprechen sich gezielt an, lassen sich meist gegenseitig ausreden, melden sich immer mit dem gleichen Erkennungssignal, mit einem »Namen«, den sie seit Geburt haben und als Baby noch unvollkommen auspfeifen. Es gelang mehrmals, sie mit Hilfe von Unterwasser-Mikrofonen, installiert in verschiedenen schallisolierten Becken, telefonieren zu lassen. Sie fassen sich sogar kurz, wenn sie feststellen, daß die Leitung nicht so lange eingeschaltet bleibt. Und wenn am anderen Ende eine Delphinstimme vom Tonband quäkt, hören sie nach kurzer Zeit auf, weiter zu pfeifen, weil die Kommunikation keinen Sinn ergibt. Sie wissen wohl nicht, was ein Tonband ist, merken aber, daß der Gesprächspartner nicht richtig tickt und klickt.

Mediziner und Meeresbiologen spekulieren ernsthaft, daß die Wale mit ihren Ultraschallwellen, die wir in der Medizin zum Beispiel zur Diagnose von Organveränderungen einsetzen, mehr erkennen, als das äußere Erscheinungsbild. Seelisch-körperliche Veränderungen, wie sie bei sexueller Erregung, Angst, Niedergeschlagenheit, Aufregung oder beim Lügen auftreten, können sie möglicherweise nicht voreinander verheimlichen. Das wäre eine qualitativ entschieden höhere Kommunikation als die unsere.

Selbstverständlich haben Menschen versucht, Delphinen die englische Sprache beizubringen. Manche lernten, in einer Art Micky-Maus-Sprache, einzelne Worte und halbe Sätze zu sagen. Wurden die während der Übung mitgelaufenen Tonbänder später mit wesentlich verminderter Geschwindigkeit abgehört, war festzustellen, daß die Worte sehr bald wiederholt worden waren. Für die menschlichen Ohren und Gehirne waren sie nur zu schnell und in zu hoher Frequenz ausgesprochen. Und die Tiere hatten bald keine Lust mehr, ein nichtssagendes Wort dauernd wiederzukäuen, was sie ihrer Meinung nach schon konnten. Sie schienen kommunizieren und nicht nachplappern zu wollen. Einige Forscher kamen darüber ins Grübeln; immerhin hatten die Tiere einige Worte Englisch gelernt, sie selbst aber kein Wort Delphinisch.

Der Amerikaner Malcom Brenner hat es mal versucht, ließ sich von dem Delphin-Weibchen »Ruby« ins Wasser locken. Sie schnatterte ihm einen Laut wie »kiii-oorr-uupp« mehrfach vor, ermunterte ihn mit kräftigem Kopfnicken, beobachtete ihn konzentriert, »sie machte mit mir genau das, was ich vorher mit ihr gemacht hatte«. Es dauerte ein Weilchen, bis ihm ein ähnlich klingender Laut gelang, »und als sie merkte, daß ich begriffen hatte, geriet sie außer Rand und Band, fuhr mit eifrigem Ja-ja-Nicken durchs Becken, war äußerst erregt und offenbar voller Freude«.

Die Cetaceen haben den Menschen schon zu allen Zeiten Rätsel aufgegeben - bevor die christliche Schöpfungsgeschichte in Umlauf gesetzt wurde, womit der Mensch einen Freibrief bekam, die Erde als seinen Selbstbedienungsladen zu betrachten; vor der Bibel also hatte unsere Art noch ein anderes Verhältnis zu den Tieren.

In den altgriechischen Mythologien mischten sich die Götter noch öfter in Tier-Gestalt unter ihre Schäflein. Apollo und selbst Gottvater Zeus schlüpften gerne in das Kleid des Delphins, denn der war den Menschen damals schon sympathisch und gleichermaßen mysteriös. Dionysos und Eros und Aphrodite ritten auf ihnen über die Meere.

Später, als die Menschen im neunten Jahrhundert anfingen, die Wale zu jagen, gab es immer wieder Schilderungen, daß selbst die abgebrühtesten Walfänger nicht davor gefeit waren, gelegentlich von einer gewissen Ehrfurcht vor ihrem Opfer erschüttert zu werden. So berichtete 1899 der Engländer Frank T. Bullen von Bord des Pottwal-Fängers »Cachelot«, wie ein Muttertier harpuniert worden war und auch während des Todeskampfes ihr fünf Tage altes Junges beschützend mit einer Flosse festhielt: »Einmal, als ein tiefdringender Stoß in die tiefsten, edlen Teile drang, hob sich ihre riesige Schwanzflosse hoch in die Luft in einer scheinbar unwillkürlichen Bewegung der Todesangst. Aber selbst in diesem schrecklichen Schmerz erinnerte sie sich der möglichen Gefahr für ihr Junges und legte die riesige Waffe so sanft nieder, als wäre sie ein Federfächer. So starb sie in vollkommener Ruhe mit kaum einer Krümmung noch irgendeinem Zeichen von Unruhe und hielt das Kalb an ihrer Seite fest, bis ihr letzter Lebensfunke geflohen war, und überließ es einem leichten Tode mit einem einzigen Lanzenstoß. Kein Schlachten eines Lammes sah jemals mehr wie Mord aus.«

Und Erich Dautert schilderte vor fünfzig Jahren in seinem Buch »Auf Walfang und Robbenjagd« ein beklemmendes Erlebnis: »Es sind jetzt über acht Stunden vergangen, seit der Schuß fiel. Über acht Stunden schleppt uns jetzt das todwunde Tier über die See. Es ist grotesk und bedrückend zugleich, so von einem lebenden Wesen über das Meer gefahren zu werden, einen müßigen und sinnlosen Weg von über hundert Meilen. Man kann wohl nichts dazu tun, als abwarten, bis diese gigantischen Kräfte dort vorne sich erschöpft haben.«

Das Buch »Moby Dick« ist mehr als die Geschichte eines verrückt gewordenen Kapitäns, der gegen einen wildgewordenen weißen Pottwal kämpft. Der Schriftsteller Herman Melville meinte nicht nur, daß Gott eines Tages als Wal auf die Erde zurückkehren würde. Er machte sich auch schon 1851 Sorgen, ob der Wal »eine so wilde Jagd und einen so erbarmungslosen Vernichtungsfeldzug übersteht, oder ob er nicht schließlich ausgerottet wird.«

Der Grönlandwal, der Norkaper und andere Glattwale sind bereits zu Zeiten der Segelschiffahrt auf einen Bestand dezimiert worden, der diesen Art ein Überleben fast unmöglich machte. Blauwal und Buckelwal, möglicherweise auch Finn- und Seiwal, überlebten nur länger, weil die Segelschiffe zu langsam waren, sie zu erwischen. Inzwischen hat die Dampfschiffahrt »evolutionäre Selektion« mit ihnen gespielt.

Demnächst sind die Moby Dicks dran. Der Pottwal ist der letzte noch erhaltene Wal von größerem ökonomischen Interesse. Er ist der einzige Produzent des sogenannten Ambra, einer aus Kot und unverdauten Stoffen bestehenden grauschwarzen Substanz, die zuerst so stinkt, wie man erwartet, mit der Zeit aber einen angenehm süßlichen Moschus-Geruch annimmt. Früher galt die Substanz als Mittel zur Potenzsteigerung, heute wird sie zur Parfümherstellung verwendet, was ja ähnlichen Zwecken dienen soll. Obwohl die Preise nach der Erfindung synthetischer Parfümgrundlagen gefallen sind, gibt es für das Kilo Ambra immer noch bis zu siebenhundert Mark.

Die Barten aus dem Maul des Blauwals wurden früher zu Korsett-Stangen verarbeitet, um die Damenwelt in Form zu halten. Heute dienen die Wale nur noch gelegentlich als Grundlage für Hautcremes, Schminke und Lippenstift. Ansonsten werden kinderquälender Lebertran, Schuhcreme und Schmieröl, Seife und Margarine, Hunde- und Katzenfutter aus ihnen gemacht. Als Fleisch für die menschliche Ernährung haben Wale noch nie eine große Rolle gespielt.

Um etwas gegen das weitere Aussterben der restlichen Walarten zu unternehmen, wurde 1946 von 17 Staaten die »Internationale Walfangkommission« gegründet. Doch dies ist kein Verein zum Schutz der Wale, sondern eher eine Vereinigung zur Wahrung der Interessen der Walfang-Industrie. Wenn die noch länger existieren will, muß sie etwas schonender mit Tieren umgehen, die nur alle ein bis zwei Jahre ein Junges liefern, das haben die Walfänger immerhin begriffen. Die Walfangkommission bestimmt auf undurchsichtige Weise jedes Jahr den weltweiten Bestand jeder Walart. Und sie genehmigt dann, von welcher Sorte oder bis zu welcher Körpergröße Wale abgeschossen werden dürfen. Dann werden erstaunlich viele Tiere harpuniert, die genauso lang sind, wie sie sein dürfen. Aber meist werden die genehmigten Quoten überhaupt nicht erreicht. Trotz Hubschraubereinsatz, Radar- und Echolotpeilung sind einfach nicht mehr so viele zu finden, wie diese Vereinigung zum Abschuß freigibt. Jede Wal-Art, die nicht mehr lohnt, gejagt zu werden, wird erst dann geschützt, wenn sie fast ausgerottet ist.

Einigen scheint etwas zu dämmern. Besonders in Kalifornien wurden Wal-Fan-Clubs und Wal-Schutzorganisationen gegründet. Einige arbeiten sehr ernsthaft und politisch, andere beschränken sich darauf, alle möglichen eigenen Sehnsüchte in diese Wesen reinzuträumen. Kein Wunder. Bis auf die Abschlachterei durch die Menschen scheint es denen ganz prächtig zu gehen. Sie sehen gemütlich aus und verhalten sich auch so, haben keine natürlichen Feinde, siebzig Prozent der Erdoberfläche sind ihr Revier. Manche Arten wandern jedes Jahr Tausende von Kilometern durch die Meere, von der Arktis bis zum Äquator, oder von dort zur Antarktis. Nur das Wetter, das heißt für sie die Wassertemperatur, begrenzt ihr Revier, läßt sie dorthin schwimmen, wo sich ihr Futter rumtreibt oder wo es warm genug ist, um die dünnhäutigen Kälber zu werfen. Manche Fische müssen zwar erst eingekreist werden, und eine Riesenkrake wehrt sich schon mal und hinterläßt mit ihren Saugnäpfen tellergroße Narben am Kopf eines Pottwales, aber sonst brauchen sie nur das große Maul aufzumachen, und die Mahlzeit schwimmt rein. Und vor allem, sie haben wohl eine tierische Lust am Leben. Und am Lieben.

Der englische Schriftsteller D.H. Lawrence (»Lady Chatterly«) in seinem Gedicht »Wale weinen nicht«: »Und sie wiegen und wiegen sich dort durch sinnliche, zeitlose Zeiten/über den Tiefen der sieben Weltmeere,/ und wirbeln durchs Salz in trunkenem Entzücken/und erschauern unter den Tropen in Liebesglut/und wiegen sich fort mit starkem, machtvollem Verlangen, wie Götter./Da lehnt sich der große Bulle gegen seine Braut/in der blauen Tiefe des Meeres,/wie ein Berg den anderen berückt, im Wohlgenuß des Lebens:/und aus dem inwärtigen Tosen des roten Walblutozeans/dringt hervor der lange Schaft, heftig wie der kreisende Maelstrom, und kommt zur Ruhe/in der Umarmung, im weichen, wilden Griff der grundlosen Tiefe des Leibes einer Walkuh./Und über die Brücke von des Wals kräftigem Phallus, der die Wunderwesen nun verbindet,/wechseln unter dem Wasser die brennenden Erzengel hin und her,/wechseln die Erzengel der Verzückung/von ihm zur ihr, von ihr zu ihm ... «

Da läßt sich für uns ein leichtes Gefühl der Mickrigkeit nur schwer unterdrücken. Daß es Lebewesen gibt, die schneller laufen, höher springen, länger tauchen oder eleganter fliegen können - damit haben wir uns abgefunden. Oder Apparate entwickelt, die uns mit scheinbarer Überlegenheit trösten. Aber mit unserem Gehirn und unseren Genitalien, mit unserem Bewußtsein und unserer Liebe, da sind wir unschlagbar, was anderes ist undenkbar, der liebe Gott könnte schimpfen.

Cetaceen scheinen das zu wissen, sie haben eine unverständliche Ehrfurcht vor dem Menschen. Sie fressen ihn nicht, selbst wenn er verführerisch vor ihrem Scheunentor-Maul herumpaddelt. Noch hat kein Delphin in Gefangenschaft durchgedreht,

uns unkontrollierbar attackiert, wie das selbst unsere besten Freunde, Katze, Hund und Pferd, manchmal tun. Sie haben Ertrinkende eher gerettet, als sie mit ihrer Schnauze zu stoßen, obwohl sie damit selbst Haie ins Jenseits rammen können. Sogar im Todeskampf in den Netzen japanischer Fischer, die Delphine »aus Notwehr« töten, weil die auch Heringe jagen, greifen sie ihre Schlächter nicht an. Keine Ahnung, was sie gegen jeden tierischen Instinkt und gegen jede menschliche Vernunft davon abhält.

Vielleicht sind Wale gütig, halten uns für etwas unterentwickelt und haben Verständnis für unser barbarisches Verhalten. Ähnlich der Nachsicht, die wir gegenüber durchgedrehten Tieren auch schon mal aufbringen, selbst wenn eine Dogge das Nachbarskind in den Hals beißt.

Unser Stolz, die menschliche Kreativität, ist wohl hauptsäch4 lich: das Undenkbare zu denken, etwas für möglich zu halten, selbst wenn wir es nicht oder noch nicht begreifen. Mensch versuche sich vorzustellen: er lebe nackt schwebend in seinem Element, müsse sich nicht aufrecht halten und laufe keine Gefahr, sich eine Rückgrat-Verkrümmung zu holen. Es sei genug zu fressen da, dank eines besonderen Kommunikations-Systems könne er leicht Kontakte schließen, intensiv Gedanken austauschen, Gefühle könnten und müßten nicht versteckt werden. Es seien immer genug Freunde da oder schnell hilfsbereit zur Stelle, seit Jahrmillionen gebe es keine natürlichen Feinde - es wäre leicht, gelassen und gütig zu sein. Und: keine Angst vor nichts und niemand - das ist Freiheit. Was wäre die menschliche Welt ohne menschliche Angst. Mag sein, eine walische Welt.

Es ist nicht so einfach, in diese Welt vorzudringen, einen Wal persönlich kennenzulernen. Nach Mitteleuropa verirrt sich höchstens mal, wie zuletzt 1966, ein neugieriger Weißwal im Rhein, schwimmt bis Bonn und kehrt, allen Fangversuchen von ehrgeizigen Zoodirektoren zum Trotz, nach einmonatiger Erkundung der dreckigen Brühe in den Atlantik zurück. Normalerweise muß mensch schon weit auf die Meere rausfahren, um einen Wal zu treffen - oder zum nächsten Zoo. Delphine sind zum festen Bestandteil der Unterhaltungsindustrie geworden, sie sind die idealen Live-Darsteller: viel action, immer gut drauf, keine Star-Allüren, mit rohen Heringen zufrieden, machen so ziemlich alles mit.

Die Mörderwale sind besonders gut im Geschäft, sie haben das Image eines Publikum-Fressers, das Gruseln erhöht den Umsatz und das Ansehen des Dompteurs. Dabei sind die Orcas, die Schwertwale, so gutwillig, daß sie sogar Menschen auf sich reiten lassen. In der »Sea World« in San Diego erträgt es einer gar, daß ein Mädchen auf ihm rumsteht und mit dem Sternenbanner winkt.

Der Hamburger Zoo hat sich auch einen Schwertwal besorgt, per Leasing-Verfahren. Auf dem Weg zum Delphinarium muß man an zwei Kassenhäuschen vorbei und 14 Mark berappen. Selbst hier hängt ein Zoologen-unwürdiges »Mörderwal«-Plakat über der Tür. Drinnen, am Beckenrand, steht ein schnauzbärtiger Herr ganz in Weiß, die Haare ordentlich gefönt, mit schwarzer Krawatte um den Hals, stolzgeschwellter Brust, einer 'Trillerpfeife im Mund - und einskommadrei Liter Grips im Kopf.

Da kommt ein junger, drei Meter langer Orca ins Vorführbecken gedüst, hüpft in die Luft, steht freihändig auf seiner Fluke, der querstehenden Schwanzflosse, Aug' in Aug' auf gleicher Höhe mit seinem »Herrn«, springt nach einem roten Ball, über einen blau-weißen Hindernis-Balken. Alles mit strahlender Miene und wahrlich walischer Lebensfreude - ein wunderschöner Kraftprotz. Mit einem Sechs-Liter-Gehirn, übrigens.

Am Ende der Vorführung wirft sich das Tier mit seinem ganzen Körper auf eine bereitgelegte knallrote Turnermatte am Beckenrand, verweilt ein Weilchen in unserem Element. Die Zuschauer wischen sich da Tränen der Rührung verstohlen aus den Augen. Aber kein Mensch springt ins Wasser.

Anlaß und Grundlage für diesen Beitrag war »ein Buch zu Ehren des Bewußtseins der Wale und Delphine« (so der Untertitel), das soeben im Verlag Zweitausendeins erschienen ist. Das großformatige Buch »Der Geist in den Wassern«, wurde von Joan Mclntyre zusammengestellt, hat 240 Seiten und kostet 25 Mark

Konkret 03/83, S. 82

Wolf Donner

ANTI-E.T.: Vom Himmel hoch

Einen erleuchteten Fingerzeig gab es schon. Einige Kritiker entdeckten, das E.T.-Poster imitiere eine bekannte Vorlage, Michelangelos sixtinische »Erschaffung Adams«. Daß auch die ganze Geschichte von der häßlichen Kaulquappe mit den klugen Bambi-Augen geklaut sein könnte, darauf kamen sie nicht.

Es ist aber so.

Der watschelnde Trauerkloß E.T. ist nicht nur der Valentino der Saison, nicht nur der Trost aller Häßlichen, Zu-kurz-Gekommenen und Zu-klein-Geratenen, die genau konstruierte Identifikationsofferte aller Schlaffis, Softis und Depris, latent schwul (Geknutsche mit EIliott!) und Transvestit, Öko-Freak (sammelt Kräuter!), Flug- und Funk-Experte, TV-süchtig und Alkohol-anfällig undsoweiter. Er ist Jesus.

Vom Himmel hoch, da kommt er her. Ein perfekt gemachter Stern zu Bethlehem verkündet die frohe Botschaft und lockt die Menschen an den Ort seines Erscheinens. Stille Nacht, heilige Nacht, Modern Times. Der Computer-Christus sorgt sich alsbald um Nächstenliebe, absolviert kleine Wunder, heilt Krankheiten mir nichts dir nichts mit Hand- (nein: Schrumpelfinger-)Auflegen, versammelt seine (Fahrrad-) Jünger um sich.

Wie sein großes Vorbild hat der arme kleine Heiland aus Schaumgummi, Kunststoff und Fiberglas Sehnsucht nach seiner himmlischen Heimat, und die bösen Menschen verhelfen ihm zur baldigen Rückkehr, sie töten ihn. O Haupt voll Blut und Wunden. Aber auferstanden von den Toten, aufgefahren gen Himmel, sitzt er zur Rechten Steven Spielbergs, von dannen er kommen wird: »E.T.« Teil 2.

Pseudo-religiöse Seelenmassage von Tolkien über den »Krieg der Sterne« bis zur »Unendlichen Geschichte« hat das Feld bereitet, die neue Infantilität dieses und vergleichbarer Schinken ist der richtige Appell an die neueste Stimmung im Westen, der unwiderstehliche Gefühlskitsch des cleveren Märchenonkels Spielberg öffnet alle Schleusen und geht dem Mega-Hit wie eine Flutwarnung voraus (E.T., die garantiert wirksame Heul-Vorlage). Und Eskapismus im Kinderzimmer ist 'in'.

Die meisten Kritiker versuchten, in dem dünnblütigen elektronischen Kaspertheaterstück selbst den Schlüssel zum Erfolg zu finden. Kaum einer gab zu, daß erst die Multi-Millionen-Dollar-PR-Kampagne und das internationale Medien-Ereignis mit Schneeball-Effekt die Gläubigen in aller Welt auf freudige Erwartung von Jesus E.T. Superstar getrimmt haben.

So übersah die Gemeinde der Anhänger, im Glauben blind geworden, die simpelste Erklärung für diese Rattenfängerei im großen Stil: daß die Erfindung der Story selbst 2.000 Jahre zurückliegt. Eine Heilsbotschaft, die solange ihre Attraktivität bewies, tut's immer noch einmal, in jeder Verkleidung, in jeder Krise. Bis hin zur eigenen Vergötzung, zum blasphemischen Ikonenkult wiederholt der kleine Plastik-Erlöser die alte, bewährte Geschichte.

Ein Copyright aufs Neue Testament gibt es nicht, und das Plagiat gehört zum Tugendkatalog der Filmindustrie. Man weiß das, aber man darf es nicht sagen. Ein Schriftgelehrter in Newport, den ein Jahr nach E.T.'s Niederkunft die Erleuchtung traf, entdeckte gleich 33 Parallelen zwischen der Quelle und ihrer neuen Vulgär-Version im Kino. Aber er wird wie ein Verleumder behandelt, ein Gerichtsbeschluß verbietet ihm die Verbreitung seiner Ideen; er stört den Tanz ums goldene Kalb.

»Ich bin immer bei Dir«, sind E.T.'s letzte Worte. Doch so sehr sie dem kirchlichen Segensspruch gleichen - sie spenden keinen Trost. Das ist eher die böse Prophezeihung, daß uns Steven Spielberg im Griff behalten wird.

Konkret 03/83, S. 82

Caroline Fetscher

ANTI-E.T.: Herzschmelze

Der Winter ist lau, aber die Herzen werden richtig warm. Alle Menschen fühlen mit, wenn die Robben »nachhause!« wollen, oder wenn es E.T. an den Pelz geht. Die Fähigkeit, zwischen lebendig und tot zu unterscheiden, wird uns systematisch aberzogen, so daß es »Bild am Sonntag« schon feiern muß, wenn Genscher erkennt: »Robben sind doch kein Stück Holz.«

Bei aller Verwirrung wundert es trotzdem, wie sich in dem anderen beliebten Großäuger so viele Menschen irren können und das Tote für lebendig halten. Würde man E.T. abhäuten wie ein Robbenjunges, dann könnte kein rotes Schneewittchenblut, unschuldig, in weißen Schnee sickern. Dann fielen ein paar zarte Drähte, ein kompliziert programmiertes CPU (Central processing unit) und etwas Styropor auf den Linol-Boden eines Hollywood-Studios. Oder aber: Dem faltigen Latex-Kostüm entstiege ein zwergwüchsiger Mensch und manchmal auch ein kleiner Junge, der ohne Beine geboren wurde (und übrigens inzwischen gestorben ist).

Jeder wußte von der Künstlichkeit des Monstrums mit den »Einstein-Augen«. Was aber kaum jemand davon abhielt, die Rührungstränen zu vergießen, von denen vermutlich jede etwa einen Dollar wert ist. Daß es da gewaltige Bedürfnisse gibt, ist oft analysiert wurden: Das vergessene Märchen, das Kindliche, die traumartige Wunscherfüllung, das Verdrängte drängt ans Licht, die Leute wollen es sehen, denn in ihrem wahren Leben darf es keine Gestalt annehmen.

Die Leute wollen es sehen und sie sehen: eine Figur, von der ich, bevor ich ins Kino ging, nur überschwenglich hatte schwärmen hören, sie sei das ES in Person, das da zu seinem Recht gelange.

Das Wesen trägt Züge von einem Embryo, einem Greis, aber auch Lurchenhaftes an Gesicht und Körper. Alle Lebens- und Wesenszustände, die unsere Gesellschaft ausgrenzt als unanständig oder unproduktiv, werden hier scheinbar heroisiert. So wäre also E.T. subversiv und brächte neben den Dollarmillionen durch den Haupteingang entfesselnde Wunschkraft aus einem Hintertürchen? Aber ich konnte im Kino nicht so recht gerührt sein, ohne zu wissen warum.

Eine andere Assoziation räumte mit der Niedlichkeit von E.T. endgültig auf. E.T. sieht nämlich wirklich aus, wie etwas bislang Verdrängtes, und soll auch wirklich dieses bisher Versteckte ans Licht bringen.

E.T. ist nackt, klein, verkrüppelt; seine Gestalt verwachsen, der Kopf übergroß, die Haut ledrig, aschfahl, wirkt versengt, die Augen übergroß, der Bauch aufgebläht, die Finger sind streichholzmager und schwärzlich. Sein totes Gesicht ist voll Jammer.

Vor Weihnachten, wenn in der Bundesrepublik Dritte-Welt-Zeit angesagt ist, zeigt das Fernsehen mitunter solche Wesen, die einem das Bewußtsein zerreißen können. Endlos lange Reihen von Kindergitterbetten in einem Hospital in Lima konnte man dabei vor kurzem sehen. In jedem Bett saß ein kleines graues Gespenst mit riesigen Augen. Die Glieder so dürr, daß Pfleger seine Schenkel mit Daumen und Zeigefinger umfassen können, die Bewegungen der spinnenartigen Finger langsam, wie in Zeitlupe, weil es mehr Kraft einfach nicht hat. Auch E.T. bewegt sich langsam, wie in Zeitlupe. Besonders die Finger, denn gerade die müssen ferngesteuert werden.

Wesen, die aussehen wie verhungerte Rhesus-Affenkinder, und bekanntermaßen Wesen, auf deren Kosten die westliche Halbwelt zu leben pflegt: Besser verdaut sich das, wenn es tief im Unterbewußtsein ist, verknüpft mit »niedlich, Kindsein, Traumland, weit weg, Extra-Terrestianer, gar nicht hier, ganz woanders ... «

Ähnlich ist es mit der anderen Zweitgestalt des niedlichen E.T. Als ein verkohltes zusammengezurrtes Bündel Fleisch und Knochen, woran nur der Kopf und die Augen erschreckend groß wirken, lagen die Bombenopfer der amerikanischen B52-Flugzeuge auf den Straßen von Hiroshima und Nagasaki, lebten sie scheintot noch Wochen, Monate und Jahre weiter. Ihren strahlenverseuchten Mutantenkindern wird E.T. vielleicht als Verwandter vorkommen. Wiederum andere sind in der Februar-Ausgabe von KONKRET gezeigt worden: Krüppelkinder, Folgen der amerikanischen Giftangriffe auf Vietnam.

Auch an diese Menschen-Opfer sollen wir uns gewöhnen. Wir werden es sogar müssen.

Das Entsetzen über die kommenden Katastrophen ist schon im vornherein beseitigt. Nicht nur das Äußere, auch das Innere von E.T. birgt die Wahrheit in reiner Form. Wo der Contergan-Junge die Rolle von E.T.'s Innereien übernimmt, um als heutiger Krüppel die Mutanten von morgen zu verkörpern, da ist nichts verschwiegen. Und neben dem Krüppel von morgen wird allgegenwärtig der Roboter von morgen existieren: die Mikroelektronik, die andere wirkliche Innerei von E.T.

Wir wissen alle alles, aber wir gucken weg: Der Roboter hat eine menschenähnliche Hülle, die menschenähnliche Hülle gleicht dem Gen-geschädigten Zukunftsmenschen, der wiederum ist einfach »süüß«.

Gründgens/Höfgen sagt in »Mephisto«: »Ich bin doch nur ein Schauspieler. Lale Andersen sagt in »Lili Marlen: »Ich singe doch nur ein Lied.« Und »E.T.« ist doch nur ein schöner Kindertraum, nur ein Film.

Konkret 03/83, S. 84

Kai Hermann

Mut und Wut

„Krieg und Frieden“, das neue Gemeinschaftsprojekt deutscher Regisseure, ist nach vielen Monaten Verspätung nun doch angelaufen. Was passiert, wenn das nicht mehr Denkbare konsumierbar gemacht wird?

Der Film sollte eigentlich gar nicht ins Kino. Alexander Kluge und Volker Schlöndorff packten das abgedrehte Material ins Archiv, nachdem der dritte im Kollektiv, Rainer Werner Fassbinder, nicht mehr da war. Dann kam den Künstlern der Journalist Stefan Aust zu Hilfe. Und nun ist das ambitionierte Kollektiv-Werk zum Thema »Krieg und Frieden« doch noch in den Kinos.

Das ist gut. Nur der Film ist so schlecht, wie es Kluge und Schlöndorff wohl schon frühzeitig geahnt haben. Jedenfalls, wenn man bei diesem Thema überhaupt nach formalen Kriterien urteilen darf. Gründlicher gescheitert als bei den beiden ersten Versuchen (»Deutschland im Herbst«, »Der Kandidat«) ist diesmal das Kollektiv-Experiment. Wenn es zwischen den ineinander geschnittenen Beiträgen der drei Autoren tatsächlich einmal Bezüge gibt, ist das wohl der pure Zufall. Gemeinsame gute Absicht macht noch kein Kollektiv.

Der Film macht vor allem klar, daß die Drohung dieses nächsten Krieges kaum noch in kunstvollen Zelluloid-Häppchen zu vermitteln ist. Die Sensibilität Kluges und die Inszenierungs-Kraft Schlöndorffs werden allemal erschlagen von der platt abgelichteten Realität.

Kluges Bilder aus den Schützengräben des Ersten Weltkriegs wirken da geradezu romantisch. Die von Heinrich Böll geschriebenen und von Schlöndorff gefilmten Visionen vom Restleben nach der Apokalypse beweisen nur, wie peinlich es sein kann, wenn Phantasie das nicht mehr Denkbare konsumierbar macht: Dialoge und Bilder zwischen Kabarett und Kitsch.

Vorher hat Aust den »Vater der Neutronenbombe« reden lassen. Im Wohnzimmer skizziert der mit flinken Strichen die Wirkung seiner Erfindung, die einen Grundwert der freien Welt schütze: das Eigentum. Natürlich glaubt der »Vater«, daß sein Ding auch benutzt wird. Allerdings nur in Europa. Krieg habe es da immer gegeben. Nein, seine Gattin tangiere das alles nicht. Die habe den Kopf voll mit Tennis und Haushalt. Und seine halbwüchsigen Kinder bestätigen fröhlich, nichts beschäftige sie weniger als Papas Job und seine Erfindung.

Nach solchen dokumentarischen Szenen, und es gibt einige davon im Film, bleibt künstlerische Aufbereitung des Schreckens eben krampfiges Bemühen. Allerdings zeigen auch die beiden Filmemacher, was dokumentarische Bilder können.

Da hat Schlöndorff die Staatenlenker beim »Gipfel« von Versailles gefilmt. In den wenigen Minuten, die sie sich vor den Fernsehkameras der Weltöffentlichkeit präsentierten. Die Perspektive seiner Kamera ist nur wenig anders als die der TV-Nachrichten-Profis. Er ließ nur nicht aus, was jede routinierte Cutterin der Anstalten auch ohne Anweisung des Redakteurs in freiwilliger Selbstkontrolle wegschnipselt.

Es blieben eindrucksvolle Bilder von der Hohlheit dieser Macht-Repräsentation. Bilder, die die Lüge entlarven, die allabendlich über den Bildschirm kommt. Bilder, die den resignierten Zynismus eines Journalisten enttarnen, der wider besseres Wissen Tag für Tag die PR-Darstellungen der potentiellen Krieg-Macher zur politischen Nachricht verfälscht.

Die einzelnen Szenen aus der verpfuschen Kollektiv-Kollage rechtfertigen den Kinoeinsatz des zuvor schon archivierten Materials. Sie erfüllen auch die erklärte Absicht der Autoren: nicht lähmende Angst vor einem Welt-Holocaust zu verbreiten, sondern Wut und Mut zum Widerstand zu machen.

Ein mißlungener, sehenswerter Film also. Gezeigt wird er im Kino. Denn das ZDF hat sich zwar an den Produktionskosten beteiligt, wird das Recht zur Ausstrahlung aber kaum in Anspruch nehmen. Immerhin, so gut ist der Film.

Konkret 03/83, S. 88

Stefan Hinz

Blind und stumm

Niemand will es wahrhaben: Hiroshima ist überall. Zwei Bücher stören die allgemeine Besinnungslosigkeit.

»Ein Champagnerumtrunk beendete Kohls Besuch beim Sicherheitsrat in New York« (Tagesschau). Der Kongreß tanzt, der Kanzler lacht, mal sehen, wann gestorben wird. So lassen wir uns also unser vom Rundfunkrat definiertes Informationsbedürfnis befriedigen; mit einem Satz, der Nichtiges suggeriert, wo Vernichtendes der Gegenstand ist. Nun, daß dieser deutsche Mann in fernem Land gern einen trinkt, das ist sein Recht. Unser Recht ist es zu fragen, auf was er denn dort anzustoßen hatte; und mit wem.

Ein Prosit hat er sich zugerufen mit dem Mann, der uns vor der ganzen Welt sagen durfte, ohne Scheu: »Das Schlachtfeld des nächsten konventionellen Krieges ist Europa und nicht die Vereinigten Staaten.« Caspar Weinberger. Wir hören ihm zu; besinnungslos. Wir haben das Verleugnen gut gelernt und Weinberger hat, was medienpolitisch eine Glanzleistung ist, den Nachweis geführt, daß die Duldsamkeit aller (Fernsehteilnehmer und Zeitungsleser) noch viel größer ist als er hoffen durfte. Die Opfer von morgen sind durch nichts zu beeindrucken.

Der Medienpartner dünkt sich kugelfest. Er hört, wenn überhaupt, der nächste Krieg sei konventionell, herkömmlich und damit nichts Besonderes. Vor einem Krieg, der uns wie ein üblicher Krieg überzieht, muß man keine Angst haben. Solche Katastrophen sind überlebt worden. Massenhaft. Und sollte es doch zu einem atomaren... Nein! Nennen wir es nicht beim Namen.

Auch die Illusion, gerade das Leben in der Metropole sei die Garantie für einen unmerklichen Abtritt, die selbstgewählte Nähe zum möglichen Explosionszentrum bedeute schönes Sterben ohne Schmerzen, ist jedem von uns eingepflanzt. Wenn es kracht, dann kracht es richtig. Aber wenn man will, kann man es ganz einfach vergessen. Doch, Sie werden sich vielleicht immer noch fragen: Wer ist man und was ist es? MAN sind Sie und ES - ist ganz schnell da. Schneller als man denkt. Vielleicht schon am Ende dieses Satzes. Sagen wir, JETZT. Nein? Na gut, Sie können weiterlesen. Es hat sich nicht gezeigt, und Sie wissen also immer noch nicht, was ES ist. Oder doch? Eines aber ist völlig klar: Wenn ES erst einmal unterwegs ist, dann kommt es auch, und dann geht ES Ihnen an den Kragen.

Daß Sie sich jetzt langweilen, gehört zu den Spielregeln. Ihre Phantasie braucht einen Kick. Hören Sie zu: » ... Als *er sich nachdem richtigen Weg umsah, hörte er jemanden im Gebüsch fragen: 'Haben Sie etwas zu trinken?' Er sah eine Uniform. Er dachte, es sei ein einzelner Soldat und näherte sich ihm mit dem Wasser. Als er ins Gesträuch eingedrungen war, sah er, daß es an die zwanzig Mann waren, alle in dem gleichen grauenvollen Zustand: Ihre Gesichter waren vollkommen verbrannt, die Augenhöhlen leer, die geschmolzenen Augäpfel waren über die Wangen hinabgeronnen... Ihr Mund war nur eine verschwollene, eitrige Wunde.«* Da haben Sie ES. ES ist nicht zu übersehen. ES ist zum Heulen, ES ist zum Fürchten, darum vergessen Sie ES ja auch so gerne. Wenn Sie aber lernen, mit der sog. Bombe mehr zu verbinden als Peng und Weg, wenn Sie begreifen wollen, daß die Lebenden die Toten tatsächlich beneiden werden, daß Sie krepieren und nicht schick im Blitz verdampfen, dann werden Sie vielleicht wach.

Zufällig, in irgendeinem Bücherladen, fällt mir »Hiroshima« in die Hand, der Bericht John Hersey's, zum ersten Mal 1946 im »New Yorker« veröffentlicht. Er beschreibt den Zustand jener japanischen Stadt, läßt Zeugen auftreten, die den 6. August 1945 und den Abwurf dieser ersten Atombombe erlebt haben, die ihren Konstrukteuren den Namen »Little Boy« verdankte (»Fat Man« traf am 9. August die andere Stadt, Nagasaki). Hersey, mit dem Instinkt des Amerikaners für eine gute Story, *die* Story, enthüllt die Bilder einer Zeit, die scheinbar vorbei ist, doch ihre Wiederkehr und Wiederholbarkeit ständig annonciert.

Nur wenige der Japaner wußten, was es mit der Bombe auf sich hatte. Sie phantasierten: *»Es war eine Art feinen Magnesiumpulvers, das von einem einzelnen Flugzeug über die ganze Stadt zerstäubt wurde, und als es mit den stromführenden Drähten des städtischen Kraftnetzes in Berührung kam, explodierte* ... « Während viele immer noch nicht begriffen hatten, weshalb ab 8 Uhr 15 alle Röntgenfilme der Stadt belichtet waren, weshalb in manche Treppenstufen die Schatten von Menschen eingebrannt waren, begann das Gras zu wachsen. *»Über allem, über den Trümmern der ganzen Stadt, im Rinnstein, längs der Flußufer, auf Ziegel- und Blechdächern, auf verkohlten Baumstämmen, über allem lag eine Decke von frischem, lebhaftem, saftigem, optimistischem Grün - es wuchs sogar aus den Fundamenten., zerstörter Häuser empor. Schon verbarg das Unkraut die Asche, und wilde Blumen blühten aus dem Skelett der Stadt. Die Bombe hatte die unterirdischen Organe der Pflanzen nicht nur verschont - sie hatte ihr Wachstum angeregt.«*

Lebten wir wie die Pflanzen, das Bergonie-Triboneau'sche Gesetz interessierte uns nicht, unsere hochgradig differenzierten Zellen freuten sich über jede Strahlung, die sie trifft. Aber der Pfarrer Tanimoto, die Frau Nakamura, der Arzt Dr.Fudji, der Jesuitenpater Kleinsorge, der Arzt Pr. Sasaki und die Angestellte Toshiko Sasaki erzählen uns, daß wir werden leiden müssen.

Daß der Count-Down längst läuft, daß Nachrichtenmeldungen seine Zeitsignale sind, daß der Übergang zum Untergang sich nicht vollzieht, sondern vollzogen wird, muß begriffen und gelernt werden. Die Geschichte der Kampagne, an deren Ende wir uns blind und stumm finden, ist die Geschichte einer induzierten kollektiven Amnesie, die Geschichte de r Unfähigkeit zu erkennen: Hiroshima ist überall. Unter dem Vorzeichen dieser lakonischen Behauptung protokolliert Günther Anders, der achtzigjährige Schriftsteller und Philosoph, die Zeit nach dem Abwurf dieser ersten Bombe.

Schon bevor Anders 1958 als Vertreter des, Kampfbundes gegen Atomschäden nach Japan reist, hat er sich mit dem Ruf nach »Atomaskese« exponiert und wird, Amerika ist da sensibel, für 'fraud' erklärt, verliert die Erlaubnis, »to step on American ground«. Doch auch auf deutschem Boden installiert sich schnell der »Klerus der Apokalypse«, fällt das »Kompetenzmonopol für den Untergang« an die Regierenden. Als der nicht nur Rosen beschneidende Kanzler besorgte Physiker abkanzelt, sie sollten sich statt um Politik lieber um ihre Laboratorien kümmern, entlarvt sich die »Phantasie- und Gewissenlosigkeit derer, die, so oder so gelaunt, über den herostratisch so verlockenden Einsatz der Raketen und damit über das Sein oder Nichtsein entscheiden können«.

Auf den lautlosen Terror der Gleichgültigkeitsbildung folgt der Kriegslärm. Zur Ausübung dieses Terrors braucht man Werkzeug. Bomben und Bomber, »monströse Katastrophengeräte« und Bomberpiloten. Aber der Täter kennt das Opfer nicht, das Opfer nicht den Täter. »Die Unsichtbarkeit von Schuldigen und Schuld« wird dazu führen, daß der atomare Krieg als »der haßloseste Krieg in der Geschichte« seinen Platz finden wird, und daß die Masse der Opfer, endlich begabt mit dem »Genie der Liebe«, Mitleid findet mit dem Täter dieser Tat.

Die »Girls of Hiroshima« schreiben einen »letter of sympathy and goodwill« an Major Claude Eatherly, den Mann, der das »go ahead«-Zeichen für »Little Boy« gegeben hat. Gestartet, die Werte der freien Welt zu verteidigen, ist er - anders als seine Offizierskollegen - am Elend, das sein Auftrag hinterließ, verzweifelt und aus seinem Kollektiv herausgekippt. Crewkumpan Joe Stoborik (wir werden es nie erfahren, welchen Namen er oder sie trägt, der die Bombe auf uns ...) empfand, da war er ganz und gar d'accord mit General Tibbets, seinem Chef, und dessen Chef, dem Präsidenten der Vereinigten Staaten: »No pangs of conscience«, keine Gewissensbisse. Truman, Jahre später einmal gefragt, was er in seinem Leben am meisten bereut habe, zögerte nicht lange zu bekennen, seine Frau, die habe er ruhig früher heiraten sollen. »Je maßloser die Taten, desto geringer die Hemmungen.« (Anders)

Als »hypermaniac« eingestuft verschwindet Eatherly wegen mehrfacher absurder Ladenüberfälle (er ließ die Beute stets zurück) unter dem Einfluß der Air Force in den Psychiatrischen Anstalten von Waco/Texas. Daß er nicht, wie die öffentliche Propaganda behauptete, als Wahnsinniger dummes Zeug redete, enthüllt der Briefwechsel, den Günther Anders mit Eatherly im Frühjahr 1959 aufnimmt. Die Briefe zeigen Eatherly als das Opfer einer »neuen moralischen Situation«. » In den Nächten quälen den ehemaligen Kampfflieger Ängste und Gesichte ... « Insulinschocks und Therazintabletten reichen nicht hin, ihm die verzerrten Gesichter der im Feuer von Hiroshima verbrennenden Menschen aus seinen Träumen zu ziehen. Eatherly schreibt: »Die Wahrheit ist, daß die Gesellschaft die Tatsache meiner Schuld einfach nicht akzeptieren kann, ohne gleichzeitig ihre eigene viel tiefere Schuld anzuerkennen.« In seinem Protestbrief gegen Eatherlys Internierung an den Präsidenten Kennedy, kommentiert Anders diesen Satz: »Glücklich die Zeit, in der Irrsinnige so reden, unselig die Zeit, in der nur Irrsinnige so reden.«

John Hersey: »Hiroshima«, 115 Seiten, AutorenEdition, 12 Mark

Günther Anders, »Hiroshima ist überall«, 394 Seiten, Beck-Verlag, 34 Mark

Konkret 03/83, S. 91

Diedrich Diederichsen

Viele bunte Ameisen

Die linken Liedermacher: Ein Rückblick auf die Singebewegung der sozialliberalen Epoche

Jetzt, wo es vorbei ist, darf man Rückschau halten. Jetzt, wo wir Kohl haben. Jetzt, wo es die große weiche, weite Friedensbewegung gibt, diese ideologische Heißmangel. Jetzt also, wo unsere Liedermacher, wie einst Vorbild Dylan beim Newport Festival 1965, zur elektrischen Gitarre greifen, um ihre richtigen Anliegen und von niemandem angezweifelten Wahrheiten mit noch mehr Megawatt zu verbreiten.

Dabei wollte dieser Protestgesang am Anfang gar nicht in die großen Arenen. Im Gegenteil: in Kneipen und Kellern wurden die Anliegen der Sechziger mit gutem alten Handwerkszeug, mit Klavier und Klampfe, in die deutsche Gemütlichkeit heimgeführt. Mit den Teufeleien der Kulturindustrie hatte man damals nichts am Hut - die Liedermacherei gab sich als linker Entwurf, wobei das Konzept aber tatsächlich reaktionäre Züge hatte, denn es war geschichtslos. Und noch heute kann die »Frankfurter Rundschau« in einer Liedermacher-Rezension die rhetorische Frage stellen: »Ist denn heute nicht genauso wahr wie 1848, daß ... «

Eben nicht.

Jede Gesellschaft kriegt die Kultur, die sie verdient. Die sozialliberale Gesellschaft der Siebziger war eine, die aus allen Löchern eines verkündete: Demokratie. Jeder darf mitmachen. Jeder, der den Mund aufmacht, wird gehört, macht mit, hat Anteil. Wer nicht fragt, bleibt dumm. Wehr dich! Sag deine Meinung! Dabei entstand ein Sprechen, das als vielfältig ausgab, was im Grunde nur eines war: das immergleiche Anti-Repressionslied.*

Und so sangen S ie dann über die Akkorde e-moll/C-Dur/D-Dur/G-Dur: »Fünfunddreißig Kinder sind zu viel für eine Klasse« oder »Wie öde ist eine Hochhausstadt/weil man hier keine Freunde hat« oder »Gammastrahlen für die Ewigkeit/in den Kassen der Konzerne klingelt das Geld«.

Der Liedermacher ist nämlich in der Regel ein aufmerksamer »Stern«-Leser (sehen wir mal von den Veteranen ab, die ihr Denken noch der klassischen Linken verdanken). In seinen Texten finden wir genau dieselben »Probleme« der Zeit wieder, die auch als »Probleme« die »mutigen« Leitartikel des »Stern« bewegen. Also das, was wir an der freien Meinungsäußerung in dieser wunderbaren Demokratie so schätzen. Nur, daß diese »Probleme« im »Stern« noch von der Aura der Aktualität zehren - frisch gefunden, frisch erfunden -, während sie beim Lied erst zur Gesinnung käsen müssen.

Der »Stern«-lesende Liedermacher mahnt und warnt, beschwert sich und klagt an. Er hat die Rhetorik des Kindes, das sich bei seinem Vater über vorenthaltene Spielsachen beschwert. Er singt mit der Stimme dessen, der sein gutes Recht einklagt, herbeinörgelt beim Vater Staat.

Er glaubt, es sei notwendig, das allgemein Bekannte auszusprechen, weil es ja immer noch einige gebe, die auch das allgemein Bekannte noch nicht kennen: »Ein KKW ist großer Scheiß/was schon jeder zweite weiß/Doch wir müssen allen sagen/keiner kann Uran vertragen.« Und wenn es dann alle hören, werden »Prozesse in Gang gesetzt«, so die optimistischen Herausgeber eines Liedermachersammelbandes. So der Mechanismus des Liedes, wie ihn sich der aufklärende Liedermacher vorstellt.

Unlängst gab es eine Sammelplatte mit dem bezeichnenden Titel »Sinnvoll und tanzbar« (sinnvoll wollten sie schon immer sein, tanzbar ist das Zugeständnis an die neue Zeit) in Form einer »Atomkraft - Nein danke!«-Plakette. Wird Künstlern des sinnvollen »Musikant«-Labels der EMI, wie etwa den sinnvollen bots, die Goldene Schallplatte verliehen, findet die Zeremonie nicht wie sonst üblich in der Chefetage mit Sekt und anderen Accessoires bourgeoisen Lebensstils statt, sondern in der Kantine. Die Verleihung übernimmt der Betriebsrat.

Aber auch die Leute, die normalerweise von Sinn, Vernunft und Wahrheit den Kanal nicht vollkriegen können, wollen ab und zu von etwas anderem hören. Dafür wurde in den Siebziger Jahren die Phantasie erfunden. Stifter dieser Religion sind vor allem Österreicher wie André Heller oder Arik Brauer, ihr Tempel ist der Zirkus Roncalli. Mit militanter Freude an Wiederholungen feiern sie das »Anderssein«: »Glaub nicht an das Winkelmaß«, singt der »träumende Romantiker« und »Surrealist« (ein Begriff, der im Kulturbetrieb für jeden Scheiß herhalten muß) Arik Brauer. Und: »Mal auf dein Tor den Schmetterling/die Blume und den Mond/und viele wunderliche Dinge ... « (Namensschild und Klingel sind ja auch langweilig).

Die Phantasievollen haben ein ganzes Kinderzimmer voller Metaphern zu bieten, wenn es darum geht, das hohe Lied des Individualismus zu singen, die eigene unangepaßte Persönlichkeit zu feiern und Feuerschluckern oder Zigeunern oder - natürlich! - traurigen Clowns zu huldigen. Wenn ich zum Beispiel André Heller zitiere, komme ich mir vor wie ein Denunziant: »ich bin eifersüchtig auf die sprache. sie ist eine nymphomanin, schläft daher mit jedermann, und ich hätte sie gerne für mich alleine.« Läßt man sich mal auf das eklige Bild ein, die Sprache sei die Geliebte derer, die sie sprechen,

dann muß man sich schon darüber wundern, daß sie sich mit einem einläßt, der sie derart roh behandelt. Denn eifersüchtig ist Heller nicht auf die Sprache, sondern vermutlich auf seine vielen bärtigen Schreiber- und Poetenkollegen.

Irgendwo zwischen dem Lyrik-Schmonzes, wie ihn das österreichische Kulturvolk so gerne pflegt, und aufgeklärter Gesinnung steht Konstantin Wecker, -ein wirklich großer deutschsprachiger Liedermacher, der unangefochtene King der Szene. Einer, der seine Texte ungestraft Elegien nennen darf und dem man sie als Taschenbücher verlegt. Berühmt wurde er durch den »Willy«, eine mit nachdenklichem Gestus vorgetragene Dialekt-Ballade gegen intolerante, gewalttätige faschistoide Spießer. Also wieder das gute alte »Stern«-Feindbild, wieder die Auseinandersetzung mit einem dieser Wunschgegner, die dem 68er-Gemütsmenschen geblieben sind.

Wer ist eigentlich für die mordlüsternen Spießer, die die »Willys« und »Andis« dieser Welt erschlagen und erschießen? Warum also soviel davon hermachen, daß man kein mordlüsterner Spießer ist und deren Tun verurteilt? Reduziert man dadurch die Anzahl mordlüsterner Spießer oder erhöht man die Zahl selbstgenügsamer Alternativmenschen, die sich in dem Bewußtsein sonnen, daß sie allesamt keine mordlüsternen Spießer, sondern friedliche Alternativmenschen. sind mit einer Toleranz wie Drahtseile?

Nur an mich denkt niemand. Wenn ich den Wecker mit Triefmiene sein »Meisterwerk« (so Liedermacherexperte Thomas Rothschild über den »Willy«) in einer TV-Sendung wie, sagen wir mal, »Litera-Tour« mit Reinhard Hoffmeister vortragen sehe, vor dreieinhalb Millionen ergriffener, zustimmender Alternativmenschen, werde ich zum mordlüsternen Spießer. Soviel billiges Rechthaben kann kein gesunder Mensch ertragen. Da tut man dann mit Absicht das Falsche, nur um nicht auf so einem kleinen gemeinsamen Nenner stehen zu müssen. Aber bevor ich Platten- und Bücherverbrennung spiele, höre ich lieber ein paar Takte Punkrock (»duffduffduff«), und alles ist vergessen, und ich habe sogar den Segen von Konstantin Wecker, sagt er doch: »Wenn dir was weh tut, /mußt du schreien.« Aua!

Anders die ganz alten Sänger, die Kommunisten. Die wissen, was sie wollen, müssen nicht auf Deubel-komm-raus Übereinstimmung produzieren, wo keine ist. Also die Kommunisten mag ich. Degenhardt und so. Auch wenn sie inzwischen völlig anachronistisch sind, sind sie doch wenigstens Zeichen besserer Zeiten. Und je starrköpfiger sie sich geben, je weniger sie sich revisionistisch mit der allgemeinen Friedens- und Kirchentagsgesinnung arrangieren, desto lieber habe ich sie. Leider leiden etliche von ihnen unter dem eigenen Anachronismus und der dazugehörigen galoppierenden Wirkungslosigkeit und versuchen Ausweichmanöver. Das heißt, sie suchen sich Schauplätze, wo die Widersprüche noch die alten zu sein scheinen. Vor ein paar Jahren war das zum Beispiel Chile.

Darüber hat ja eigentlich ein jeder dasselbe zu sagen. Ich meine, es liegt auf der Hand: ein faschistischer Putsch gegen eine sozialistische Regierung, unterstützt vom US-Imperialismus, der seine Kapital-Interessen in Gefahr sieht. Echt traurig, wirklich böse, voll Scheiße! Ich, mein Nachbar, meine Frau, meine Katzen, meine Kücheneinrichtung - wir alle denken vollkommen zu Recht: »Voll Scheiße!« Aber dann kommen nach halbjähriger Gärungszeit dreieinhalbtausend linke Liedermacher daher und singen nochmal: »Voll Scheiße!« Da gähnt der Kühlschrank und der Brotkasten schläft ein. Das ist das Problem mit den linken Liedermachern; ansonsten ist mir nichts lieber als ein Kommunist. Vorausgesetzt, er redet hochdeutsch und nicht so platt (im doppelten Sinn) wie Hannes Wader.

Zum Beispiel der Film »Missing« von Costa-Gavras zeigt, wie die Chile-Geschichte bewältigt werden kann. Er verteilt sie auf mehrere Charaktere, von denen einer, Jack Lemmon als biederer New Yorker, der seinen Sohn sucht, bislang dachte: »Voll gut«, daß die Roten weg sind. Auch »Missing« ist kein Meisterwerk, aber der Unterschied zu unseren Liedermachern ist doch bedeutend: Während die alle so tun, als hätten sie - lauter kleine Victor Jaras - persönlich im Stadion gesessen, holt sich dieser Film seine Wirkung, seine Intensität und Subjektivität aus einer guten, routinierten und einigermaßen distanziert ausgedachten Geschichte.

Der gefallene Engel unter den Kommunisten ist Wolf Biermann, der einzige Liedermacher deutscher Sprache, der jemals mehr war als einer, der den Konvertierten predigt. Wie nämlich Dylan war Biermann, mag er sich bei dieser Bezeichnung auch hoch so sehr winden, ein Pop-Star. Und Pop-Stars sind ja die letzten Instanzen der Kunst, die noch etwas bewegen, verrücken. Wie Dylan vereinte Biermann nämlich mehrere bis dahin unvereinbare Kulturen und Systeme in einem System, knallten in seinem Image andere Images zusammen: Erstens Vollprolet, Hamburger, Populist, Sexist, Draufgänger; zweitens: Kommunist, Sohn eines Kommunisten und bis obenhin voll revolutionären Pathos, wie es ihn hierzulande nirgendwo gab; drittens: Er lebte in der DDR und griff sie von links an, Kronzeuge für heranwachsende Linke, die sich gegen den Eltern-Satz »Geh doch nach drüben« zu wehren hatten; viertens hatte er neben Brecht und Arbeiterkultur mit DDRler-Neugier noch den Blues, Bob Dylan und US-Kultur gefressen, und das war unschlagbar.

Als er dann in den Westen kam, verließ er das Podest, kam, wie in der Liedermacher-Kultur immer wieder gefordert, von seinem Sockel herunter, und das war sein Fehler. Star sein, verunsichern, Gehirne bewegen und dergleichen kann man nämlich nur unter Ausnutzung strategischer Vorteile. Für die BRD-Medien-Kultur gab Biermann diese Vorteile auf und gehorchte dem Imperativ der sozialliberalen Drög-Kultur, sich mit »Kumpel« und »Du« anreden zu lassen. Er wurde wie

Franz Beckenbauer »einer von uns«, lobte Lindenberg und dessen Einfluß auf die Jugend, und seine Virilität und sein Pathos schmeckten in »Talk-Shows« wie »Autor-Scooter« nur noch schal.

Schal wie jodelnde Volkstanztrupps mit sozialkritischen Texten (»Das nächste Stück haben wir den 'Anti-Startbahn-Schuhplattler' genannt. Wir wollten damit zeigen, daß der Widerstand gegen die da oben und ihre Startbahn hier in Unterbayern schon eine Tradition hat seit den Bauernkriegen, als der Luther ... «). Aber bei aller Kumpelei feiern sie dann ständig das Anderssein, das Unangepaßte, das angeblich für diesen Staat so schwer zu verknusen ist. Wie können wir denn alle Kumpel sein, wenn wir alle anders sind?

Ganz einfach! Dafür wurde schließlich die PHANTASIE erfunden und an die Macht geholt. Die PHANTASIE sorgt für ein tolpatschiges, ungefährliches Anderssein, das keinen Kumpel verstört. Die vielen andersartigen Kumpel haben einfach ein Volk von bunten Ameisen gegründet. Jeder so anders, daß alle gleich aussehen und ein Gang durch das Uni-Viertel weniger unterscheidbare äußere Merkmale ans Licht fördert als ein Besuch der Hamburger Börse. Die Konvention des Unkonventionellen hat da eine Kultur geschaffen, deren Liedermacher-Halfzware-Welt genauso rigide von Gesetzen durchzogen ist wie das Leben in Nordkorea.

Doch sind auch diese Zeiten bald vorbei. Noch größere, unverbindlichere Allgemeinüberzeugungen prägen die Menschen: der Frieden als Generalanliegen ist nicht mehr zurückzudrängen. Nicole will ihn, Vicky will ihn, und Angi Domdey will ihn. Die Musikerin aus dem Ensemble Schneewittchen, bis dahin durch possierlich-unverbindliche Frauenkunst hervorgetreten, singt jetzt: »Pazifistin bin ich«. Wenn sie sänge »Ich bin Pazifistin«, wäre das keine Lyrik, die kleine Umstellung befriedigt den literarischen Minimalanspruch. Georg Danzer kann seine 1978 für eine Kampagne des BKA geäußerte Überzeugung »Gewalt ist Shit« sicher auch gut in die Nachrüstungsdebatte einbringen, und über all dem thronen BAP und bots, deren Liedermacher-Rock in einer Weise die Hitparaden als Großkampfarenen der Gesinnungssingerei erobert hat, wie es keiner der Original-Siebziger-Liedermacher sich je erträumen konnte. Nicht einmal die ganz großen wie Wolf Biermann oder der verträumte holländische Charmeur Hermann van Veen, auch nicht die kinderliebe Bettina Wegner, die mich neulich im TV begeisterte, als sie die ungemein originelle Vision vortrug, daß der Herr Jesus, käme er heute zur Erde, von intoleranten, faschistoiden Schweinspießern undsoweiter, undsofort... Nein, sie alle haben nur den Boden bereitet, waren harmlos gegen die massive Aufrüstung an Plattheiten, die uns jetzt bevorsteht.

Wäre es nicht das Vernünftigste, man machte einen Abrüstungsvorschlag? Wir stellen keine neuen Mittelstrecken-bots auf, wenn ihr euren Kohl verschrottet. Wäre das nicht vernünftige, sozialdemokratische Politik, wenn es schon sozialdemokratische Politik sein soll?

---

*»Solange man nur ad infinitum das immergleiche Anti-Repressionslied singt, bleiben die Dinge unverrückt, und es ist ganz gleich, wer den Gesang anstimmt, es hört ihm doch keiner zu.« (Michel Foucault)

Konkret 03/83, S. 93

Michael Kröher

Mein Vater, mein Vater

Wolfgang Niedeckens BAP: die erfolgreichste deutsche Rockband.

BAP ist ein Teil jener Kraft, die stets das Gute will und doch das Dröge schafft. Die Kölner Rock-Band liefert Dünnbier-Rocksongs in einem Phantasiedialekt, der noch nicht mal in Ruhpolding als Kölsch durchgeht, dafür sind aber ihre Themen »ehrlich«. Sie singen von einer neuen »Kristallnaach« und ihrer Angst davor, vom »Waschsalon« und ihrer »Phobie in Sachen Technik« und von der Frau, die den Mann verlassen hat, weil sie nun mal so »jraaduss« war - im Unterschied zu dem Kerl. Alle fühlen sich gewaschen, keiner wird naß. Und selbst die »Frankfurter Allgemeine« kann loben: »Gelungene Formulierungen aktueller und weit verbreiteter Stimmungen, die sonst nur diffus spürbar sind ... «

BAP machen es allen recht. Auch den beiden beteiligten Plattenfirmen. 1,8 Millionen Langspielplatten haben BAP in dreieinhalb Jahren abgesetzt. Als 1982 das vierte Album »Vun drinne noh drusse« erschien, belegte es wochenlang die Nummer eins der deutschen Hitparade. Gleichzeitig stand auch noch für acht Wochen die Vorgänger-LP »Für Usszeschnigge« auf den ersten fünf Plätzen. Allein in der Kölner Filiale der Saturn-Ladenkette wurden am Veröffentlichungstag sämtliche 8.000 vorrätigen Exemplare von »Vun drinne noh drusse« verkauft, innerhalb eines Monats ging die LP 400.000 mal über bundesdeutsche Ladentische. Und die Konzerte, die BAP in diesen Wochen 140mal absolvieren, sind seit vielen Monaten ausverkauft.

BAP-Musik tönt inzwischen aus allen Radiokanälen. Jeder ist damit kontaminiert, und BAP klebt. Dabei kommt der Name nicht von »bappen« (kleistern), sondern soll »Vater« bedeuten. Und in der Tat bieten die BAPs für viele ihrer Fans väterliche Autorität. Sie geben sich als die letzten Aufrechten im Sündenpfuhl des korrupten Showbiz, als die redlichen Schufter, die sich bei den Auftritten noch abrackern. Sie treten viel häufiger auf als alle andern Rockgruppen dieser Größenordnung. Denn Emsigkeit und Fleiß gehören bei BAP zum Image, signalisieren: Wir sind keine faulen Rockstars, die sich auf ihre Yachten mit ihren teuren Freundinnen und noch teureren Drogen in den sonnigen Gewässern der Karibik vergnügen, sondern jeder von uns ist eine *ehrliche Haut.* Wir *arbeiten.*

Arbeiten ist in Deutschland ausschlaggebend, auch im Rockgeschäft. Die neumodischen Synthiebands, die auf der Bühne nicht mehr jeden Ton einzeln aus ihren Instrumenten herausprügeln, konnten deshalb nie richtig Fuß fassen. BAP hingegen sind betont altmodisch. Deshalb durften sie im letzten Sommer in Köln an die Stelle des glücklosen Peter Maffay treten, als der aus dem Vorprogramm der Rolling Stones gegrault worden war. Die Stones sind BAPs Vorbilder. Dabei sind die doch faul, elegant, reich und clever.

So beißt sich BAPs Glaubwürdigkeits-Fimmel immer wieder mit dem Hau-Ruck-Rock-Klischee, das BAPs Musik aufleben lassen möchte. Wirkliche Rockmusik ist Scharlatanerie, Windmachen, Blenden, Koketterie. Oder hat je einer den Rolling Stones »Glaubwürdigkeit« bescheinigen wollen, als sie vom »Street Fighting Man« sangen?

BAP bleiben stur die netten Turnschuh-Jungs von nebenan, die fest in der Kölner Südstadt verwurzelten Deutsch-Rocker, die weder über ihr musikalisches noch über ihr phonetisches Kauderwelsch hinauskommen wollen. Im Unterschied zu echten Rockmusikern wie Little Richard, Jimi Hendrix oder Debbie Harry sind sie einfach zu wacker.

So versuchen sie einen historischen Kompromiß in die Rockmusik einzuführen: hüben der »gute, dufte Rock'n'Roll« mit »kernigen« Riffs und »strammen« Rhythmen, drüben die echte deutsche Rechtschaffenheit. Zusammen wirkt das dann wie Dietmar Schönherr als Volksredner bei der Friedensinitiative, oder wie Bobby als Präsident von Ewing Oil.

Konkret 03/83, S. 94

Uli Fischer

Bücher: Jahrhundertgeschäft

Mit einer »Chronik des 20. Jahrhunderts« und anderen riskanten Buchprojekten wurde ein Dortmunder Fachverlag zum Großunternehmen.

Auch wenn die Firma Harenberg-Kommunikation dem normalen Buchkäufer wenig sagt, kennt er ihre Produkte. Dreimal im Jahr erscheinen in diesem Dortmunder Verlag die kostenlos im Buchhandel ausgelegten Anzeigenblätter »Buch aktuell« und »Taschenbuch-Magazin«, und im gleichen Hause erarbeitet das Branchen-Fachblatt »Buchreport« die wöchentliche »Spiegel-Bestsellerliste«.

Doch nicht diese vor allem von den Anzeigen der Verlage lebenden Blätter und auch nicht die sehr aufwendige Taschenbuchreihe »Die bibliophilen Taschenbücher« haben den Umsatz des Verlages im vergangenen Jahr von 18 Millionen auf geschätzte 40 Millionen hochgetrieben und damit in die Spitzengruppe bundesdeutscher Buchverlage.

Den Schuß nach vorne verdankt Verleger Bodo Harenberg vor allem einem durchaus riskanten Unternehmen: seit August 1982 wurden Deutschlands Buchhandlungen, Kaufhäuser und Versandfirmen überschwemmt mit einem 4 Kilo schweren Schinken namens »Chronik des 20. Jahrhunderts«. In einer bisher beispiellosen Fernsehwerbekampagne für ein Verlagsprodukt versuchte Thilo Koch, den Bedarf zu wecken für dieses »Erinnerungsbuch und Geschichtswerk zugleich, ein Volks- und Hausbuch für die ganze Familie« (so der Prospekttext).

Das Vabanque-Spiel hatte Erfolg: Ende November, vor dem ersten Höhepunkt des Weihnachtsgeschäftes meldete der Verlag die Startauflage von 225.000 Exemplaren als ausverkauft. Und dies auch noch bei dem stolzen Preis von 98 Mark. Und im April, wenn eine weitere, überarbeitete Auflage für dann 128 Mark erscheint, sollen 400.000 Stück verkauft sein.

Dem Verlag brachte dieser sensationelle Erfolg nach Abzug des Buchhandelsrabatts noch immer mehr als 11 Millionen Umsatz.

Die zweite Raketenstufe zur Umsatzverdoppelung war ein noch aufwendigeres Unternehmen. Anfang Oktober brachte Harenberg ein 60seitiges Opus namens »Die Bibliothek deutscher Klassiker« in den Buchhandel. 1,80 Meter deutsches Kulturgut auf über 50.000 Dünndruckseiten, von Klopstock über Hölderlin, Heine und Fontane bis Nietzsche, den Dichterfürsten natürlich nicht zu vergessen. Dies Vorhaben konnte natürlich nur Erfolg haben, wenn die Edition dem angeberischen Möchtegernbildungsbürger anzudrehen war. Daher galt vor allem die kostbare Ausstattung »weinrotes Leinen« für 998 Mark oder »kostbares Leder« für 2.380 Mark auf »eigens geschöpftem Dünndruckpapier« beziehungsweise als Sonderausstattung »zwei Lesebänder aus Seide« als Verkaufsargument für die in 20.000er-Auflage erschienene Edition. Und der Buchhandel orderte und orderte.

Für Harenberg waren beide Vorhaben ein Seiltanz. Gegenüber dem Wirtschaftsmagazin »Capital« erklärte er: »Wenn die beiden Ideen Flops werden, bin ich pleite«.

Sie wurden es nicht, denn so ganz aus dem hohlen Bauch hat Bodo Harenberg seine Vorhaben nicht geplant. Nach einer journalistischen Karriere bei den Dortmunder »Ruhr-Nachrichten« und der »Nürnberger Zeitung« hat er eine Zeitlang bei Aral gearbeitet und sich dort Marketing-Kenntnisse angeeignet. Doch sein Hauptfeld war immer noch der Sportjournalismus.

Als er dann in den 60er Jahren ein Buch geschrieben hatte, über dessen mangelhafte Präsentation im beschaulichen »Börsenblatt« des Börsenvereins für den deutschen Buchhandel er sich ärgerte, tat er den Schritt zum Verleger mit dem Branchenmagazin »Buchreport«.

Nebenher schrieb und konzipierte er verschiedene Bücher für andere Verlage, vom »Aral Autobuch« über das offizielle NOK-Buch zur Münchner Olympiade und einigen Baedecker-Reiseführern bis zu »Knaur's Kulturführer«.

Zu Beginn der achtziger Jahre betrieb er nun eigene intensive Marktbeobachtung, um die Bedürfnisse des breiten Publikums zu erforschen und dies in Buchprojekte im eigenen Hermes-Verlag umzusetzen, den er allerdings inzwischen schon wieder an die Econ-Gruppe verkauft hat.

Die oben vorgestellten Projekte sind nun die ersten Ergebnisse: ein Gemischtwarenangebot für deutsche Kulturbanausen, die ihren Bildungsgrad an teurem Gedruckten nachmessen.

Was Lutz Reinecke mit seinem 2001 -Versand an Eruierung der Bedürfnisse der 68er-Generation vorexerziert hat, macht Harenberg auf einem lukrativen Markt nach. So klotzt Harenberg demnächst mit einem Klassiker in Sonderaufmachung, den vor ihm schon viele an den Mann gebracht haben, nur nicht mit aufwendigen Marketingfeldzügen und nicht so teuer: »Die Bibel« auf 2.400 Seiten mit 3.500 Abbildungen in einer Auflage von 80.000 Exemplaren. Die Verlagswerbung verspricht ein »ungewöhnliches Leseerlebnis«. Es kostet 168 Mark.

Der Erfolg seiner »Chronik des 20. Jahrhunderts« hat Harenberg veranlaßt, diese Masche total auszulutschen. In einer Titelschutzanzeige im »Börsenblatt« avisierte er im Dezember für , seinen neugegründeten »Chronik-Verlag« solche am Massengeschmack orientierten Schmarren wie »Chronik der Tiere« oder »Chronik des Sports«. Es wurde auch höchste Zeit, denn schon war Marktführer Bertelsmann mit Titelschutzanzeigen für andere Chroniktitel auf den erfolgreichen Zug aufgesprungen.

Was macht nun den Erfolg dieses Schinkens aus? Derartige Jahrhundertrückblicke gab es schon zu allen Zeiten. Sicherlich die Werbung und die Plazierung im Handel mit Pappfiguren von Thilo Koch und aufdringlichen Präsentationspulten in Kaufhäusern, eine »Chronik-Tapete«, Display-Plakate, Prospekte und nicht zuletzt eine handliche Buchhülle mit Henkel, an der man den Papierblock nach Hause schleppen konnte.

Was den Inhalt betrifft, setzte Harenberg auf den tumben Michel, der zunächst einmal nachsieht, was an seinem Geburts- oder Hochzeitstag so alles in der Welt passiert ist. Sportbeflissen ist er und chauvinistisch: jede Olympiade bekommt vier Extraseiten, und jedes Länderspiel der Nationalmannschaft wird erwähnt. Aber Michel ist auch Individualist. Irgendwo hat er schon einmal gelesen, daß im Kunsthandel fortlaufende Nummern auf Druckgrafiken gestempelt werden. Damit er nun die Gewißheit hat, daß er einzigartig ist, bekommt er bei den »Chroniken« aus der Erstauflage nur Exemplare, die von 1 bis 225.000 durchnumeriert sind, wenn auch nicht handsigniert.

Die NRZ witzelte: »Eine sinnlose Stoff-Überfülle in letztlich sinnloser Strukturierung, und beides zusammen macht das Erkennen von Zusammenhängen, Ursachen, Entwicklungen unmöglich. Aber hat man's denn zum Lesen gekauft?«

Zum Glück nicht; denn natürlich fehlt keine der gängigen Geschichtsfälschungen und -verdrehungen, die sich auch in jedem Schulbuch findet. Und wirklich lesenswert wäre erst all das, was in dieser »Chronik« unterschlagen wurde.

Aber da das 20. Jahrhundert noch lange nicht zu Ende ist, hat sich Harenberg noch für 18 Jahre einen zusätzlichen Markt erschlossen. Schon am 4. Januar überflutete er den Markt bis hinein in die Tabakgeschäfte mit 500.000 Bänden der »Chronik 82« als Ergänzung. Inklusive einer Sonderschicht an Sylvester und am Neujahrsmorgen ließ er dieses Bändchen in nur zweieinhalb Monaten von elf billigen Verlagsvolontären (Gehalt 1.500 Mark brutto) zusammenstoppeln. Am 1. Januar um 6 Uhr liefen dann die Druckmaschinen beim Partner Westermann in Braunschweig an. Der Konkurrenz der »Stern«Jahresbände hatte man einen beruhigenden Dreimonatsvorsprung abgewonnen. Den Rest dieses Jahres werden die Volontäre mit der »Chronik der Menschheit« beschäftigt.

Und weil auch der clevere Verleger weiß, daß man seine Chronik nicht zum Lesen kauft, tut sich schon ein neuer Markt für die Harenberg-Kommunikation auf: für den Juni wurde die Dortmunder Westfalenhalle gemietet, und für die Zeit vom 1. bis 28. August gibt es eine Option auf die Hannoveraner Niedersachsenhalle. Dem lesefaulen Michel droht nun eine Tournee der »Chronik« als Ton-Bild-Schau, etwa in diesem Stil:

Sprecher: »30. Januar 1933: Adolf Hitler in Berlin.« (Originalton)

Bild: Hitler am 30. Januar.

Sprecher: »Kurze Zeit später steht die Welt erneut in Flammen. Der 2. Weltkrieg bricht aus. Deutsche Soldaten kämpfen an allen Fronten. Bis Indien sollen die deutschen Truppen vorstoßen!«

Bild: Deutsche Soldaten.

Sprecher: »Und so sieht es am Ende aus: Im Mai 1945 kapituliert die deutsche Wehrmacht. Der Krieg ist verloren.«

Bild: Geschlagene deutsche Soldaten.

Sprecher: »Aber schon bald beginnt der Wiederaufbau. Das deutsche 'Wirtschaftswunder' wird bisher ungeahnten Wohlstand für alle bringen.«

Bild: Trümmerfrauen beim Steineputzen.

So ein Ausschnitt aus einer Ton-Bild-Schau für Vertreter und Buchhandel. (Sie hat im übrigen eine verblüffende Ähnlichkeit mit den Wahlspots der CDU.) Verleger Harenberg erwartet für das Spektakel rund eine Million Besucher.

-

Konkret 03/83, S. 94

Richard Hey

Bücher: Reporter im Nazi-Berlin

Howard K. Smith ist heute einer der bekanntesten und angesehensten Journalisten der USA. Seine Karriere begann er als Auslandsjournalist in Hitlers Berlin. Seine Aufzeichnungen aus dieser Zeit sind jetzt auf deutsch erschienen.

Der symbolische Zufall, mit dem Geschichte gelegentlich hantiert, und der dann nicht immer einer ist, hat Aufstieg und Niedergang des Dritten Reichs fast auf den Tag genau jeweils Ende Januar beginnen lassen. Und weil wir ein rundes Gedenkjahr haben, wird der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler vor 50 Jahren und der Kapitulation der deutsche Armee in Stalingrad vor 40 Jahren in zahlreichen Veröffentlichungen gedacht.

Aber gleichzeitig erfahren wir, daß Franz Josef Strauß am 29. Januar 83 eins der Lieblingswörter der Nazis - »entartet« - verwendet hat, als sei mit diesem Wort nicht Mord, Verfolgung, Bücher- und Bilderverbrennung verbunden. Und wir bemerken, daß offenbar weder Regierung noch Opposition noch Kirchen, Gewerkschaften oder Unternehmerverbände am Gebrauch des Wortes irgendetwas zu tadeln haben. Das zeigt, wo wir uns befinden. Nähme die Gesellschaft die Auseinandersetzungen mit der Nazizeit ernst, wäre ein Ministerpräsident, der so spricht, undenkbar. Die Frage ist, warum nimmt sie diese Auseinandersetzung nicht ernst, immer noch nicht. Wer dazu etwas erfahren will, sollte das Buch von Howard K. Smith lesen.

Smith beschreibt die Nazizeit als ' die Folge einer kleinbürgerlichen Revolte. Und da die Kleinbürger, nach Brecht »die hoffnungsloseste aller Klassen«, es bei uns (übrigens nicht nur bei uns) zur herrschenden Klasse gebracht haben, da die in Wahrheit von der Gesellschaft geforderten und akzeptierten Ideale und Verhaltensweisen im wesentlichen kleinbürgerlich sind, bleibt es beim schrägen Blick auf die Nazizeit. Wir haben unsere »Unfähigkeit zu trauern« (Mitscherlich) schon überlebt; die Unfähigkeit, das Gift der Nazizeit auszuscheiden, hoffen wir ebenfalls zu überleben. Die antinazistische Revolution, die Smith den von Hitler betrogenen Kleinbürgern (mit oder ohne SA-Uniform) fürs Kriegsende, das er 1942 nahe sah, immerhin noch zutraute, ist ausgeblieben. Statt dessen kulminierten mit der organisierten Ermordung der Juden in den folgenden Jahren die Verbrechen des Regimes. Anschließend bekamen wir Spruchkammern, und die Demokratie wurde uns verordnet. Trotzdem erklärt die Vergangenheit, die Smith beschreibt, unsere Gegenwart.

1936, nach Abschluß des Studiums, ist der junge Amerikaner zum ersten Mal nach Deutschland gekommen, zufällig, weil Deutschland in diesem Jahr für US-Bürger das billigste europäische Reiseland war, aber auch mit dem Auftrag seiner Freunde, herauszufinden, ob Nazi-Deutschland »a good thing or a bad thing« sei. Auch '37 und '39 reist er durchs Land, und 40/41 ist er für »United Press«, die »New York Times« und CBS in Berlin. Am Ende hat er Arbeitsverbot, und mit dem letzten Zug vor Hitlers Kriegserklärung an die USA erreicht er die Schweiz. Dort beginnt er niederzuschreiben, was er beobachtet hat - aus dem Gedächtnis. Seine Unterlagen hat er noch in Berlin vernichtet, damit sie nicht der Gestapo in die Hände fallen.

Die Perspektive ist ungewohnt. Da sieht ein Amerikaner Nazi-Deutschland, schreibt also von außen. Als akkreditierter Journalist und Rundfunk-Korrespondent anfänglich noch hofiert von den Vertretern des Propaganda- und des Außenministers, befand er sich in der Nähe des Zentrums der Terror-Maschine; er schreibt also zugleich von innen. Das macht eine besondere Spannung beim Lesen aus. Dazu kommt, daß Smith (in der überzeugenden Übersetzung von Niels Kadritzke) die genau richtige Sprache hat, die zugleich hemdsärmelig und empfindlich ist, sachlich und emotional. Präzise Beobachtung verbindet er mit nie verdeckter Subjektivität. Selten habe ich eine so klare Widerlegung der Legende gelesen, Hitler habe das Arbeitslosenproblem »gelöst«. Seine sarkastische Beschreibung von Erscheinung und Denkweise preußischer Generäle nimmt Theweleit (»Männerphantasien«) vorweg, der die Verbindung von Lebens- und Frauenfeindlichkeit und Militärideologie bewiesen hat. Die Schilderung des immer düsterer und erbärmlicher werdenden Kriegsalltags in Berlin und der immer mehr knirschenden und verlogenen Parteimaschinerie ist von bedrückender Eindringlichkeit. Schon 1936, bei der ersten Reise, beim Sammeln erster Eindrücke, hat Smith erkannt, was hinter der zunächst noch gefälligen Fassade an Brutalität und Stupidität hochkam.

Und was haben wir bis heute erkannt?

Gegenüber dem Steglitzer Kreisel in Berlin, auf einem Stück Rasen, steht eine Steinfigur mit hängenden Schultern, Büßerhemd und demütig geneigtem Kopf. Sie ist »den Verfolgten von 1933-1945« gewidmet und wurde sicher in bester Absicht aufgestellt. Aber die Botschaft, die sie im Auftrag der herrschenden Klasse mitteilt, lautet doch wohl. Wer gegen uns war oder ist, wird's büßen.

Howard K. Smith, Feind schreibt mit, 312 Seiten, Rotbuch, 28 Mark

Konkret 03/83, S. 96

Dieter S. Lutz

Bücher: Ist der NATO-Beschluß grundgesetzwidrig?

Wenn das Grundgesetz noch etwas gilt, müßten Atomraketen und andere Massenvernichtungswaffen auf dem Bundesgebiet sofort verboten werden. Der Hamburger Friedensforscher Lutz stellt eine Studie vor, in der steht, warum.

Wo ist der Geist geblieben, der im Januar 1949 noch zu folgender Streitszene im Parlamentarischen Rat zwischen dem KPD-Abgeordneten Renner und dem Vertreter der SPD, Carlo Schmid, führte?

Schmid: »Eine Reihe von Staaten, die dem Kriegsächtungspakt beigetreten sind, haben nicht daran gedacht, ihre Wehrmacht abzuschaffen, während unser Text über negative Maßnahmen wirklich noch hinausgeht.«

Renner: »Sie wollen doch nicht behaupten, daß mit dieser Fassung die Bildung eines Heeres für Westdeutschland abgelehnt ist?«

Schmid: »Die Fassung geht noch weiter. Sogar sogenannte Wehrsportvereine sind damit abgelehnt.«

Etwas mehr als drei Jahrzehnte danach scheinen die Verpflichtungen und Erfahrungen aus zwei Weltkriegen verdrängt und der Geist der Verfassungsväter verschüttet. Geblieben sind allerdings eine ganze Reihe verfassungsrechtlicher und völkerrechtlicher Normen mit Geltungskraft in Schrift und Wort: Politik kann und darf in einer rechtsstaatlichen Demokratie keinen rechtsfreien Raum für sich in Anspruch nehmen. Dies gilt auch und gerade für Rüstungs- und Sicherheitspolitik, die mehr als jeder andere Politikbereich der verantwortungsvollen Abwägung, der sorgfältigen Begründung und der gesicherten Analysen sowie der normativen und rechtlichen Legitimität bedürfen.

Der sogenannte Nachrüstungsbeschluß ist von dieser Forderung nicht ausgenommen; die Hektik allerdings, mit der die NATO-Entscheidung im Jahre 1979 durchgezogen wurde, und die mangelnde Glaubwürdigkeit der Daten und Angaben, mit denen der Beschluß zu begründen versucht wurde, ist mit dieser Aussage nicht vereinbar.

Politik und Administration verfügen über ausreichende Finanzmittel, haben sachkundige Referenten und ausgebildete Zuarbeiter.

Ihre. Hausaufgaben scheinen sie in Sachen Nachrüstung gleichwohl nicht rechtzeitig und kaum gründlich gemacht zu haben. Nicht die Administration, sondern die Wissenschaft, insbesondere die Friedensforschung, legte in den vergangenen Monaten umfassende und ins Detail gehende Untersuchungen zur Analyse und Beantwortung der Nachrüstungsproblematik vor. Nicht die Administration, sondern die Wissenschaft - diesmal die Rechtswissenschaft - ist es jetzt auch, die das Spektrum der öffentlich diskutierten Fragen um einen weiteren Aspekt ergänzt: »Dürfen - rechtlich gesehen - die geplanten Mittelstreckenraketen überhaupt stationiert werden?«

Erste Antworten haben Juristen 1982 auf mehreren Konferenzen und Tagungen gegeben. Der uneingeschränkte Verdienst aber, die Kärrnerarbeit der Zusammenführung von Rechtswissenschaft und Nachrüstungsproblematik in einer differenzierten Analyse geleistet zu haben, gebührt einem einzelnen: Wolfgang Däubler, Professor an der Universität Bremen.

Es gelingt ihm, die entscheidenden rechtspolitischen Fragen herauszufiltern und - obendrein auch für den Laien verständlich - zu beantworten. Entsprechend sind seine Ergebnisse nicht nur wissenschaftlich fundiert, sondern auch rechtlich und politisch brisant: -

Der Ersteinsatz von Nuklearwaffen und seine diesbezüglichen Vorbereitungshandlungen sind nach dem Völkerrecht verboten. Zu den Vorbereitungshandlungen gehört auch die Stationierung solcher Waffen, die - wie die Pershing 11 zum Beispiel - zum Ersteinsatz geeignet und bestimmt sind. -

Atomare Massenvernichtungswaffen verstoßen gegen das ausdrückliche Friedensstörungsverbot des Grundgesetzes. Ihre Stationierung auf dem Boden der Bundesrepublik ist verfassungswidrig. -

Waffensysteme wie die geplanten Mittelstreckenraketen können gegen den Willen der Bundesrepublik nicht stationiert werden. Die Souveränität der Bundesrepublik unterliegt insoweit keinen Einschränkungen. -

Der Einsatz ausländischer Massenvernichtungsmittel unter fremder Entscheidungsbefugnis vom Boden der Bundesrepublik aus verletzt unaufgebbare deutsche Souveränitätsrechte und ist verfassungswidrig. -

Für die Stationierung ist die Zustimmung des gewählten Gesetzgebers und nicht lediglich nur der Exekutive erforderlich. -

Eine Stationierung von Nuklearraketen ist ohne Anhörung der betroffenen Bevölkerungsteile verfassungswidrig.

Die ersten drei der genannten Ergebnisse fußen auf einer Vielzahl von völker- und verfassungsrechtlichen Verträgen und Einzelnormen. Bei den zuletzt angeführten Aussagen läßt sich Däubler stark vom Gedanken des Souveräns in der Demokratie einerseits und der Unverletzlichkeit der Menschenrechte leiten, insbesondere des Rechtes auf Leben und der

körperlichen Unversehrtheit. Er kann sich dabei auf die Normen des Grundgesetzes, aber auch auf die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes in den Auseinandersetzungen um die Errichtung ziviler Kernkraftwerke berufen. Däubler sinngemäß: Was für die »Reaktorsicherheit« gilt, muß auch für die »Sprengkopfsicherheit« Gültigkeit besitzen.

Folgerichtig schließt er seinen Band mit einer ausführlichen Beschreibung der gerichtlichen Durchsetzungsmöglichkeiten und ihrer verfahrensrechtlichen Rahmenbedingungen - indirekt eine Aufforderung, gegen die Stationierung Verfassungsbeschwerde bei dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe einzulegen und (danach) gegebenenfalls die Europäische Menschenrechtskommission in Straßburg anzurufen; zugleich aber auch ein Votum für die Ausschöpfung aller rechtlichen Möglichkeiten *vor* Inanspruchnahme anderer Widerstandsformen. Däubler unterscheidet sich hierin übrigens von Juristen wie Abendroth oder Küchenhoff, die wegen der Dringlichkeit des Problems schon jetzt als das auch im Grundgesetzartikel 20 verankerte Widerstandsrecht als gegeben ansehen.

Däublers Buch kann und wird nicht ohne Folgen bleiben; dafür wird schon die typisch deutsche Eigenschaft sorgen, an die besondere Würde rechtlicher Argumentation zu glauben. Die derzeitige Sicherheitspolitik befindet sich am Scheideweg. Die Kosten und Risiken der bisherigen Politik sind zu groß und ihre Tendenzen und Auswirkungen insgesamt zu destabilisierend, als daß der bisherige Weg weiterverfolgt werden könnte. Was aber ist der Ausweg?

Das Grundgesetz selbst formuliert in Artikel 24 die Alternative:

»Der Bund kann sich zur Wahrung des Friedens einem System gegenseitiger, kollektiver Sicherheit einordnen; er wird hierbei in die Beschränkungen seiner Hoheitsrechte einwilligen, die eine friedliche und dauerhafte Ordnung in Europa und zwischen den Völkern der Welt herbeiführen und sichern«.

Wolfgang Däubler, Stationierung und Grundgesetz, 222 Seiten, rororo-aktuell, 8,80 Mark

Konkret 03/83, S. 97

Jochen Wüllner

Bücher: Redet da noch wer?

Steine fliegen schon seit längerem nicht mehr, und im Jugenddialog hat eine Enquete-Kommission des Bundestages das Schlußwort gesprochen. Geblieben ist ein Haufen von Büchern zum Thema - hier sind vier davon.

Hermann Glaser ist seit 1964 Kulturdezernent der Stadt Nürnberg. Nach Lektüre seines neuen Buches »Im Packeis des Unbehagens« muß man sich wundern, wie er's so durchgehalten hat. Glaser setzt auf Radikalität. Doch nicht die der Aktion, sondern des kritischen Bewußtseins. »Anstrengung des Begriffs«, »Diskurshemmung«, »Konsensustheorie«, zu solch Habermas'schen Begriffen kommt noch ein guter Happen klassisch-germanistischer Bildungsbeflissenheit. So läßt er seinen Band zum Beispiel mit Fontanes »Die Alten und die Jungen« beginnen. »Von erschreckender Antiquiertheit!« könnten professionelle Jugend-Vermittler da fürchten, angesichts der allgemein schwärenden Theoriefeindlichkeit. Aber glücklicherweise kommt Glaser nicht mit brachialer Wahrheitsgewißheit daher. Er montiert und assoziiert, sehr subjektiv wird zitiert, sehr subjektiv wird die eigene Erfahrung, die Unsicherheit, das Wissen um schwer lösbare Widersprüchlichkeit dargestellt. Glasers Leistung: Er vermittelt mit Niveau und bleibt lesbar. Keine falsche Anbiederung oder Parteinahme; er gibt Trotz und Unverständnis zu. Seine Person wird greifbar, damit angreifbar. Das Inhaltliche? Der abzuhandelnde Themenkanon ist da. APO, Jugend heute, Jugendpolitik, Narzißmus, Alternativen, das Grüne mit den manchmal »braunen Rändern«. Dieses Soll wird von vielen Bänden erbracht. Glasers Vermittlungsversuche sind weit wichtiger, denn sprachlos ist Jugend zwar nicht, aber doch vielleicht beschränkt »diskursfähig«.

Jörg Bopps Buch »Wir wollen keine neuen Herren« kommt polemisch daher, ist bewußt unausgewogen, mit einer Brise »Frischwärts«-Optimismus. Den Kulturpessimismus der Feuilleton-Deuter mag Bopp nicht. Dagegen setzt er in klarer Sprache das Ungeglättete und damit Hoffnungsbergende der Jugend-Szene. In der Disco bleibt ihm der Aufstand der Körper auch hinter der Glamour-Fassade sichtbar. Und die neue Lust an den Dingen der Flohmarkt-Ästhetik scheint Bopp gute Abkehr vom bekannten Warenfetischismus. Prägnant seine Polemik gegen die neuen Väter aus der alten APO, die nicht altern und den Jungen ihr Modell »Jugend« überstülpen wollen. Ein wenig überzogen die Kritik an Thomas Ziehes »Neuem Sozialisationstyp«, von dessen Vermarktung der sich schon selbst distanziert hat. Ein Genuß die Schilderung des »Neuen Diskussionsstils« der weichen Jugendwelle: »Aus 'ich verstehe deine Argumente nicht' wird 'zeig doch mal deine Gefühle'.(...)Man fordert ständig das ein, was im Moment nicht geschieht.« Wunschleser für diesen Band: Alt-Linke, arriviert, mit Neigung zur Selbst-Überhebung, die Väter der Teenies, distanzierte Soziologen und Stadt-Väter mit Sehnsucht nach Rollenkorrektur.

Durchgegliedert, mit Überschrift und Untertitel, geprägt vom gewohnten Stil soziologischer Präsentation, also meist recht abgehoben und distanziert, alles in allem zu ordentlich und damit oft langweilig: die Sammlung »Trotz und Träume«. Selbst authentisches Material - Interviews mit Berliner Hausbesetzern - wird schwer genießbar verpackt. Faktengestopft, zugegeben. Wie der geschichtliche Abriß von Jugendbewußtsein zwischen 1945 und 1981. Abschreckend, und deshalb schon wieder interessant, ein Gespräch zwischen Tilman Fichter, dem arbeitslosen Politologen mit dem verbogenen Bildungsweg, und Johanno Strasser, Prototyp des linkssozialen Karrieristen, Mitglied der Jugend-Enquete-Kommission. Eben kein Gespräch, sondern parlamentarische Monologe von einem mit perfekter Bonn-Sozialisation. Der ganze Band ist selbst für Materialverwerter mit der scheinbar sicheren Distanz zum Problembereich nur bedingt tauglich.

Ganz naiv schrieb der Bochumer Autor Peter Roos mal einen Brief an Alt-Kanzler Schmidt. Seither wurde er vom Bundespresseamt (BPA) geführt als »der seltene Fall, der Bonn und seine Schleichwege nicht kennt und sich trotzdem traut, einen Antrag zu stellen« (BPA-Text). Im Mai 1981 schneidert das Presseamt als Image-Anstalt und Werbe-Agentur des Kanzlers eine Dialogreihe auf Helmut Schmidt zu. Die schriftstellerische Begleitung wurde dem »einer staatstragenden Schreibe« unverdächtigen Roos anbetraut. Das Ergebnis ist unter dem Titel »Kaputte Gespräche« erschienen. Dokumentiert, aber gleichzeitig literarisch-subjektiv konterkariert, werden des Alt-Kanzlers Dialogbemühungen mit »Jugend forscht«-Bundessiegern, jungen Christen, Azubis ohne Arbeitsplatzgarantie. Deutlich wird die Unfähigkeit einer Amts-Rhetorik, deren Herrschaftsanspruch auch durch miese Jovialität mit dem eh unterlegenen »Gesprächspartner« nicht zu verbergen ist. Ein schlimmes Lehrstück.

Hermann Glaser, Im Packeis des Unbehagens, 215 Seiten, Verlag J.H.W. Dietz Nachf. 29,80 Mark

Jörg Bopp, Wir wollen keine neuen Herren, 144 Seiten, Eichborn, 18 Mark

Uwe Schlicht, Trotz und Träume, 256 Seiten, Severin und Siedler, 19,80 Mark

Peter Roos, Kaputte Gespräche, 150 Seiten, Beltz-Verlag, 18 Mark

Konkret 03/83, S. 98

»Was lesen Sie gerade - und wie gefällt es Ihnen?«

KONKRET hat einige Schriftsteller nach dem Buch gefragt, das sie gerade lesen. Die Antworten kamen spontan, am Telefon. Interessant dabei: kaum jemand beschäftigt sich mit einer Neuerscheinung

Franz Josef Degenhardt

Gedichte von Heine lese ich gerade und ein altes Lehrbuch aus dem 17. Jahrhundert von **Hugo Grotius**. Das war ein holländischer Politiker, der auch juristische Bücher geschrieben hat. Was mich interessiert hat, war die naturrechtliche Begründung, mit der er sich für die Freiheit der Meere eingesetzt hat (»De mare libero«). Früher, im Zusammenhang mit meiner Habilitation, hat mich das sehr beschäftigt. Jetzt habe ich es zufällig wiedergefunden. Es ist sehr schön geschrieben. Ich lese es mit großem Vergnügen und kann dabei auch noch Lateinkenntnisse auffrischen.

Gisela Elsner

Ich habe gerade **»Rot und Schwarz«** von **Stendhal** angefangen. In Abständen lese ich eigentlich immer das gleiche, sehr viel französische Realisten. Wenn ich für was Gutes zu müde bin, lese ich Kriminalromane. Sehr gern mag ich Patricia Highsmith. Die kann man auch mehrmals lesen. Zum Beispiel »Das Zittern des Fälschers«, das ich jetzt nach zwei Jahren wieder gelesen habe. Die Spannung war sofort wieder da.

F. C. Delius

Zwei Titel könnte ich sagen: Wolfgang Koeppens »Amerikafahrt«, ein Buch, das ich vor Jahren gelesen habe und jetzt wiederlese, weil ich demnächst selber in die USA fahren will. Und **Giambatista Basile. »Der Pentamerone, Das Märchen aller Märchen«**. Das sind Fabeln, Volksmärchen, phantastische Geschichten aus Italien, gesammelt und nacherzählt im 17. Jahrhundert von einem neapolitanischen Grafen. Schon so ähnlich wie Boccaccios »Decamerone«, das war wohl das Vorbild, nur ist hier alles deftiger erzählt, sprachlich viel schöner, reizvoller die Motive.

Henning Venske

Ich lese gerade jede Menge Mädchenbücher: »Der Trotzkopf«, »Das Nesthäkchen«, »Hanni und Nanni«, weil ich darüber etwas schreiben soll. Außerdem lese ich den **»Mann ohne Eigenschaften«** von **Musil.** Das ist eine Bildungslücke, die ich seit Jahren stopfen wollte. An die mörderischen 2.000 Seiten habe ich mich nie herangetraut. Ich habe etwas Vergleichbares überhaupt noch nicht gelesen. Die Fülle, die da vor einem ausgebreitet wird, das Niveau, auf dem das stattfindet, ist einfach enorm. Das ist so grandios, daß man sich fragt, ob es Sinn hat, selbst weiter in diesem Gewerbe zu arbeiten. Da kann man mutlos werden.

Ludwig Fels

»Auschwitz. Direkt von der Rampe«. Das habe ich jetzt als Ergänzung zu den »Frauen von Maidanek« gelesen, den Protokollen aus den Aufseherinnen-Prozessen. Die Sprache der Menschenschinder im Original zu verfolgen, ist etwas anderes als literarische Berichte wie »Anus Mundi«. Dann habe ich einen ganzen Stapel von Büchern da, in die ich abwechselnd reinschaue und auch mal gegeneinander lese. Oskar Panizza ist dabei, der sich den Weltruhm klammheimlich erwerben muß; den kennen immer noch viel zu wenig Leute. Eine gute Erfahrung ist momentan auch »Das Bittere und das Süße« von Tomaso di Ciaula. Das habe ich mir gekauft, weil Piwitt es immer hochgelobt hat. Er hat schon recht.

Michael Schneider

Ich lese gern alte Literatur, 19. Jahrhundert, und da besonders französische und russische Realisten, im Augenblick eine Balzac-Novelle: »Der Heiratsvertrag«. Balzac ist der erste Materialist unter den großen Realisten und beschreibt genau, wie Gefühlsinteressen und Geldinteressen verwoben sind. Ich sehe mir aber auch an, was gelobt wird und in Bestenlisten auftaucht. An zeitgenössischer Literatur hat mir **»Leib und Leben«** von **Adolf Muschg** am besten gefallen. Er ist einer der wenigen Nicht-Zyniker unter den Literaten, die noch mit Wärme und Anteilnahme Menschen beschreiben können; das find ich ganz hervorragend.

Susanne v. Paczensky

Im Augenblick lese ich **»Lene«** von der dänischen Autorin **Herdis Möllehave.** Das ist in der Reihe »neue frau« erschienen, und die Bücher in dieser Reihe lese ich alle oder guck sie mir wenigstens an. Bei der Möllehave habe ich mich festgelesen. Das ist sympathisch erzählt. Ein Stück Alltag einer emanzipierten Frau einer Sozialarbeiterin, die eine offene Ehe führt und ihre Beziehungen zu Klienten, Ehemann und Kindern beschreibt. Sonst lese ich Frauenliteratur mit einer Mischung aus Neigung und Interesse. Das lustvolle Lesen geht verloren, wenn man dauernd einen Bleistift dabei in der Hand hat.

Dieter Hildebrandt

Momentan lese ich **»Die Bertinis«** von **Ralph Giordano**. Erstens, weil ich immer gespannt darauf bin, was von Giordano kommt. Zweitens, weil ich davon gehört hatte, daß hier einmal aus der Perspektive einer jüdischen Familie heraus geschrieben wird, einer Familie, die den Nationalsozialismus in Deutschland überlebt hat. Das erschien mir als ein ganz neuer und wichtiger Ansatz. Ich finde, es ist ein erschütterndes Buch geworden, aktuell gerade in dieserZeit und zu Recht ein Bestseller.

Peter O. Chotjewitz

Meistens lese ich mehrere Bücher nebeneinander. Im Augenblick bin ich bei der **»Geschichte des Alltags des deutschen Volkes«** von **Jürgen Kuczynski.** Das ist sehr informativ. Aber was ich erwartet hatte und was der Titel eigentlich verspricht, habe ich nicht gefunden: historische Einzelheiten über die Lebensweise der Leute, was sie gegessen haben, was sie angezogen haben, weiches Schuhwerk sie getragen haben, welche Lieder sie gesungen haben. Es werden mehr die wirtschaftlichen Verhältnisse allgemein behandelt und die Auseinandersetzungen mit anderen Wissenschaftlern ausgebreitet: Das ist was für Fachleute.

Alexander Kluge

Ich lese von **Ingeborg Bachmann »Das 30. Jahr «**, das kannte ich noch nicht. Frau Bachmann lese ich gern und ständig, alle Sachen von ihr. Sie ist meine Lieblingsschriftstellerin. Wenn ich drei Seiten Bachmann lese, stehen da immer Sätze und Wendungen, auf die hin ich sofort zwölf eigene Seiten schreiben kann. Sonst lese ich, was mir in die Hand fällt. Einen Bericht über die Skagerrak-Schlacht zum Beispiel und einen Western. Der heißt »Im Banne des Mächtigen«. Aber das sind Zufälligkeiten, ich bin kein regelmäßiger Western-Leser.

Auschwitz. Direkt von der Rampe, Rowohlt, 5,80 Mark/Ingeborg Bachmann, Das 30. Jahr, dtv, 5,80 Mark / Giambatista Basile, Der Pentamerone. Oder: Das Märchen aller Märchen, Olms, 79,60 Mark / Günter de Bruyn, Märkische Forschungen, Fischer, 22 Mark / Ralph Giordano, Die Bertinis, Fischer, 39,80 Mark / Hugo Grotius, Schriften zum Natur- und Völkerrecht, Aschendorf-Verlag, 5 Mark / Jürgen Kuczynski, Geschichte des Alltags des deutschen Volkes, Pahl-Rugenstein, Bd. 1 29,80 Mark / Herdis Möllehave, Lene, Rowohlt, 9,80 Mark / Adolf Muschg, Leib und Leben, Suhrkamp, 25 Mark / Robert Musil, Der Mann ohne Eigenschaften, Rowohlt, 48 Mark / Stendhal, Rot und Schwarz, dtv, 10,80 Mark

Konkret 03/83, S. 100

Ursula Krechel

Bücher: Die Kunst, weiblich

In ihrem Buch «Malerinnen auf dem Weg ins zwanzigste Jahrhundert« beschreibt Renate Berger, wie Frauen begannen, sich in der männerbeherrschten Kunstwelt durchzusetzen.

Renate Berger hat klug daran getan, für ihre exemplarische Studie sich gerade die Epoche zu wählen, die für das Selbstverständnis der Frauen und für die Kunst eine Zeit des Umbruchs ist: das ausklingende 19. Jahrhundert. Die Frauen des Klein- und Großbürgertums erstritten sich eine Berufstätigkeit, die Großfamilie, die die Arbeitskraft der unverheirateten Töchter gebraucht hatte, zerfiel, die akademische Salon- und Schlachtenmalerei des 19. Jahrhunderts explodierte im plein air. Der Umbruch der Werte ist radikal. Eben diesen spannenden historischen Augenblick hat Renate Berger in ihrer tour d'horizon beschrieben, einen Augenblick des Aufbruchs, in dem alle widerstrebenden Kräfte wie in einem Brennglas gebündelt sind.

Mit fast enervierender Ausführlichkeit beschreibt sie die Entwicklung der Frauenbewegung, das war alles an anderer Stelle schon nachzulesen, als einen Verlust der frühen Radikalität, ein Einmünden in eine reformerische Bewegung, die strikt - gegen die Interessen vieler Frauen - am höchsten weiblichen Lebensziel Mutterschaft festhielt. So langatmig die ersten 60 Seiten sind, im Verlauf der Studie gewinnen diese ersten Ergebnisse doch an Kontur. Es scheint, daß Renate Berger diese Positionsbestimmung für sich selbst gemacht hat - wie eine Standortsuche in historischer Drapierung.

Überraschend ist dabei die Geschichte des in der Frauenbildung immer freundlich bedachten Lette-Vereins: Hier entpuppt er sich als eine Schaltstelle, in der die âsthetischen Interessen der Frauen in kunstgewerbliche Pseudoaktivitäten kanalisiert wurden. Der bittere Ausschluß der Frauen aus den Akademien wurde durch Scheinpositionen im Kunst-Sticken, in der Keramik, in freundlichen Miniatur-Malereien oder im Kinderportrait versüßt: »ein zur Substanzlosigkeit verurteilter Wille zur Tat«. Pseudoaktivitäten, die den Frauen ein kleines Terrain öffneten, um sie von dem weiten freien Feld der selbstbestimmten Kunstübung fernzuhalten. Tatsächlich ließen sich durch das Kunstgewerbe ja auch Einnahmen erzielen; die so ersehnte Berufstätigkeit wurde erreicht, die standesgemäßen Beschäftigungen einer höheren Tochter auf eine quasi-professionelle Ebene der verschämten, aber versnobten Kleingewerbetreibenden gehoben.

Auf dem internationalen Frauenkongreß in Berlin 1904 beklagte Marie Keudell, man erleichtere Frauen, »bis zu einem gewissen Grad des Könnens zu gelangen«, verschlösse ihnen aber gerade die angestrebten Ausbildungsgänge.. Die Strategien des Ausschlusses sind vielfältig. Sie reichen von der Vergötzung weiblicher Schönheit als Kunstwerk der Natur, die das Heim schmückt und durch die Anstrengung der künstlerischen Arbeit nur verlöre, bis zum panischen Schrecken eines Otto Weininger*, der die eigene unbegriffene Geschlechtlichkeit auf die »den Koitus fordernde« Frau projizierte.

Der Aufbruch aus dem den Frauen zugebilligten Dilettantismus führt keineswegs zu einem fröhlichen Pinselschwingen, und die gezügelte Kunstübung der »Damenklassen«, die vor der freizügigeren Wirklichkeit der männlichen Kunststudenten vornehm die Augen niederschlagen, muß zunächst in eine Freiheit des Handelns, Denkens, Fühlens führen und erst dann zu Skizzenblock und Leinwand. Alles andere, das macht diese Studie deutlich, führt zu dressierten Papageienübungen.

(Auf die vielen Kreativitätsworkshops, Schreibkurse, gemeinsamen Mal-Ergüsse, die die bewegten Frauen heute landauf, landab absolvieren, wirft dies ein merkwürdiges Licht. Soll so viel beschworene Kreativität die mögliche Kunstproduktion von Frauen gleich selbstbestimmt ins Aus katapultieren? Ich mag nicht glauben, daß diese höheren Spielwiesen in ihrer selbstbewußten Askese vom professionellen, männerbeherrschten Kunstmarkt nicht auf resigniertem Sand gebaut sind. Dann doch lieber Pullover stricken! Schon schließe ich die aufmüpfige Klammer.)

Renate Berger hat eine Flut von Tagebüchern, Briefen, autobiographischen Äußerungen von Künstlern und Künstlerinnen der Jahrhundertwende zusammengetragen: immer neue, erschreckende Zitate. Die Frau, die den ersten Tupfer auf eine Leinwand setzt, viel mehr noch die Frau, die sich ihrer Berufung als Künstlerin sicher ist, kommt von einem anderen Stern als der Mann, der zu malen beginnt. Brisant werden diese Gegensätze in der Kollegenehe: bei Paula Modersohn-Becker beharrlich durchgefochten.

Häufig genug verbietet der Maler der Frau die Berufsausübung; fortan hat sie ihm hilfreich und inspirierend zur Seite zu stehen: Modell und Hilfsarbeiterin und repräsentative Dame des Hauses - wie es das Selbstbild des Malers erfordert. Lovis Corinth malt 1902 ein »Selbstportrait mit seiner Frau und Sektglas«. Die Insignien des Aufstiegs, es-ist-erreicht, der Maler bekleidet, die Frau, es ist die Malerin Charlotte Berend, halbnackt, von seiner Hand fest umfangen; »eine frühe Etappe seines Bemächtigungsprozesses«. Auf einem späteren Bild streckt er dem Betrachter seine Malwerkzeuge wie Waffen entgegen, an ihm lehnt nackt, schutzlos, wie abgeprallt an seiner Hemdbrust, die Frau.

Gewiß läßt sich diese Studie auch als ein Steinbruch männlicher Hegemonie-Bestrebungen in der Geistesgeschichte, in der Malerausbildung wie im persönlichen Verhalten einzelner Künstler benutzen. Das Buch, unpolemisch und distanziert, lädt dazu glücklicherweise nicht ein. Es entwirft vielmehr ein Mosaik der Beschränkungen, die das Talent schon flügellahm

machen, ehe es sich entfalten konnte. »Das eigene Ich als Zumutung begeifend«, muß sich die Malerin für jede Verletzung der Konvention im voraus entschuldigen.

Paula Modersohn-Becker schreibt der früheren Gefährtin Clara Westhoff nach deren Hochzeit mit Rilke: »Ich weiß wenig von Ihnen, doch wie mir scheint, haben Sie viel von ihrem alten Selbst abgelegt und als Mantel gebreitet, auf daß ihr König darüber schreitet.« Das Selbst behalten und es in der Arbeit verlieren; da könnte die künstlerische Arbeit beginnen.

*Der Schriftsteller Otto Weininger (1880-1903) hatte in seinem Buch »Geschlecht und Charakter« die geistige Unterlegenheit der Frau »nachgewiesen«.

Renate Berger, Malerinnen auf dem Weg ins 20. Jahrhundert, 344 Seiten, DuMont Verlag, 16,80 Mark

Konkret 03/83, S. 102

Hermann L. Gremliza

Gremlizas Express

Mit der Zeitung ist es wie mit dem Eiskunstlauf - nur die verknöcherten Kampfrichter interessieren sich noch für die Pflicht. Das Publikum genießt die Kür, sein Interesse gilt der B-Note für »künstlerischen Ausdruck, Musikalität und Raumaufteilung«. Das Gesamtkunstwerk steht im Vordergrund, Phantasie und doppelte Axel:

Heute um 20 Uhr weiß Bonn, wo »Kosmos« abstürzt

Das hielt die »Welt am Sonntag« in Spannung. Um 20 Uhr wußte Bonn, daß der Satellit bei den Galapagos-Inseln in den Pazifik stürzen werde. Die Indios gingen in Deckung. Und richtig, zwei Stunden später plumpste »Kosmos« in den Indischen Ozean. Also genau in der Gegen d, die von den Sowjets - langweilige Pflichtübung! - angegeben worden war, drei Tage bevor Bonn und die »Welt am Sonntag« den neuen Seeweg nach Indien entdeckten. Wie schön, daß der Prophet heute auch in seinem Heimatland was gilt und der Künstler nicht brotlos bleibt. Das hat Manfred Schell von »Welt« ermutigt:

Das Auswärtige Amt hat ebenfalls ein Gutachten erstattet. Auch darin heißt es, die Veröffentlichungen hätten negative Auswirkungen im Verhältnis zu anderen Regierungen beziehungsweise zum Heiligen Stuhl nach sich gezogen.

Wie souverän ist hier die Wirklichkeit transzendiert! Zu würdigen vermag das nur der wahre Liebhaber, der den armseligen Rohstoff kennt, aus dem das Kunststück geschaffen wurde:

Generalbundesanwalt Dr. Rebmann: Das Auswärtige Amt hat seinerzeit ein Gutachten erstattet. Es heißt: »Es kann mitgeteilt werden, daß die Veröffentlichung negative Auswirkungen im Verhältnis zu einer der betroffenen Regierungen bzw. zu dem Heiligen Stuhl nicht nach sich gezogen hat und dies auch in Zukunft nicht zu besorgen ist.«

Schell hat daran mit sparsamsten Mitteln gearbeitet - aber welche Wirkung! Neben solchen Meisterwerken der kleinen Form bietet die »Welt« auch ganz große Oper, wie das Melodram »Warschau ließ sich von früherem Gauleiter beraten« von Görlich und Kondek:

Die kommunistische polnische Regierung hat sich angesichts der eklatanten Versorgungsschwierigkeiten von dem in Wartenburg bei Allenstein inhaftierten ehemaligen Gauleiter von Ostpreußen, Erich Koch, beraten lassen. Die Beratertätigkeit Kochs wurde jetzt aufgrund einer Rede des Sekretärs für Landwirtschaftsfragen im Zentralkomitee der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, Zbigniew Michalek, bekannt... Der 87 Jahre alte ehemalige NS-Gauleiter war in einem Kriegsverbrecher-Prozeß in Warschau zum Tode verurteilt worden.

Als Vorlage diente den Librettisten eine sarkastische Rede, die Michalek (sein Name wurde unverändert in die Oper übernommen - eine Konzession an das Dokumentar-Theater) im Oktober vor dem ZK der PVAP gehalten hatte:

Zu mir sind Genossen aus Schlesien gekommen. Sie haben gesagt, zur Zeit der Deutschen ist alles reibungslos verlaufen. Wir haben Bezugsscheine und Lebensmittelkarten gehabt und auch die dementsprechenden Waren. Wie kommt es, daß dies jetzt bei uns nicht klappt? Genosse, ich habe den Leuten folgendes gesagt: Wir sind nicht so dumm in unserer Regierung. Gauleiter Koch büßt bei uns lebenslang. Wir haben ihn gefragt, was soll man tun, um dieses Problem zu lösen. Und er sagte dazu: »Geben Sie Bezugsscheine aus, aber für ein Schwein, das verkauft wird auf dem Schwarzen Markt - Auschwitz, und für Faulenzen auf der Arbeit - Ostfront.«

In seiner Komplexität erinnert das davon inspirierte Werk etwas an des »Spiegels« Großmeister der slawischen Oper, aber dem Liebhaber des Phantastischen wird es nicht darauf ankommen, ob er sich von Görlich/Kondek oder von Fritjof Meyer Bären aufbinden läßt. Wer nach so schwerer Kost ein wenig heitere Zerstreuung sucht, der hat die Wahl zwischen der »FAZ« und der »taz«, zwischen gymnasialem und alternativem Nonsense:

Viele finden es unanständig, wenn ihrem Problematisierungshunger nicht mit dem feinsinnigen Süppchen aus der Dose abgeholfen wird. Eine Menge Gelehrter knüpft gordische Knoten in Heimarbeit, um sie dann, sich wie Alexander fühlend, vor der Öffentlichkeit umständlich aufzudröseln.

Johannes Gross knüpft hier zart aber deutlich an Robert Gernhardt und seinen Leihbischof Klemm an, während ein »K.P.K.« von der »Tageszeitung« über beide hinauswill:

Informationen der »FAZ« zufolge soll am Freitag auch die Wohnung von »Stern«-Chefredakteur Rudolf Müller durchsucht worden sein.

Wie da, ganz spontan, die Namen der drei Chefredakteure des »Stern«, Peter Koch, Felix Schmidt und Rolf Gillhausen, zu einem einzigen Rudolf Müller geballt werden, verrät einen Witz, über den sonst nur noch Felix Schmidt selbst verfügt:

Wenn die Politiker aber nicht begreifen, daß die Kulturetats mindestens die gleiche Bedeutung haben wie etwa der Wehretat, brauchen wir keine Raketen mehr. Die Kulturminister müssen eine Explosion der Kreativität in unserem Land provozieren. Das Volk der Dichter und Denker wird sonst ein einzig Volk von Idioten,

die alle Lieschen bzw. Rudolf Müller heißen. Nebenan, in der Chefetage des »Spiegel«, explodiert unterdessen die Kreativität des Rudolf Augstein:

Die Friedensbewegung kann nicht wollen, daß die USA kraft Wirtschaftsschwäche mit der Überrüstung aufhören, denn dann wäre sie überflüssig.

In dieser letzten Paraphrase seines lebenslangen Leitmotivs »Was wär der 'Spiegel' ohne Strauß?« steift der Herausgeber die Randbezirke von Chemie und Wahnsinn. Suchen wir darum Halt bei lebensnäheren Unterhaltern. Wie wärs mit Karl Friedrich Fromme?

Die Zahl »Fünf« (zu ergänzen: Prozent bei Wahlen) ist immer am Horizont der FDP zu sehen. Die Zahl hat Ähnlichkeit mit einer Sichel.

Titel des Werks: »Im Schatten der Sichel«. Gesetzt den Fall, die CDU bringts im katholischen Cloppenburg auf 69 Prozent, dürfen wir von Frommes Hand ein Glanzstück der Cunnilinguistik erwarten, das Eingang in die Analen finden wird. Doch nicht Einmaligkeit ist Trumpf in der neueren deutschen Zeitungskunst, vorherrschend ist immer noch das Ostinato, das Evergreen. Zum hundertsten Todestag von Karl Marx wiederholt die »Zeit« auf vielfachen Wunsch einiger älterer Herren zum zweihundertsten Mal:

Abschied vom Klassenkampf

In der »Traviata« wird das »Oh, laß uns fliehn aus diesen Mauern« auch schon seit bald hundert Jahren gesungen, und doch war Violetta letzte Woche in der Hamburger Staatsoper immer noch nicht fort. Vielleicht überlegte sie sichs aber, wenn erst einmal der Theo den Liebhaber gäbe und sie befragte wie den Genscher,

in welcher Talsohle sich Ihre Partei auch nach der Wende befindet und wie auch Ihre persönliche Popularität ins Negative gekippt ist.

Und wenn sie dann nicht die Kurve kratzte, immerfort:

Die Aufgabe im vorigen Jahr war, die Wende zu bewerkstelligen?

Das ganze Jahr 1982 hat die Öffentlichkeit gerätselt, ob Sie persönlich die Wende eigentlich wollten oder nicht.

Wohl aber stand in Zweifel, ob Sie die Wende per Koalitionswechsel wollten.

Sie wollen eine Wende in der Wirtschaftspolitik?

Wo sehen Sie die Wende sichtbar begonnen?

Nahe bei den Wenden wohnen die Kaschuben, deren einer Meinhardt Graf Nayhauß heißt und in der Lokalpresse (»Bild«-Zeitung) dichtet:

Er erwähnt das Theaterstück der 40er Jahre von Borchert »Draußen vor der Tür«. Kohl: »Da war der Kriegsheimkehrer, Unteroffizier Beckmann, der vor seinem zerstörten Elternhaus schrie: Wo bist du, Gott?« Das Stück ist eigentlich ein Angstdrama. Aber er benutzt geschickt diese Szene, um daraus eine Botschaft seines Optimismus zu machen: » Wir schaffen es!«

Was? Kriegsheimkehrer? Unteroffiziere? Zerstörte Elternhäuser? Bestimmtes erfährt man nicht. Aber bei Ionesco tritt auch keine »kahle Sängerin« auf.